

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: Inland 1,10 M., Ausland 1,30 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 13,20 M. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: Inland 1,10 M., Ausland 1,30 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 13,20 M. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgealtene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zuzüglich 2 Pfg. für den Briefumschlag und 2 Pfg. für den Brief). Jedes weitere Wort 10 Pfg. (zuzüglich 2 Pfg. für den Briefumschlag und 2 Pfg. für den Brief). Mehrere Zeilen werden für zwei Zeilen gerechnet. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Freisinn und die Lehrer.

**Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:**  
 Das Gros der Lehrerschaft dürfte der Freisinn von jeher zu seinen treuesten Wählgruppen zählen. In der Bezirksvereinsarbeit und bei den Wahlen verschiedenster Art konnte er auf die Hilfe der Lehrer mit Sicherheit bauen. Besonderer Eifer in diesen „Kaufmännchen“ soll sogar vor Zeiten bei der Erlangung eines Rektorats recht förderlich gewesen sein. Auch eine Anzahl freisinniger Reichstagskandidaturen, allerdings meist Durchfallskandidaturen, wird regelmäßig mit Lehrern besetzt. Im allgemeinen hat sich aber der Freisinn diese Freundschaft nicht viel mehr als Worte kosten lassen. Seine Vertretung von Schulfragen war meist lau, fast und kraftlos. Sie erschien immer mit dem Makel der Inkonsequenz und Unwahrhaftigkeit beladen, weil die Voten in den Kommunen so ziemlich niemals hielten, was sie im Landtage mit dem Brüllen der Ueberzeugung vertraten. Es gelang aber den trotz allem meist gut freisinnigen Führern der Lehrerschaft stets, etwa entstehende Wellen zu glätten und Ungeheime zu besänftigen, so daß diese Gefolgschaft dem Freisinn erhalten blieb. Nun scheint aber die Behandlung der Gehaltsfragen in den Reihen der städtischen Lehrer ein Maß von Unmut erzeugt zu haben, das die Leistungsfähigkeit jener freisinnigen Wellenbrecher übersteigt.

Schon vor einigen Jahren sind auf dem Lande die Konfessionen in die freisinnigen Lehrhäuser eingebrochen. Ein Konflikt zwischen Stadt- und Landlehrern im Preussischen Lehrerverein bot eine günstige Gelegenheit dazu. Und man muß es den Konfessionen lassen, im preussischen Lehrerbildungsgefes haben sie eine für ihre Verhältnisse erkleckliche Leistung vollbracht. Ob die erhoffte politische Wirkung des Gesetzes lange vorhält, erscheint bei der traditionellen Bildungseindringlichkeit der Junker freilich zweifelhaft.

Bei der Beratung dieses Lehrerbildungsgefes wußte sich der Freisinn vor Lehrerfreundlichkeit kaum zu lassen. Gleichstellung der Lehrer mit den Verwaltungssekretären war seine Parole! Gehaltsfrage und Mientenschädigung waren ihm nimmer hoch genug zu bemessen, und die freisinnigen Lehrer schwammen in Bonnen. Die Sache änderte sich sofort, als die Lehrer auf Einlösung des Wechsels drängten. Da wurden die freisinnigen Stützen auf einmal die genügsamsten Leute von der Welt. Die meisten liberal regierten Kommunen gewährten den Lehrern auch nicht entfernt das, was das eben noch als so unzulänglich verschriene Gesetz zuließ. Allen voran Berlin, die Stadt der obersten Freisinnigrößen. Berlin gewährte seinen Lehrern an Aufbesserung etwa die Hälfte dessen, was den städtischen Verwaltungsbeamten (Assistenten und Sekretären) zugestanden wurde. Schöneberger Lehrer beziehen in den meisten Gehaltsstufen 200, in mehreren 250, in einigen 300 M. mehr als ihre Berliner Kollegen. Recht pikant ist nebenher, daß die liberale Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung die ängstlich geheim gehaltene Lehrerbildungsvorlage ohne Ausschuhberatung en bloc verabschieden wollte, angeblich um den Lehrern recht schnell zu dem ihren zu verhelfen. In Wirklichkeit wollten die freisinnigen Mäcker das unangenehme Geschäft ohne Rumor erledigen; der Lehrerverein sollte nicht Zeit finden, erst noch Spektakel zu machen. Die Cassel, Fischbeck, Wiemer, Weigert und Konforten hätten dann hinterher mit Biedermannsmienen versichern können, die lokalen Wünsche der Berliner Lehrer wären ihnen leider nicht bekannt gewesen. Freisinnige Tradition, nichts weiter! sagt der Kundige. Genosse Vorgmann durchkreuzte den fauberen Plan durch einen schon vor Eintritt in die Tagesordnung gestellten Antrag auf Ausschuhberatung. Einem freisinnigen Stadtwater wäre dafür von den Lehrern sicher eine Dankeswallfahrt zuteil geworden. Freilich ist auch bei der Ausschuhberatung nicht viel herausgekommen. Die Berliner Lehrer haben schließlich demonstrativ die preussische Schulverwaltung um Hilfe gegen ihre liberale Freundschaft anrufen. Etwas postlerlich ist es nun, wenn Lehrer in Wort und Schrift erklären, es läme ihnen auf die 150 M. Ortszulage nicht so sehr an als auf die Wertschätzung. Bei den Freisinnsmännern steht es nämlich umgekehrt. Und so versichern sie die Lehrer ihrer Hochachtung und behalten das Geld in der Tasche. Obendrein hat der freisinnige Parteitag für Groß-Berlin unter Vorsitz des Rektors Kopsch zum Ausdruck gebracht, daß die ganze Affäre das freisinnige Parteiprogramm nicht berühre. Also wollte man im Landtage nur den freisinnigen Parteitag locken!

Ähnlich trübe Erfahrungen mußten die unentwegt freisinnigen Lehrer mit ihrer Mientenschädigung erleben. Das Lehrerbildungsgefes sieht die entscheidenden Sätze des Servistatufs für die preussischen Staatsbeamten als Minimalfrage vor. Den freisinnigen Erwählten der Lehrer war das im Landtage wider den Strich gegangen; sie hatten beantragt: „Die Mientenschädigung für Lehrer ist vorbehaltlich weitergehender Erhöhung regelmäßig auf einen den für Beamte im Tarif 4 bestimmten Wohnungsgeldzuschuß um ein Drittel übersteigenden Betrag festzusetzen.“ Die „Freisinnige Zeitung“ erwähnte damals die Behörden, den berechtigten Wünschen der preussischen Lehrer Rechnung zu tragen. Ein Jahr später wußte man in Berlin nicht mehr, was man im Abgeordnetenhaus so stürmisch ge-

fordert hatte und begnügte sich prompt mit dem, was der reaktionäre preussische Landtag als Mindestsatz zugelassen hatte! Als die Mientenschädigung in allen Instanzen bestätigt war, da führte der Freisinn in der Stadtverordnetenversammlung ein lustiges Stücklein auf. Wie sollte auch der Herr Cassel gewußt haben, was kurz vorher Fischbeck und Wiemer im Magistrat zu tun für gut fanden. Man entdeckte also, als alles fertig war, das tapfere, weiche Freisinnshertz und beantragte nachträglich und einstimmig eine um 100 M. höhere Mientenschädigung für die allezeit treuen Wahlhelfer. Man wußte, was man sich Hand in Hand mit einem solchen Magistrat leisten kann ohne daß es dem Urteil wehe tut. Der Magistrat konnte sich nicht entschließen, „diesem Antrage zu entsprechen“. Eine Gefahr mehr für den Satz von 100 Prozent Gemeindefinkommensteuer war damit vermieden. Man wählt sich doch eben einen solchen Magistrat nicht zum Spaß selber!

Die Lehrer revoltieren nun. Die „Pädagogische Zeitung“ hält Bildungsarbeit und Verwaltungstätigkeit für gleichwertig und fordert für die Lehrer entsprechende Bezahlung. Der Magistrat hat sich kürzlich aufgerafft, um durch das städtische Nachrichtenamt dem Anschein entgegenzutreten, „als wären die Lehrer erheblich schlechter gestellt als die Bureaubeamten“. Er hat damit in der Berliner Lehrerschaft heftige Erregung ausgelöst. Da die offiziöse Auslassung offensbare Irrtümer enthält, so haben ihr nur die unentwegt freisinnigen Blätter Aufnahme gewährt, die ihren Lesern schon etwas zumuten dürfen. Der Magistrat stellt da nämlich das früheste Anstellungsalter der Lehrer dem Durchschnitts anstellungsalter der Assistenten und Sekretäre gegenüber und berechnet, daß diese drei Beamtengruppen bis zum 50. Lebensjahre 93 800, 78 800 und 63 700 M. von der Stadt Berlin erhalten, ein Lehrer folglich 30 190 M. mehr als ein Assistent bezw. 15 090 M. mehr als ein Magistratssekretär. Er vergleicht feilenruhig das Gesamtgehalt von 29, 17 und 19 Dienstjahren miteinander! Sicher muß bei einer um die Hälfte größeren Zeit auch schließlich ein höherer Betrag sich summieren. Die Lehrer sind nun der Meinung, auf diese Weise ließe sich auch errechnen, daß ein Lehrer besser gestellt sei als z. B. ein Oberbürgermeister. Daß nur die Junker dem Stadtfreisinn diese Methode nicht für die Berechnung der Brantweinliebessage abguden! Hätte man in der offiziellen Auslassung wenigstens die Gehaltssummen durch die Zahl der Dienstjahre geteilt, das hätte dann für Lehrer ein durchschnittliches Jahresgehalt von 3297, für Assistenten ein solches von 3747 und für Magistratssekretäre 4147 M. ergeben. Damit wäre man der Wirklichkeit wenigstens nahegekommen und hätte die Deffentlichkeit nicht ange-rechnet. So treibt man im roten Hause mit Schule und Lehrer Schindluder und trüniert die Kräfte, die der Sozialdemokratie die proletarische Jugend abspenstig machen sollen. Uns kann's recht sein!

Wer die Geschichte des Berliner Schulwesens kennt, wird ohnehin wissen, daß Fortschritte hier nur dem steten Drängen der sozialdemokratischen Fraktion zu danken sind. Bei den kommenden Wahlen werden die Freisinnigen draußen im Lande mit ihrer Schul- und Lehrerfreundlichkeit wie immer Geschäfte zu machen suchen. Ganz sicher werden das auch freisinnige Lehrer wieder tun, denen ihre Durchfallskandidaturen im Laufe der Jahre lieb geworden sind. Es wird dann an der Zeit sein, den Freisinnshelden ihre Schulmärchen um die Ohren zu schlagen. Man muß abwarten, ob speziell die Berliner Lehrer bis dahin auf die Fußtritte eine Antwort gefunden haben oder ob sie wirklich weiter mit dem Stimmzettel für Leute votieren werden, die wohl an der höheren, nicht aber an der Volksschule direkt interessiert sind. Der Freisinn wird es ihnen bis dahin ja noch weiter einbauen, daß sie auch politisch dahin gehören, wo die Volksschichten stehen, deren Kinder sie in der Volksschule unterrichten.

## Die dritte Lesung des Etats.

Die Vertreter des deutschen Volkes kennen jetzt nur ein Bedürfnis: möglichst bald Ferien zu machen. Es ist natürlich, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage ist, diesen Wunsch zu erfüllen und in die geplante Durchpfeifung des Etats zu willigen. Ist doch die Art und Weise, wie die bürgerlichen Parteien der Regierung helfen, die Verhandlungen des Reichstags auf das geringste Maß zu beschränken und diesen immer mehr zu einer Geld- und Gesetzbewilligungsmaschine herabzubilden, nachgerade zum schlimmsten Skandal geworden. Das Initiativrecht des Reichstages geht völlig zum Teufel, und von einer sorgfältigen Verabschiedung umfangreicherer Gesetze — wir haben das ja bei der Finanzreform mit Schaudern erlebt — ist schon längst nicht die Rede. Gewiß ist das in erster Linie Schuld der Regierung, aber die bürgerlichen Parteien sind nicht weniger schuldig; ohne ihr Bewährentlassen hätte die Regierung schon längst dafür sorgen müssen, daß dem Reichstag die gebührende Zeit für seine Verhandlungen gewährt werde.

Die Sozialdemokratie hat wirklich nicht den geringsten Grund, dieser Vagatelisierung des Reichstages irgendwie Vorschub zu leisten. Deshalb haben ihre Redner nicht nur in scharfen Worten an dieser Mißhandlung der Volkvertretung durch die Regierung Kritik geübt, sondern sie haben gezeigt, daß sie sich auch von dem Bequemlichkeits-

bedürfnis der bürgerlichen Parteien keine Beschränkungen anferlegen lassen und haben zur Sprache gebracht, was sie für notwendig hielten.

Die dritte Lesung des Etats gab zunächst Gen. Ledebour Gelegenheit, in einer etwa zweistündigen Rede eine Generalabrechnung mit der Politik der herrschenden Klassen vorzunehmen. Ledebour begann mit dem Hinweis, daß die späte Enderufung des Reichstages die Fertigstellung des Etats vor dem 1. April unmöglich gemacht habe, so daß wir uns jetzt in einem gefahrvollen Zustande befinden. Diese späte Enderufung werde sich im nächsten Reichstag wiederholen, wenn die Regierung die Wahlen auf den Januar verschiebe — natürlich aus Angst vor der Volkstimung, die der Sozialdemokratie so günstig sei. Als ob uns, den stets Gerüsteten, der Wählerterm allzuviel Unterschied machen könnte! Darauf erörterte Ledebour ausführlich und glücklich die Stichwahlpolitik der Sozialdemokratie. Stichwahlen seien ja überhaupt ein Uebel, und Zeit wäre es, sie zu vermeiden durch Einführung eines vernünftigen Proportionalwahlrechts. Für uns sei ja eine Stichwahlparole noch verhältnismäßig leicht. Wir unterstützen eben jene bürgerliche Partei, von der noch am ehesten etwas Opposition zu erwarten sei. 1907 sei eine solche Partei noch das Zentrum gewesen, aber seitdem habe das Zentrum alle Oppositionsgefühle aufgegeben. Dafür ständen nun die Liberalen im Gegensatz zu der Regierung. Daß die Sozialdemokratie darauf verzichten würde, im ersten Wahlgang den Kampf liberal mit aller Kraft durchzuführen, sei freilich eine komische Illusion. Aber in der Stichwahl sind wir immer bereit gewesen, die bürgerliche Opposition zu unterstützen, allerdings verlangen wir dafür die Gegenleistung. Höhnisch hielt Ledebour den Nationalliberalen ihre schwanende, beschlerische und widerspruchsvolle Haltung vor, während die Fortschrittspartei in Gießen ihre Pflicht getan habe. (Genosse Ledebour kam hier infolge eines Zwischenfalls Raumanns auf den Artikel des „Vorwärts“ über die Gießener Wahl zu sprechen. Wir können uns mit seinen Ausführungen insofern vollständig einverstanden erklären, als auch wir der Zeitung der Fortschrittspartei keinen Vorwurf gemacht haben; wir hatten selbst das Verhalten der Zeitung als vollständig richtig anerkannt. Uns kam es außer auf die Beihilfe des nationalliberalen Verhaltens hauptsächlich darauf an, den Fortschrittler zu sagen, daß der Abfall eines Teiles ihrer Wähler ihnen politische Erziehungsaufgaben stelle, die sie bisher allzusehr vernachlässigt haben.)

Dann ging Ledebour nochmals auf die Abrüstungsfrage ein. Er zeigte, wie die Rede des Reichkanzlers überall die chauvinistischen Treibereien verstärlt habe. In schärfster Weise polemisierte er gegen die „Unteroffiziersidee“, alle Staaten müßten erst in eine Rangordnung gebracht werden, ehe an Rüstungsbeschränkung zu denken sei. Er wies auf die kapitalistischen Strömungen hin, die zum Kriege führen könnten, und leitete gerade daraus die Notwendigkeit der Rüstungsbeschränkungen ab. Auch die wirtschaftliche Entwicklung dränge dahin. Der Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten, die durch den Vertrag mit Kanada, der den Beginn der Abtragung der Hochschutzwälle bedeute, neue Stärkung erfahre, werde nur ein einseitiges Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten Europas geschaffen sein. Wöge die Gegner diese Idee mit ebensolchem Abscheu erfüllen wie unser Bekenntnis zur Republik, ihre Bekämpfung werde doch nur dieser Idee neue Anhänger zuführen. In knappen Strichen entwarf dann Ledebour ein Bild der sozialdemokratischen Kulturpolitik, deren Träger die Sozialdemokratie sei, die als solche die Verpflichtung habe, gegen die Greuel in den Gefängnissen des Japans wie gegen die Justizmorde in Japan zu protestieren. Zudem wir diese Kulturpolitik treiben, schloß Ledebour seine Rede, steuern wir unserem Endziel zu, der Ueberwindung des Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaft.

Die bürgerlichen Parteien hatten kein Bedürfnis, den Kampf aufzunehmen. Unmittelbar nach Ledebour wurde die Generaldebatte geschlossen. Doch schon beim Auswärtigen Amt kam es, wie uns aus dem Reichstage geschrieben wird, zu lebhaften Auseinandersetzungen. Zunächst wurde die vom Genossen David am Sonnabend erwähnte Drangsalierung österreichischer Reisender in Deutschland von dem freisinnigen Abg. Hornmann-Bremen angeknüpft. Herr Hornmann verteidigte das Verfahren der Polizei als völlig gefehlt und korrekt. Der Staatssekretär v. Riederlen-Wächter war über diesen Bundesgenossen sehr erkernt. Die Freude schwand aber, als Genosse David die völlige Haltlosigkeit jener Beschönigungsversuche in gründlichen Ausführungen nachgewiesen hatte und ihm nicht nur der freisinnige Abgeordnete Dr. Krenndt zugestimmt hatte, sondern sogar der freisinnige Abgeordnete seinem Fraktionskollegen Hornmann entgegentrat. Mit diesen Beschönigungsversuchen der preussischen Polizeipraxis hatte Herr v. Riederlen-Wächter wieder einen recht übeln Eindruck erzielt.

Dann gab es aus Anlaß der Auslandsschulen ein hitziges Gesecht zwischen dem nationalliberalen Pfarrer Eberling und Herrn Erzberger über den Antimodernisteneid, wobei die evangelischen und katholischen Gemüter im Reichstage sich weidlich ergrieten.

Noch lärmender ging es zu, als Genosse Ledebour die Ausweisung eines Russen namens Montag zur Sprache brachte. Nach den brieflichen Angaben dieses Mannes war er in Kalisch der russischen Polizei ausgeliefert worden. Der Staatssekretär behauptete, der Russe sei nur ausgewiesen, weil er seine geschiedene Frau mit einem Revolver bedroht gehabt hätte. Ungeklärt ist die Frage geblieben, wie er in Kalisch in das russische Gefängnis gekommen ist. Sowohl Genosse Ledebour wie der Freisinnige Götthe in gerieten mit dem Herrn v. Riederlen-Wächter scharf aneinander. Die Rechte und das Zentrum nahmen lärmend für ihn Partei. Die Leute amüsierten sich königlich über den Fall, weil es sich offenbar „nur um einen Juden“ handelte.

Dem Reichsamt des Innern lag eine sozialdemokratische Resolution vor, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Grobisenindustrie verlangte. Genosse Hengsbach begründete sie in ausführlichen Darlegungen, indem er die vielfach mangelhaften Zustände in den großen Eisenwerken bloßlegte. Gegen diesen Antrag brachte der Zentrumsabg. Giesberts das klassische Argument vor, daß die Sozialdemokraten sich bei der Annahme mit einem Siege brüsten könnten. Die Zentrumspartei stimmte dem auch geschloffen dagegen und brachte sie so zu Fall. Damit hat die Partei aber auch einen neuen Beweis geliefert, was man von ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit zu halten hat. Ueber die Vergarbeiterbeschwerden kam dann auch noch Genosse Sachs mit den Zentrumschriften in eine heftige Polemik.

Schließlich gab es auch noch eine agrarpolitische Debatte über die merkwürdige tendenziöse Agrarpolitik, mit der der Bund der Landwirte auf dem Lande Propaganda für seine Ideen zu machen sucht. Herr Köpcke wurde dabei übel von dem Nationalliberalen Stresemann, dem Freisinnigen Gothein und dem Genossen Rollenburr zugebeut.

Die arbeitsunwillige Mehrheit im Reichstag hatte sich mit dem Plan getragen, die dritte Lesung des Etats womöglich in einem Tage durch das Haus zu peitschen. Die Spekulation hat getragen. Um 8 1/2 Uhr, nach 9 1/2 stündiger Sitzung, trat die Beratung ein. Morgen soll es schon um 10 Uhr weitergehen.

## Zur Reichstagswahl

Im 4. Berliner Reichstagswahlkreise war mit Unterstützung der polnischen Genossen eine öffentliche polnische Wählerversammlung nach Freyers Festsaal, Koppenstraße, einberufen worden, die stark besucht war. Rybicki referierte über das Thema: Die Heuchelei der polnischen Reichstagsfraktion und die polnische Arbeiterklasse. Es waren auch eine Anzahl Nationalpolen erschienen, die sich, als der Referent die polnische Reichstagsfraktion und des weiteren das Vereinsrecht, die Enteignungsfrage, die Erhöhung der Zivilliste, den Verkauf des „Polnischen Couriers“ einer gründlichen Kritik unterzog, durch Zwischenrufe bemerkbar machten. Hingegen entseffte die Redner bei der übergroßen Mehrheit der Anwesenden stürmischen Beifall, ein Beweis dafür, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte.

In der Diskussion machten denn auch die Gegner von der Redefreiheit in ausgiebiger Weise Gebrauch, um mit mehr Temperament als Klarheit ihre gegenteiligen Ansichten zu entwickeln. Ein Nationaler trat mit Emphase dafür ein, daß alle polnischen Stimmen bei der Wahl im 4. Kreise dem polnischen Kandidaten zufallen müßten, doch blieb der Redner nicht im Zweifel darüber, daß die Aufforderung in der Versammlung keinen Resonanzboden fand.

Inzwischen hatte der Vorsitzende bekannt gemacht, daß der sozialdemokratische Kandidat Büchner anwesend sei und eine kurze Ansprache halten werde, doch auf Deutsch, da er der polnischen Sprache nicht mächtig sei. Diese Mitteilung, besonders aber der letzte Umstand, brachte die Nationalpolen in große Erregung, so daß der Kandidat vorerst nicht den Tumult durchdringen konnte und der Vorsitzende die Versammlung auf kurze Zeit vertagen mußte.

Die Gegner verließen hierauf demonstrativ den Saal und Genosse Büchner konnte nun unter großer Aufmerksamkeit und Ruß das Wort nehmen. Er wies darauf hin, daß wie beim Vereinsgesetz, so auch bei dem Bestreben, den Polen ihre Muttersprache rauben zu wollen und wie überhaupt bei allen Entrechtungsversuchen die Sozialdemokratie jederzeit mit Nachdruck und Entschiedenheit für die Rechte des Volkes eingetreten sei. (Stürmischer Beifall.) Was wir vorausgesehen, sei auch eingetroffen. Es wäre nicht möglich gewesen, hier in dieser Versammlung die polnische Sprache zu gebrauchen, wenn wir nicht vor der Reichstagswahl ständen. Nach den Wahlen werde es gleich wieder vorbei sein mit dieser Freiheit. In markigen Worten streift Büchner noch die Ostmarkenpolitik, die Finanzreform, die Haltung der Polenfraktion und die Uneinigkeit innerhalb derselben. Ferner teilte er einen Fall mit, der für unsere preussischen Ausweisungspraktiken bezeichnend ist. Ein junger Mechaniker österreichischer Abkunft hat unlängst als „lästiger Ausländer“ seine Ausweisung aus Preußen erhalten. Sein Vergehen besteht darin, daß er im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert ist. Grund genug, ihn auszuweisen. Der junge Mann hätte jedoch seinem Schicksal entgegen können, wenn er den Rat der Polizei befolgt hätte und — Landarbeiter geworden wäre. In diesem Falle könnte er (der gelehrte Mechaniker) in Preußen bleiben, war ihm gesagt worden. Wer mit all diesen Zuständen aufzuräumen ehrlich bestrebt ist, wer die freiheitliche Entwicklung fördern wolle, müsse geschlossen für die Sozialdemokratie eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch eine Frau im selben Sinne gesprochen und der Referent sein Schlusswort gehalten hatte, wurde folgende Resolution gegen etwa 12 Stimmen angenommen:

Die am 2. April 1911 bei Freyer (Keller) versammelten Polen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises protestieren ganz energisch gegen das Verhalten der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktionen. Die Versammelten erklären, daß nur die Sozialdemokratie, welche im Geiste ihres Programms jede Unterdrückung bekämpft, ganz gleich, ob dieselbe nationaler, kapitalistischer oder wirtschaftlicher Natur ist, das Vertrauen der polnischen Arbeiterklasse verdient. Aus diesem Grunde kann auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur der sozialdemokratische Kandidat Otto Büchner in Frage kommen. Die Versammelten verpflichten sich, nur für diesen einzutreten und dafür zu sorgen, daß die polnischen Stimmen nur für Büchner abgegeben werden, um damit gegen die Heuchelei der polnischen Reichstagsfraktion zu protestieren.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. April 1911.

### Landtagswahltag in Sachsen.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde bei der heute stattgefundenen Landtagswahl im 28. sächsischen Kreise der sozialdemokratische Kandidat gewählt. Auf unseren Genossen Müller entfielen 5886 Stimmen, für den konservativen Wischniaskandidaten Keller wurden 5072 Stimmen abgegeben.

Im ersten Wahlgange erhielt am 22. März Genosse Müller 4312 Stimmen, die Freisinnigen 1726 Stimmen, die Nationalliberalen 2216 Stimmen und die Konservativen 2615 Stimmen. In der Stichwahl gingen die nationalliberalen Stimmen geschlossen auf den konservativen Kandidaten über. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte die Parole ausgegeben, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, doch nur

ein Teil der freisinnigen Wählerschaft kam dieser Aufforderung nach. Etwa 400 freisinnige Wähler sind der Stichwahl ferngeblieben, ein anderer kleiner Teil stimmte für den konservativen Kandidaten. Wenn auch gegen 1000 freisinnige Wähler der Parole gefolgt sind und für den Sozialdemokraten votiert haben, so zeigt doch auch diese Wahl, daß die Freisinnigen bei ihren Wählern noch ein gutes Stück Erziehungsarbeit zu verrichten haben, um den Kampf gegen die Reaktion erfolgreich führen zu können. Mit dem Genossen Müller zieht der 26. Sozialdemokrat in das sächsische Landesparlament ein.

### Allerlei aus dem Dreiklassenhaufe.

Die gestrige Sitzung des Dreiklassenhauses nahm wider Erwarten einen ganz interessanten Verlauf. Beim Begleichungsgesetz forderte Genosse Dr. Liebknecht Vorsorge dafür, daß die Gemeinden nicht die Reinigungspflicht einfach von sich völlig abwägen und er zeigte, wie selbst in diesem Gesetz agrarische Fingigkeit Sonderprivilegien für die Gutsbezirke heranzuschlagen verstanden hat.

Mit warmen, oberflächlich betrachtet höchst löblichen Worten begründete der Finanzminister Lenz dann eine Vorlage gegen unredlichen Lohndruck. Der volksparteiliche Abg. Veltsohn lehnte sich schon gegen diesen Eingriff in das Reichsrecht, den Abg. Dr. Liebknecht aus dem Bedürfnis erklärte, möglichst hohe Strafen in noch reichlicherem Maße als bisher verhängen zu können. Unser Redner konnte aber auch eine direkte Verlegung reichsrechtlicher Grundsätze feststellen, und er unterließ nicht, auf den Kontrast zwischen staatlicher Entrüstung über „erwerbsmäßige Ausbeutung der Spielhunde“ und — der staatlichen Kugelnutzung kräftig hinzuweisen. So bleibt von der Vorlage trotz ihrer guten Tendenz nicht viel mehr übrig als das Bestreben, dem Staat das Monopol auf die Ausbeutung der Spielhunde zu sichern!

Der Verhandlungsbericht des Wasserstraßenbeirats gab unserem Genossen Leinert Gelegenheit, die auf einer Verordnung von — 1846 beruhenden Arbeiterverhältnisse bei den Kanalbauten und die famose Unterscheidung zu besprechen, die bei Einführung des staatlichen Schlepplomonopols zwar Unternehmern und Beamten Entschädigung (zum Teil in verfallener Befristung) bringen, die hrolos werdenden Arbeiter aber unentgeltlich lassen will. Ein Regierungsbereiter konnte diese Anklagen, die ja nur eine Erschelnungsform des stets gleichen Systems geistelten, nicht entkräften.

Genosse Leinert kennzeichnete dann bei den Petitionen noch das Schicksal einiger Oberlehrer, die die Lehrerinnen nicht leiden können, nach Verdienst. Die betreffende Petition wurde auch vom Hause verworfen. — Freilich gilt die Sympathie der Junker und Heiligen für die Lehrerinnen nur ihrer Billigkeit und ihrer politischen Mindergefährlichkeit. . . .

Eine Petition wegen der Ferienfestsetzung an Volks- und höheren Schulen gab Herrn Dr. Schupp von der Fortschrittspartei und unserem Genossen Hoffmann Gelegenheit, die Unfreundlichkeit zu besprechen, mit der die Eisenbahnverwaltung den Veranstaltungen gegenübersteht, die die Berliner Schulkinder in den Ferientagen aus Mittelstufen und staubigen Straßen in die freie Umgebung hinausführen wollen. Junker und Zentrum hatten natürlich kein Verständnis dafür. . . .

Das Schönste aber war der Schluss. Herr v. Kröcher beantragte, am Mittwoch auch den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Genossen Liebknecht für die Dauer der Session zu verhandeln. Die Mehrheit des schwachbesetzten Hauses entschied aber gegen Kröcher und die Kröcherianer, weil der von unserer Fraktion mit dieser Angelegenheit betraute Genosse Hirsch betreibt ist. Ausdrücklich sei bemerkt, daß Herr v. Kröcher auf die Mitteilung dieses Umstandes hin seinen Vorschlag — natürlich — nicht zurückgezogen hatte. So mußte er dran glauben!

Mittwoch: Wahlprüfung Dr. Ehlers; Petitionen.

### Die gängigsten „Schwachen“.

Die „Kautierpolitik“, die Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Rede gegen Abrüstung und wirksame Schiedsverträge proklamiert hat, hat in den „schwachen“ Staaten, denen sie angelündigt hat, sie mühten zur Weite der Starren werden, natürlich gebührende Beachtung gefunden. Selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die „Independence Belge“ schreibt: Belgien habe aus dieser Rede ernste Lehren zu ziehen. Die Verkündigung des Prinzips, wonach der Schwächere das Opfer des Stärkeren werden müsse, ist nicht nur für Belgien eine Lehre, sondern auch für die übrigen Nationen, die übergeugt sein müssen, daß sie entweder stark sein oder das Opfer einer stärkeren Nation sein werden. Diese Erklärungen des deutschen Reichslanzlers bedeuten, daß alle Ideale über die Beschränkung der Rüstungen, sowie Einführung der Schiedsgerichte verjähren sind und daß die Aeußerungen Bismarcks, wonach der Schwächere das Opfer des Stärkeren sein müsse, zu einem Prinzip der deutschen auswärtigen Politik erhoben wird.

Sobiel wird wohl selbst Herrn v. Bethmann Hollweg klar werden, daß diese Rede die Hoffnung aller Feinde der Deutsch-erfüllt und die kleinen Staaten in die Arme Frankreichs und Englands treiben wird, die ihnen bereitwillig den Schutz der Schwachen gegen den heutigetierigen Starren — so sagt das Ausland nun einmal die Rede auf — in Aussicht stellen werden. Aber bezieht der Kanzler des Deutschen Reichs wirklich sein Gehalt dazu, um, um den Ministern des Aus- Landes ihre Geschäfte zu erleichtern?

### Kein frisch-fröhlicher Krieg in Sicht?

Die „Post“ veröffentlicht einen ihr „von militärischer Seite“ zugegangenen Artikel, in dem über den bedauerlichen Offiziermangel geklagt wird. Trotzdem schon ein 20jähriger Leutnant monatlich 125 M. Gehalt einsteckt, also jemand, der die Offizierslaufbahn einschlägt, schon weit früher in den Besitz eines Gehalts komme als derjenige, der sich einem anderen Staatsberufe zuwendet, sei doch der Zubrang zum Offiziersberuf ein sehr geringer. Das liege daran, daß die Offizierslaufbahn zu unsicher sei. Ein großer Teil der Offiziere werde als Major oder Oberleutnant verabschiedet und habe dann „nur“ ungefähr 4000 bis 5000 M. Pension zu beziehen. Da er damit unmöglich auskommen könne, seien viele Offiziere gezwungen, sich als 45jährige einen neuen Beruf zu suchen. Das solle ihnen begreiflicherweise schwer fallen. Wir sollten meinen, daß es sehr wenigen Sterblichen beschieden sei, bereits mit 45 Jahren in einen Pensionsgenuß von 4000 bis 5000 M. zu kommen! Wenn trotzdem Mangel an Offizieren vorhanden ist, so beweist das doch, daß unseren bestehenden Massen andere Berufe begrenzbarer erscheinen, daß also der „börnehme Rod“ trotz aller Privilegien sehr wenig Anziehungskraft auszuüben vermag.

Besonders interessant aber ist es, daß der Artikel auch darauf hinweist, daß „infolge der Friedensverhältnisse“ die Beförderungschancen in der Armee nicht

gerade sehr günstige“ seien. Diesem langsamem Abwärtens sei es eben zuzuschreiben, daß der Offizier es erst nach 25jähriger Tätigkeit zum Major und nach weiteren 5 bis 6 Jahren zum Oberleutnant bringt. Den Herren Offizieren wäre es also angenehmer, wenn infolge eines frisch-fröhlichen Krieges die Aussichten zum Aufrücken sich verbesserten!

So zeigt sich auch hier wieder, daß dem Militarismus keineswegs eine friedensfreundliche Tendenz innewohnt! Im Gegenteil: je größer die Armee, je zahlreicher das Offizierskorps, je beträchtlicher die Zahl derjenigen, deren Abwärtens- und Pensionsverhältnisse durch ein Kriegsbetterer gebessert werden würden, eine desto bedrohlichere Gefahr für den Völkerfrieden liegt im Militarismus!

### Konservative Einschüchterungsversuche.

Die Konservativen drohen den Liberalen mit Zerreibung, wenn sie bei den nächsten Reichstagswahlen den Kampf nicht mit rücksichtsloser Schärfe gegen die Sozialdemokratie führen oder sich gar einfallen lassen sollten, bei der Stichwahl der Sozialdemokratie Wahlhilfe zu leisten. „Kreuz-Ztg.“ und „Deutsche Tagesztg.“ erklären, daß die Parole des Abg. Baasche „stramm gegen rechts“ im Falle ihrer Befolgung, von den Konservativen mit der Gegenparole „stramm gegen links“ beantwortet werden würde. Die konservative Presse kommentiert besonders bissig die Stellungnahme nationalliberaler Landesorganisationen, sofern sie nicht eine unumwundene Kampfesanklage an die Sozialdemokratie erlassen haben. Einigermassen Gnade findet noch der Beschluß der bayerischen Nationalliberalen, die Sozialdemokratie „entschieden zu bekämpfen“. Dagegen wird die abwartende Haltung der sächsischen Nationalliberalen in der schärfsten Form mißbilligt.

Die Liberalen könnten es ruhig darauf ankommen lassen, ob die Konservativen ihre Drohung ausführen. Denn wenn infolge der Wahlenthaltung der Konservativen sozialdemokratische Kandidaten über die Liberalen den Sieg davontragen, so bedeutet das ja keineswegs eine Schwächung der Linken. Und was die Liberalen auf der einen Seite an die Sozialdemokratie verlieren, würden sie ja auf der anderen Seite durch die energische sozialdemokratische Stichwahlhilfe auf Kosten der Konservativen zurückgewinnen. Sollten sich die Liberalen trotzdem eingeschüchtert fühlen, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß es ihnen gar nicht auf die Stärkung der Linken und die Schwächung der Rechten ankommt, sondern nur darauf, durch eine elende Schacherpolitik jeder ernstlichen politischen Entscheidung aus dem Wege zu gehen!

### Die Reichsversicherungsordnungskommission

Hielt am Montag eine Sitzung ab, um sich über die Art und Weise zu verständigen, wie die Berichte der Kommission fertiggestellt werden sollen. Bis jetzt liegt erst der Bericht über das erste Buch vor. Er ist aber so unvollständig, daß die Kommission auch die Besprechung dieses Berichtes vertagte.

Damit das Plenum des Reichstages sofort nach Beginn der Osterferien in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes eintreten kann, bestanden die Kompromissparteien darauf, daß die Berichte in den Osterferien festgestellt werden. Eine Subkommission sollte die eingegangenen Beanstandungen prüfen und die notwendigen Änderungen vornehmen. Dann sollte die Kommission etwa am 25. dieses Monats zur endgültigen Feststellung des Berichtes zusammenkommen. Dagegen wurde kein Widerspruch erhoben.

Die Kompromissparteien forderten aber auch, daß die von der Subkommission einstimmig erledigten Punkte in dem Plenum der Kommission nicht mehr besprochen werden dürfen. Hiergegen erhob Abg. Hoch Einspruch. Demgemäß nahmen die Kompromissparteien von der Subkommission Abstand. Die Berichte werden von der Kommission selbst in allen Punkten festgestellt werden. Der Vorsitzende wird die Sitzung einberufen, sobald die Berichte eingegangen und von den Mitgliedern der Kommission geprüft worden sind.

Ueber die Art, wie die Berichte abgefaßt werden sollen, fand eine längere Aussprache statt. Von mehreren Rednern wurde behauptet, daß den Berichterstattern die Arbeit durch materielle Verschlechterungen, die die Kompromissparteien in der sogenannten Ausgleichsleistung durchgesetzt haben, sowie durch die vielen reaktionellen Änderungen im letzten Augenblick, und endlich durch die ungenügende Zeit zur Abfassung der Berichte sehr erschwert worden ist. Notwendig seien gerade bei diesem wichtigen und wenig übersichtlichen Gesetzwerk zuverlässige, gründliche und übersichtliche Berichte.

### Zur reichsständischen Verfassungsfrage.

Aus Berlin wird der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet, durch die veränderte Stellung des Zentrums zur Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen sei das Gesetz natürlich schwer gefährdet. Gegenwärtig fänden Erwägungen statt, ob sich die Regierung wegen der für Ausübung des Wahlrechts erforderlichen Aufenthaltzeit im Reichslande oder in den Gemeinden auf gewisse Änderungen einlassen könne. Nach der Regierungsvorlage ist die dreijährige Anwesenheit vorgesehen, während die Kommission die einjährige beschloffen hat. Daß auf anderem Gebiete die Zustimmung der Regierung zu weitergehenden Forderungen in wesentlichen oder grundsätzlichen Punkten zu erreichen sein werde, werde von unterrichteten Kreisen in Abrede gestellt. Kamentlich sei ein Verzicht auf die Mehrstimmen ausgeschlossen.

### Liberaler Einigungsbestrebungen.

Für die Provinz Pommern ist zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen eine Einigung erzielt worden. Den Nationalliberalen wurden die Wahlkreise Usedom-Wollin, Raugard-Rügenwalder, Wriez-Bezirk und Sammin-Greifenberg überlassen. Die übrigen Kreise werden von den Fortschrittlichen mit Kandidaten besetzt. — Dagegen sieht es mit der Einigkeit der Liberalen in Thüringen noch sehr brüchig aus. Es kommen hier zwölf Wahlkreise in Frage, von denen bisher drei, nämlich Jena, Coburg und Greiz, von der Einigung ausgeschlossen werden mußten. In diesen Kreisen werden sich Fortschrittliche und Nationalliberale feindselig gegenüberstehen. Auch in Sonderhausen, das gegenwärtig nationalliberal vertreten ist, sind starke Differenzen hervorgetreten, und zwar namentlich deshalb, weil die Nationalliberalen in Nordhausen, dem Kreis des Abg. Dr. Biemer, mit einem eigenen Kandidaten vorgehen wollen.

### Das Opfer.

Der Herausgeber der „Apologeischen Rundschau“, Dr. Kaufmann-Köln, der im Kampfe zwischen der Kölner und der Berliner Richtung im Zentrum auf der Seite der Koeren-Witter steht und den Kölnern Nachem und Kardinal Fischer durch seine Veröffentlichungen wiederholt Argernisse bereitet, mußte auf Betreiben des Kardinals Fischer Köln verlassen. Er löste sein Bureau auf und soll die Absicht haben, nach München zu gehen. Die Zentrumspresse freut sich des zur Strecke gebrachten Opfers und billigt das Vorgehen des Kardinals.

### Polizisten-Anzeichnungen.

Der Wert von polizeilichen Aufzeichnungen über den Verlauf von Versammlungen wurde wieder einmal durch eine Verhandlung vor der Schweizer Strafkammer beleuchtet, vor der sich der Gauleiter des deutschen Zentrumparteiverbandes, Genosse Zimmer-Dreslau zu verantworten hatte. Nach Ansicht des Polizeipraktikers Lehmann-Striegau und der Schweizer Staatsanwaltschaft soll Genosse Zimmer in einer öffentlichen Versammlung in Striegau in einem Referate über die Noabiter Strauß die Rollen

zu Gewalttätigkeiten aufgeleitet haben. Nach den Notizen des überwachenden Polizeikommissars Lehmann soll Zimmer geäußert haben: „Wenn die Arbeiter alle organisiert sind, wäre es ein Leichtes, eine Revolution zu machen wie in Portugal, und die schwarze Gesellschaft hinauszuschmeißen.“

Obgleich Genosse Zimmer schon bei der ersten Vernehmung nachwies, die Aufzeichnungen des Beamten seien willkürlich aus ihrem inneren Zusammenhang herausgerissen, erhob der Staatsanwalt Anklage wegen Aufreizung zum Massenmord.

In der Verhandlung erklärte der Polizeikommissar, „ein Irrtum sei ausgeschlossen“. Die Glaubwürdigkeit von sieben Entlastungszeugen verlor er dadurch zu entkräften, daß er sie als bekannte Agitatoren der Sozialdemokratie bezeichnete.

Auch der Staatsanwalt hielt Genossen Zimmer für schuldig und wollte ihn zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wissen. Es half aber alles nichts. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung. Die Kosten trägt die Staatskasse.

## Schweiz.

### Eine Niederlage des Proporzgedankens.

**Sürich, 2. April.** (Fig. Ver.) In der heutigen Volksabstimmung ist die Einführung der Proportionalwahl des Kantonsrates mit 42 227 gegen 80 467 Stimmen verworfen worden. Die beiden städtisch-industriellen Bezirke Zürich und Winterthur haben ihn angenommen, namentlich der erstere mit der großen Mehrheit von 29 000 gegen 10 000 Stimmen, während ihn die verbleibenden Bauern, unter denen wieder einmal mit dem roten Tuch gearbeitet worden war, in allen rein ländlichen Bezirken verworfen haben. Der Proporz wird natürlich wiederkommen, denn er gehört zu jenen untrennbaren Ideen, die liegen oder wiederkommen, um zu liegen.

## Frankreich.

### Zu der Winzerbewegung in Frankreich.

**Paris, 2. April.** In der heutigen Kammer Sitzung trat André Béchère für die sofortige Beratung eines Antrags ein, durch den die Abgrenzung der Weingebiete abgeschlossen und das Vorgehen der Syndikate gegen den Betrug bei der Bezeichnung von Weinen unterstützt werden soll. Der Redner, dessen Ausführungen von den Deputierten der Abgrenzungsgebiete lebhaft unterbrochen wurden, erklärte, die Abgrenzung sei ungerecht, unwirksam und hebe die Departements gegeneinander. Jaures schlug die Ueberweisung des Antrags an die Ackerbaukommission vor. Ministerpräsident Bonis unterstützte diesen Vorschlag mit dem Bemerkten, daß er einer Änderung nicht abgeneigt sei; die Kammer könne jedoch den Gesetzentwurf in einer so schwierigen Frage nicht aus dem Stegreif formulieren. Die Ueberweisung an die Kommission wurde schließlich mit 223 gegen 228 Stimmen beschlossen.

## Spanien.

### Die Lösung der Ministerkrise.

**Madrid, 3. April.** (Privattelegramm des „Vortwärts“.) Die Ministerkrise ist rascher gelöst worden, als man erwartet hatte. General Weyler wartete vergebens auf seine Berufung. Die Monarchie fühlt sich zu schwach, um eine solche Herausforderung zu wagen. Und so hat der König Canalejas sein Vertrauen ausgesprochen und ihn mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Canalejas hat zwei Minister angekauft und das neue Kabinett dürfte sich bereits morgen der Kammer präsentieren.

Das weitere wird davon abhängen, ob Canalejas endlich die Energie zu einer liberalen Politik finden wird. Wahrscheinlich ist das nicht der Fall. Die republikanisch-sozialistische Koalition, der sich auch die Radikalen anschließen werden, ist aber entschlossen, auf der Revision des Ferrerprozesses zu bestehen. Dies begegnet jedoch dem schärfsten Widerstande der Generale. So dauert also der Konflikt trotz der momentanen Beilegung der Ministerkrise fort und kann jeden Augenblick zu ernstlichen Ereignissen führen.

## England.

### Die Oberhausreform.

**London, 3. April.** Im Oberhause verlas Lord Chesterfield eine Botschaft des Königs, welche die Antwort auf die von Lord Lansdowne in der vorigen Woche beantragte Adresse bildet. In der Botschaft wird erklärt, im Vertrauen auf die Weisheit des Parlamentes wünsche seine Majestät, daß seine Prärogative für die Ernennung von Peers Erhöhungen des Parlamentes über irgend eine Maßnahme zur Reform des Hauses der Lords nicht im Wege stehen sollten.

Im Unterhause begann heute unter Beifallrufen der Ministerien die Debatte über die Petition. Obgleich die Vorlage nur aus vier Klauseln außer der Einleitung besteht, so sind doch neunhundert Abänderungsvorschläge, unter ihnen acht hundert von Unionisten, eingebracht worden.

## Türkei.

### Jungtürkische Justiz.

Wir haben neulich nach dem „Mischerutjet“, der Pariser Monatschrift der türkischen Radikalen, einige Dokumente wiedergegeben, die die vom „Komitee“ betriebene Doppelspielerlei und seine Einmischung in das Justizverfahren illustrieren. Das genannte Blatt veröffentlicht nun in seiner Märznummer einen weiteren Beitrag zur Geschichte des von den Propagandisten präparierten „Verschwörungs“-Prozesses. Waren das letzte Mal der „Freiheitsheld“ Cüvder Bey und der Polizeipräsident von Konstantinopel die Kompromittierten, so diesmal der ehemalige Minister des Innern, Talaat Bey. Sein Brief lautet:

„An den Herrn Staatsanwalt (Vertraulich).

Mein lieber Herr Cüvder!

Durch die Freilassung Behi Behs (des Oberstleutnants. Ann. d. Red.) haben Sie alle unsere Freunde sehr erfreut. Was aber Kiazim Bey betrifft, so machte die Rücksicht auf die öffentliche Meinung die Aufrechterhaltung seiner Haft bis zum Gerichtspruch notwendig. Indes bezieht die Zentralbehörde des Komitees, infolge einer Intervention seiner Mutter, ausdrücklich unerbittliche Freilassung. Bringen Sie also bei der morgigen Konfrontations-Verhandlung die Sache zum Abschluß, indem Sie für die Freisprechung Kiazims und die strenge Verurteilung Ahmed Hamdis plädieren. Es ist dringend notwendig, die Konfrontation Ahmed Hamdis mit Semi Pascha zu verweigern. Haben Sie gut Obacht darauf! Uebrigens hat man dem Gerichtspräsidenten und den Mitgliedern der Jury entsprechende Weisungen gegeben.

6. Mai 1925.

gez. Talaat.

### Eine saubere Justiz!

### Der Aufstand in Albanien.

**Konstantinopel, 3. April.** Die von den ausländischen Mächten belagerte Stadt Tuzi an der montenegrinischen Grenze ist am Sonnabend durch die türkischen Truppen nach siegreichem Kampf entsetzt worden. Damit ist die Niederlage der Aufständischen entschieden. Die türkischen Truppen haben ihren

Erfolg erzielt, noch bevor die von hier abgeforderten Verstärkungen auf dem Schauplatz eintreffen konnten.

## Griechenland.

### Zur Nachahmung für das preussische Abgeordnetenhaus.

**Athen, 2. April.** Die Kammer hat nach langer Debatte einen Antrag angenommen, der sich für die Enteignung des Großgrundbesitzes in Thessalien und für dessen Aufteilung unter kleine Ackerbauer ausspricht.

## China.

### Ein Konflikt mit Japan.

**Musken, 3. April.** Die sich in die Länge ziehenden Verhandlungen des japanischen Konsulats mit den chinesischen Behörden über eine Entschädigung für die Ermordung eines Japaners durch die chinesische Polizei haben auf beiden Seiten Erregung hervorgerufen. Der japanische Generalkonsul hat offiziell erklärt, er sei genötigt, die Verhandlungen abzubrechen und seine Regierung von der Notwendigkeit eines selbständigen Vorgehens zur Sicherung des Lebens und Eigentums der Japaner in der Mandchurei in Kenntnis zu setzen. Von japanischer offizieller Seite wird die Haltung der chinesischen Behörden eine grobe Beleidigung der Interessen und des Prestiges Japans genannt, während die chinesische Presse die Japaner beschuldigt, daß sie einen Bruch der freundschaftlichen Beziehungen mit China provozierten, um von ihnen geplante entscheidende Schritte in der Mandchurei zu rechtfertigen.

## Marokko.

### Der Sultan in seiner Hauptstadt belagert.

**Tanger, 3. April.** Der Stamm der Beni Mer hat nach seinem Erfolg vom 28. März alle Stämme bis zum Gharb-Gebiet aufgefordert, sich ihm zur Belagerung von Fes anzuschließen. Nach Gerüchten, die von den Eingeborenen verbreitet werden, sollen die Verber in Fes eingedrungen sein und dort Mulah Ismael zum Sultan ausgerufen haben.

## Amerika.

### Die Lage in Mexiko.

**Mérida, 3. April.** Der Sonderberichterstatter der „Königlichen Zeitung“ meldet: Das Hauptquartier der Aufständischen ist von der Woiwode des Präsidenten Diaz zwar nicht ganz befriedigt, erblickt aber darin einen großen Sieg. Es traut indes seinen Versprechungen nicht und fordert Vürsenschaft für die Durchführung. Roderos Vater und Ostado sind nach El Paso gereist, wo sie mit den Abgesandten des Finanzministers Limantour zusammentreffen, um die morgen dort eintreffende Antwort des Rebellenführers Francisco Madero zu besprechen. — Nach einer späteren Meldung desselben Blattes aus San Antonio ist Salvador Madero, der Oheim des Rebellenführers, auf der Reise von San Antonio nach Mexiko in Laredo verhaftet worden.

## Aus der Partei.

### Die P. S. Deutschlands im Jahre 1910.

Der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei (P. S.) Deutschlands hat auf Grund der ihm vom letzten Parteitag Ostern 1910 auferlegten Verpflichtung in dem polnischen Parteiorgan, der Kattowitzer „Gazeta Robotnicza“ den Bericht über die Tätigkeit der polnischen Parteioorganisation im Jahre 1910 veröffentlicht. Das Haupttätigkeitsgebiet der polnischen Sozialdemokratie umfaßt den ober-schlesischen Industriebezirk. Im Wahlkreis Kattowitz-Żabrze bestanden am Ende des Jahres 12 lokale Vereine; im Laufe des Jahres wurden drei neue gegründet. Ihre Mitgliederzahl stieg von 688 am Anfang des Jahres auf 710 am Jahres-schluss. Im Wahlkreis Deutchen-Tarnowitz stieg die Zahl der lokalen Vereine von 10 auf 11, die Mitgliederzahl (635) änderte sich nicht. In drei anderen ober-schlesischen Wahlkreisen zählt die Organisation am Ende des Berichtsjahres nur 86 Mitglieder. In Rheinland-Westfalen ist die Zahl der lokalen Vereine von 6 auf 9, ihre Mitgliederzahl von 157 auf 204 gestiegen. Zur Förderung planmäßiger Agitation wurde hier ein Komitee gegründet. Polnische Parteioorganisationen bestehen außerdem noch in Berlin, Hamburg, Bremen, Wilhelmshurg, Schulan und Schiffbe.

Überall wurde eine rege Agitationstätigkeit entfaltet. In den beiden Industriebezirken und auch in Baudau hat je eine Bezirkskonferenz stattgefunden.

Die polnische Parteioorganisation beteiligte sich gemeinsam mit den deutschen Genossen an der Radwahl zum Reichstags in Posen. Der gemeinsame Kandidat, Genosse Ratuszewski, erhielt 2302 Stimmen, 928 Stimmen mehr als bei den allgemeinen Wahlen von 1907. — Der Kassenbericht verzeichnet 6081 M. Einnahme und 4867 M. Ausgaben. Zur Unterhaltung der polnischen Parteisekretariate in Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen steuerte der Gesamtparteivorstand 3134 M. bei.

### Eine Hausfuchung

fand dieser Tage in den Geschäftsräumen der „Weimarischen Volkszeitung“ in Jena statt. Der Staatsanwalt hat Anstöß genommen an einen Heulletonartikel „Mein letztes Gebet“, in dem eine greise Genossin schilderte, wie sie durch bitterste Not im eigenen Familienleben um ihren Götterglauben gekommen ist. Wahrscheinlich will man daraus eine Gotteslästerung konstruieren.

**Personalien.** Mit dem 1. April ist in die Redaktion des „Volkswillens“ in Hannover Genosse Ernst Andree, bisher Redakteur unseres Kölner Parteiorgan, als Lokalredakteur eingetreten. Die Vermehrung des Redaktionsstabes machte sich durch Ausgestaltung des „Volkswillens“ nötig. — An Stelle des Genossen Andree ist in die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ Genosse Wilhelm Sollmann, der Vorsitzende des Kölner Jugendauschusses, getreten.

## Aus Industrie und Handel.

### Wucherprämien muß das Volk aufbringen!

Der Wille der Zuckerrücherei hat in Oesterreich, wo jedes Kilogramm mit 38 Hellern Verbrauchssteuern belastet ist, binnen sechs Wochen den Kilopreis in vier Stappen um 5 Heller hinausgetrieben, obgleich die Raffinerie den Rohzucker jetzt billiger bekommen als vor der Steuererhöhung! Um die Außenleiter einzubringen, die übrigens des Raffinerieartikels nur ganz wenig unterbieten, arbeiten die raffinierten Raffinerieure auf die Gründung eines Kartells der Rohzuckerfabriken hin, die den Außenleitern keinen Rohzucker mehr liefern und die dafür pro Meterzentner 3/4 Kronen, also jährlich mehr als elf Millionen Kronen Wucherprämien erhalten sollen! Und um diesen Heber„verdient“ aufzubringen, müssen eben die Konsumenten den Zucker teurer bezahlen. Es ist doch alles so einfach in unserer sittlich-religiösen Weltordnung!

**Der unersöhnliche Kapitalismus in Oesterreich.** Trotz aller Unternehmerlogen über schlechte Zeiten und unerträgliche sozialpolitische Belastung haben sich die österreichischen Aktiengesellschaften 1910 vermehrt wie noch nie: um 64 Gesellschaften mit 141,86 Millionen Kapital. Darunter sind 9 neue Banken, wovon wieder sechs österreichische und polnische und 42 Industrie- und Handels-Unternehmen. Sehr erheblich sind die Kapitalerhöhungen; bei 60 Gesellschaften insgesamt 243,5 Millionen Kronen. An all diesen Investitionen haben den Hauptanteil die chemische und Petroleumindustrie, die Bauindustrie (eine einzige Unternehmung in Ingers-

dorf bei Wien ist in eine Gesellschaft mit 325 Millionen Kapital umgewandelt worden); den Bergwerksunternehmungen, die sich zum Teil in Gesellschaften u. s. f. umgebildet haben, sind zweieinhalb Millionen neues Kapital zugeflossen usw. Die G. u. H. G. haben ihre Stammkapitalien um 1 1/2 Millionen erhöht, ebenfalls das Doppelte wie im Vorjahre. Es bestehen insgesamt 1100 G. u. H. G. mit etwa 280 Millionen Kapital, und im Jahre 1910 haben die Personen der Kapitalisten und ihre Vereinigungen insgesamt 461,87 Millionen in der angeblich von der Arbeiterbewegung so schwer bedrohten Industrie investiert — mehr als das Doppelte des Jahres 1900. Es muß sich also doch noch lohnen!

## Soziales.

### Abhällische Wohnstätten.

Am 7. März veröffentlichten wir einen Artikel über grobe Mißstände in der Kolonie Raddob. Der zum Himmel schreiende Zustand der Straßen und Schulen war darin beschrieben. Der Artikel hat seine Wirkung getan. Bereits wenige Tage später sah man auf der Kolonie Raddob in mehreren Straßen Fuhrwerke, die Steine und Äsche herbeischafften, und Arbeiter mit Gaden und Schuppen, die die Steine zurechtlegten und die Straße planierten. Dampfmaschinen, die man bisher auf dieser Kolonie nicht gesehen, übten ihre Tätigkeit aus, um angelegte Wege zu ebnen. Bemerkenswert war hierzu, daß in dem Prozeß gegen den Rebellenteur Kottebohm, der sich lediglich mit den Zuständen auf der Kolonie beschäftigte, der Direktor Andreu ausführte: Die Straßen zu befestigen und zu walzen, daran denke man nicht, weil der Kolonie dadurch das ländliche Ansehen genommen würde, dies soll unter allen Umständen beibehalten werden. Man sieht auch hier, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Indes, lange hielt das verständige Eingehen der Verwaltung auf die öffentliche Kritik nicht an. Mitte März erschien dann ein Artikel, der die Praktiken in der Grube scharf beleuchtete. Das Erscheinen dieser Verwaltung zu weitgehend. Diese ungeheuerlichen Mißstände zu beseitigen, kostet Geld. Man versucht es wieder mit dem alten Rezept. Herr Andreu ließ einen Arbeiter, von dem er vermutete, daß er den Artikelschreiber kenne, ins Bureau kommen. Dort meinte er: „Sie können uns, wenn Sie den Artikelschreiber nicht kennen, vielleicht behilflich sein, daß wir denselben ausfindig machen können. Tun Sie Ihre Pflicht, dann werden wir uns Ihnen gegenüber ebenfalls erkenntlich zeigen.“

Derartige Prozeduren werden natürlich der Reue der Verwaltung Befriedigung nicht bringen. Die Verwaltung sollte unserer Kritik dadurch den Wind aus den Segeln nehmen, daß sie die Mißstände beseitigt. Spioniererei nach der Quelle unserer Mitteilungen ist höchst nutzlos und offenbar kein dankbares Gemüt der Verwaltung für unsere Hinweise.

### Blitzstrahl und Betriebsunfall.

Der Fahrer Reinhold D. passierte als Führer eines Motors wagens am 20. April 1908 während eines Gewitters die Gneisenaustraße. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er durch einen hellen Blitzstrahl, welcher ihn erschreckte, eine starke Blendung der Augen. D. konnte seinen Dienst nicht beenden; er mußte sich in die ärztliche Behandlung des Herrn Dr. K. und Prof. Dr. G. begeben. Infolge der nervösen Beschwerden und des Windhautentzündes an den Augen mußte D. seinen Dienst endgültig aufgeben.

Er stellte bei der Straßen- und Kleinbahn-Vereinsgenossenschaft den Antrag auf Unfallrente. Er wurde indessen damit zurückgewiesen, weil ein Betriebsunfall nicht vorliegt. Es handelte sich um einen Unfall des gewöhnlichen täglichen Lebens.

Gegen den Ablehnungsbescheid legte D. beim Schiedsgericht für Arbeiterberufung für den Stadtkreis Berlin Berufung ein. Die Berufung hatte Erfolg. Das Schiedsgericht verurteilte die Straßen- und Kleinbahn-Vereinsgenossenschaft, dem D. vom 13. Juli bis 20. November 1909 die Rente zu zahlen. Das Schiedsgericht hat in dem Urteile das Vorliegen eines Betriebsunfalls anerkannt. D. habe sich während der Fahrt im Dienst befunden. Die Fahrt erfolgte im Betriebsinteresse. Die Blendung, die den Fahrer erwerbsunfähig machte, müsse daher, da sie während der Betriebsfähigkeit erfolgte, als Betriebsunfall angesehen werden. Von einem Unfall des gewöhnlichen alltäglichen Lebens könne keine Rede sein.

Die Vereinsgenossenschaft legte gegen das Urteil des Schiedsgerichts Rekurs ein. Der Rekurs der Vereinsgenossenschaft wurde dieser Tage zurückgewiesen. Auch der erkennende Senat des Reichsversicherungsamts nahm das Vorliegen eines Betriebsunfalls an. In der mündlichen Begründung des Urteils wurde zum Ausdruck gebracht, daß von einem Unfall des „alltäglichen“ Lebens der jeden treffen könne, gar keine Rede sein kann. Hier handelte es sich nur um einen Betriebsunfall.

### Die Stellensvermittlung in der Landwirtschaft.

Die deutsche Feldarbeiterzentrale klagt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1910 über die Konkurrenz der privaten Stellensvermittler. Diese zeigt sich nicht nur in einer größeren Anzahl bei Berechnung der Vermittlergebühren, sondern auch in dem Bestreben, die vermittelten Ausländer den deutschen Gutbesitzern zu noch niedrigeren Löhnen zu verschaffen, als solche bei der Feldarbeiterzentrale zu haben sind. Diese Klage ist nicht ganz unberechtigt. So niedrig schon die Löhne der ausländischen Feldarbeiter sind, zu welchen die Feldarbeiterzentrale Verträge abschließt, es finden sich doch immer noch russische oder österreichische Arbeiter, die sich zu billigeren Sätzen verschaffern lassen.

Ein Breslauer Vermittler Arod „Kiefer“ Leute zu Bedingungen, die fast durchweg unter den Sätzen der deutschen Feldarbeiterzentrale stehen. Letztere schließt ab für Wanderarbeiter aus Ruhland, Männer und starken Burschen, die mähren können, 1,70 M. Tagelohn, während der Ernte 1,20 M., für andere Männer 1,40 resp. 1,80 M., für Frauen, Mädchen und schwächere Burschen 1,20 resp. 1,60 M.; für Galizier wird verlangt für Männer und Burschen, die mähren können, bis 1. Juni 1,10 M., von da bis 1. September 1,20 M., während 5 Erntewochen 1,50 M. Andere Männer und Burschen bekommen in derselben Zeit 1 M., 1,10 M. und 1,40 M.; Frauen 0,80 M., 0,90 M. und 1,20 M. Dazu kommt für beide Arten von Ausländern ein kleines Deputat von Brot, Kartoffeln, einige Hülsenfrüchte, 1 Pfund Fleisch und 7 Liter Roggenmehl pro Woche. Der Vermittler in Breslau hat nach Schleswig-Holstein Männer und starke Burschen, die mähren können, vermittelt für einen Tagelohn, der je nach der Jahreszeit 0,80 bis 1 M. beträgt und 6 Wochen lang während der Ernte auf 1,40 M. steigt. Burschen, Frauen und Mädchen erhalten 0,60—0,90 M. und während der Ernte 1,20 M. pro Tag. Das Deputat steht auf gleicher Höhe wie das der Feldarbeiterzentrale. Dagegen weist der sehr umfangreiche Arbeitskontrakt eine Reihe von sehr rigorosen Bestimmungen auf, darunter scharfe Strafbestimmungen und Aufhangeln, die der Arbeitgeber nach Willkür zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses und Einhaltung der hohen Kautionsbedürfnisse kann.

### Ein königlicher Kreisarzt unter Anklage der Unterschlagung.

Der Vorsteher des Medizinal-Untersuchungsamtes in Düsseldorf, Kreisarzt Dr. med. Wb. Hermann Krüger, 32 Jahre alt, der vorher in gleicher Stellung in Hannover tätig war, hat bei seiner Versetzung nach Düsseldorf im vorigen Jahre ein Mikroskop im Werte von 570 M., ein Mikrotom (Schneide-Apparat) im Werte von etwa 100 M. und zwei medizinische Werke, Sachen, die dem Staatsinstitut gehörten, sich angeeignet und mit nach Düsseldorf genommen. Zur Verdeckung dieser Unterschlagung hat er ein Inventarienzettel entsprechend geändert. Er behauptet, das Mikrotom habe er, weil es ihm von einer Firma für das Institut bedingt sei, für sein Eigentum gehalten. Dieser gute Glaube konnte ihm auch nicht abgesprochen werden; insofern erfolgte Freisprechung. Wegen Unterschlagung des Mikroskops und der beiden Werke, die er übrigens auf Reklamation hin zurückgeschickt hat, verurteilte die Strafkammer Hannover den Angeklagten Sonnabend zu 4 Monaten Gefängnis.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Holzarbeiter!** In der Kistenfabrik Pflugradt, Eisenstr. 52, haben unsere Verbandsmitglieder die Arbeit eingestellt, weil Herr Pflugradt die Ausübung des den Arbeitern gesetzlich zustehenden Vereinigungsrechts in seiner Fabrik nicht duldet. Er hat diejenigen unserer Kollegen, von denen er erfährt, daß sie sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen haben, rücksichtslos entlassen und gedroht, jeden zu entlassen, der dem Holzarbeiterverband angehört. Die Fabrik ist deshalb für unsere Verbandsmitglieder, sowie für jeden Arbeiter der Wert auf das ihm zustehende Koalitionsrecht legt, gesperrt. Die Ortsverwaltung.

(Herr Pflugradt hat gleichwohl die Raibität, vom Verlag des „Vorwärts“ zu verlangen, das Sperrinserat aus dem „Vorwärts“ herauszunehmen. Vielleicht macht er sich mit den Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung etwas näher bekannt.)

## Der Kampf im Tapezierergewerbe.

Die Tapezierer versammelten sich am Sonntagmorgen in den „Sophienjalen“, um Stellung zu dem im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Ultimatum der Unternehmer zu nehmen. Vor Beginn der Versammlung fand eine Konferenz der Vertrauensmänner statt, in der beschlossen wurde, der Gewerkschaft zu empfehlen, mit aller Energie und Fähigkeit den Kampf fortzusetzen, um in allen Werkstätten, wo gestreikt wird oder wo ausgesperrt worden ist, die Arbeitsbedingungen einzuführen, die bereits in einer großen Anzahl von Betrieben zur Anerkennung gebracht wurden. Dieser Empfehlung stimmte die Versammlung nach einem Referat von R. H. W. zu. Wie bekannt wurde, hatten die Unternehmer selbst die Verhandlungen gewünscht. Um so mehr erregte ihr geringes Entgegenkommen die Verwunderung der Arbeiter. Bereits arbeiten 550 Leute (darunter 20 Männer) in 72 Betrieben zu besseren Bedingungen als die jetzt von den Unternehmern vorgeschlagenen. Dieser Erfolg wurde erzielt, obgleich die Konjunktur im Tapezierergewerbe noch immer nicht gut zu nennen ist. Die Aussperrung hat keinen weiteren Umfang angenommen. Bisher hat man im ganzen 86 Streikarbeiter gezählt. Mehr als bisher muß streng darauf geachtet werden, daß in keinem Betriebe, wo betwilligt wurde, Streikarbeit geleistet wird; auch müssen alle Ueberstunden vermieden werden.

Vor Angeboten aus Frankfurt a. O. von der Firma G. E. R. n. b. e. r g e r wurde gewarnt; dort streifen die Magazinarbeiter.

**Der Streik der Aufsicher und Lagerarbeiter bei der Firma R. Weichardt Nachf.** zu Spandau dauert unverändert fort. Die Firma läßt ihre Arbeit bei den Speditionsfirma W. B. a. g. n. e. r. W. o. e. und H. l. o. s. e. m. e. i. s. t. e. r. ausführen und ist deshalb alle Arbeit bei genannten Firmen zu verweigern, da dieselben Streikarbeit verrichten. Der Inhaber der Firma R. W. Müller, Wehltransport, hat der Frau eines Streikenden den Dienst der Hausreinigung gestündigt, indem er erklärte: „Da Ihr Mann ebenfalls zu den Faulenzern, welche bei Weichardt streifen, gehört, kündige ich Ihnen hiermit die Hausreinigung.“

Die Situation ist für die Streikenden noch wie vor günstig, da die Gespanne der Spedition, trotz „Hamburger Arbeitsmüllern“ und Inseraten, bereits 14 Tage stillstehen. Die Arbeiter werden den Kampf nicht eher aufgeben, bis die Organisation anerkannt ist.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Spandau.

**Achtung, Galanteriearbeiterinnen!** Bei der Firma Wilhelm Böhm, Ritterstr. 88, Rohrenfabrik, haben die Arbeiterinnen wegen Reduzierung der Akkordlöhne die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen wurden abgelehnt mit dem Bemerkten: Dem es nicht passe, der könne gehen. Der Betrieb ist für Arbeiterinnen gesperrt. Die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinderverbandes.

**Achtung, Töpfer!** Die Sperrte Reusche hat sich erledigt, da die noch zu zahlende Differenzsumme beglichen ist. Die Kollegen können ihre noch zu erhaltenden Summen im Präkialbüro abheben. Die Verhandlung.

**Der königliche Hof-Maurermeister Max Beyert in Potsdam** verweigert den Maurern und Bauhilfsarbeitern den Vertraglohn. Beyert gehört dem Arbeitgeberbunde nicht an und glaubt, sich herausnehmen zu dürfen, die Tariflöhne nicht zu zahlen. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter haben nach wiederholten ergebnislosen Verhandlungen zur Selbsthilfe gegriffen und die Arbeit eingestellt. Den einzelnen Arbeitern wird zwar versprochen, daß nach dem 1. April der Tariflohn gezahlt werden soll. Die Bauarbeiterorganisation kann die Sperrte aber nicht früher als beendet ansehen, bis Herr Beyert der Organisation ausreichende Garantien dafür gegeben hat, daß er die mit dem Arbeitgeberverein vereinbarten tariflichen Bedingungen auch für sich als verbindlich anerkennt.

## Deutsches Reich.

**Sämtliche Bau- und Möbelfabrik, Maschinen-, Flach- und Schuppenarbeiter** sowie Schlosser der Firma F. e. r. d. i. n. a. n. d. e. n. d. i. g. S. ö. h. n. e. in Posen haben beschlossen, vom Sonntag, den 3. d. M., ab in den Streik zu treten, weil der Direktor P. o. s. a. r. d. i. t. z. für die Bauhilfsarbeiter, für die soeben mit den vereinigten Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen ein Vertrag abgeschlossen wurde, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse vorsehen will, sich aber weigert, dies für alle Arbeiter durch einheitlichen Vertrag zu tun. Es kommen circa 250 Arbeiter in Frage. Die Konjunktur im Holzgewerbe in Posen ist gut und wird durch die ostdeutsche Industrieausstellung noch begünstigt. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Differenz von nicht allzu langer Zeit sein wird. Bei dem Streik sind beteiligt der Deutsche Holzarbeiterverband, der Polnische Berufsverband, der Gewerksverein der Holzarbeiter (S.-D.). Sämtliche Arbeiter sind organisiert.

## Erfolgreiche Lohnbewegung der Oderschiffer.

Am 1. April wurden die in B. e. r. l. i. n. unterbrochenen Verhandlungen in B. r. e. s. l. a. u. fortgesetzt. Nach langwierigen Beratungen wurde eine Einigung erzielt. Die Schiffsmannschaften erhalten ab 1. Juli dieses Jahres eine Lohnzulage von 5 Mk. pro Monat. Das bisherige Entlohnungssystem, einen Teil des Lohnes einzubehalten und diesen nur bei guter Führung und ununterbrochener Arbeitsdauer während der ganzen Schiffsfahrtsperiode an die Mannschaften auszusahlen, wird aufgehoben. Diese sogenannten Nachschüsse und Dienstzulagen werden ab 1. Juli zum Lohn zugeschlagen. Am 1. Juli müssen die bis dahin einbehaltenen Nachschüsse und Dienstzulagen zur Auszahlung gelangen. Für Ueberstunden werden anstatt bisher 25 Pf. 50 Pf. gezahlt. Die Wobnung der Dampfer außer der regelmäßigen Arbeitszeit wird gleich den Ueberstunden vergütet, und zwar an den Stationen Breslau, Cosel, Stettin, Hamburg und Fürstberg. In letzterem Ort jedoch nur dann, wenn er Ausgangspunkt für bergwärts gehende Jüge ist; diese Arbeit wurde bisher nicht vergütet. Auch die Sonntagsarbeit wird vergütet. Wenn die Mannschaften an den Stationen nicht auf ihren Fahrzeugen beschäftigt sind und hierdurch behindert sind, ihr Essen aus ihren Fahrzeugen einzunehmen, erhalten sie eine Entschädigung von 75 Pf. in Hamburg 1 Mk. Das Reisegeld von und nach der Heimatsstation wird den Schiffsmannschaften bei Beginn und Schluß der Schiffsfahrtsperiode vergütet. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission, gebildet aus Vertretern der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu bestimmen, die eintretende Differenzen, die sich aus den Vereinbarungen ergeben, zu schlichten hat. Die Vereinbarungen treten am 1. Juli dieses Jahres in Kraft und gelten bis zum 31. Dezember des Jahres 1912. Die Kündigungsfrist für die Abmachung beträgt zwei Monate.

Die Bewegung der Oderschiffer ist somit mit gutem Erfolg beendet worden, was allerdings verbürgt war durch die ausgezeichnete Organisation der Mannschaften. Die Kernfragen, die ohne Zweifel zum Kampf geführt hätten, sind zugunsten der Mannschaften erledigt. Es war dies in allererster Linie die Frage des Nachschusses (Einbehaltung des Lohnes), dann Erhöhung des Monatslohnes und zeitgemäße Vergütung der Ueberstunden. Der Widerstand. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratentell. verantw.:

stand der großen Meedereien war sehr groß, er wurde aber durch die Geschlossenheit der Mannschaften gebrochen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat auf der Ober die erste erfolgreiche Bewegung hiermit durchgeführt; er hat dafür gesorgt, daß mit einem mittelalterlichen Lohnsystem aufgeräumt wurde. Die größten Firmen haben den Transportarbeiterverband als Vertreter der Mannschaften anerkannt. Es bleiben nur noch eine Anzahl Kleinbetriebe übrig, die bald kapitulieren werden müssen.

Von Bedeutung für den Verlauf der Bewegung ist sicher die ausgezeichnete Haltung der Schiffsmannschaften und insbesondere der Schiffsführer. Alles in allem: die Oderschiffer können mit dem Ausgang der Bewegung zufrieden sein.

## Der Streik der Maschinisten auf der „Union“ in Dortmund beendet!

Durch Vermittlung des Orberbürgermeisters halten sich die streikenden Maschinisten, Heizer, Kranführer und des Lokomotivpersonal mit einer Anfrage an die Direktion der „Union“ gewandt, um zu erfahren, ob die Betriebsverwaltung zu Verhandlungen geneigt sei. Die Direktion hat es abgelehnt, zu verhandeln. Als Grund wird in der Hauptsache angegeben, daß die Arbeiter „gewaltfam“ (unter Kontraktbruch) in den Streik getreten seien. Die Ausständigen beschloßen am Sonnabend in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit, den Streik abzubrechen und die Bewegung zu geeigneter Zeit mit vermehrter Kraft wieder aufzunehmen. Die Situation hatte sich in den letzten Tagen wesentlich zu ungunsten der Streikenden verändert, da ein erheblicher Teil fahnenflüchtig geworden war. In Betracht kam, daß ein großer Teil der in Frage kommenden Arbeiter noch keine lange Gewerkschaftsarbeit hinter sich hatte. Der der Direktion der „Union“ fühlbar gewordene Schaden ist sicher erheblich genug, um fortan als ernstlicher Faktor zugunsten der Arbeiter zu wirken. Durch Schaden wird man klug. Bei allen späteren Lohnbewegungen wird der jetzt entstandene gewaltige Schaden als reale Größe von der Betriebsverwaltung in Rechnung gestellt werden, wenn die Arbeiter auch ihre Forderungen bei der jetzt beendeten Bewegung nicht durchsetzen konnten.

**In der Hofwagensfabrik von Franz Rißchle** in Stolp ist ein Streik ausgebrochen. Circa 90 Schmiebe und Schlosser haben die Arbeit niedergelegt. Die eingeleiteten Verhandlungen waren resultatlos verlaufen, weil der Fabrikant es abgelehnt hatte, eine allgemeine Lohnerrhöhung von 5 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Er wollte nur den ihm passenden Arbeitern Lohnerrhöhungen von 3 bis 1 Pf. geben. Außerdem wollte er 14 Arbeiter entlassen, darunter Mitglieder des Arbeiterausschusses. An der Bewegung sind die Verbände der Schmiebe und der Metallarbeiter beteiligt. Außerdem der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (S.-D.).

**Die Stukkatureur in Frankfurt a. M.** sind am Sonnabend in den Streik getreten. Sie unterbreiteten vor kurzem den Arbeitgebern die Forderungen: Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde, von 9 auf 8 1/2 Stunden, Lohnerrhöhung um 5 Pf. für 1911, 3 Pf. für 1912 und 2 weitere Pf. für 1913. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern reduzierten die Arbeiter ihre Forderungen, um einen Kampf zu vermeiden. Aber auch diese reduzierte Forderung, 3 Pf. Lohnerrhöhung sofort und 2 weitere Pf. 1912, ging den Unternehmern zu weit, sie wollten nur eine Lohnerrhöhung von je 2 Pf. für dieses und das nächste Jahr und von 1 Pf. für 1913 bewilligen. Die Arbeiter beschloßen aber, nur an den alten Forderungen festzuhalten und diese durch Streik zu erkämpfen. Es kommen circa 100 Mann in Betracht, die fast alle organisiert sind.

## Die Beilegung der Differenzen in den Rauchwaren-Zurichtereien.

Am Sonntag, den 26. März, fanden in Leipzig erneut Verhandlungen statt. Da aber die Arbeitgeber ein zu geringes Entgegenkommen zeigten, waren die Vertreter der Arbeiter wiederum nicht in der Lage, ihre Zustimmung zu den Vorschlägen geben zu können. Auch eine am vorigen Montag in Leipzig stattgefundene Versammlung der Arbeiter lehnte das Angebot der Unternehmer ab, in der Hauptsache wohl deshalb, weil sich der Vertrag nicht auf die Maschinenarbeiter beziehen sollte. Die weiteren Verhandlungen am 30. März führten dazu, daß die Arbeitgeber folgendes zugestanden: Der Vertrag bezieht sich in den gemischten Betrieben auch auf die Maschinenarbeiter. Die Zugehörigkeit der Gehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu irgendeiner gewerkschaftlichen Organisation darf weder ein Grund zur Nichtentlohnung, noch zur Entlassung sein. Während der Dauer des Tarifvertrages dürfen weder Streiks noch Aussperrungen stattfinden. Der 1. Mai gilt als Feiertag. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1913. Unter diesen Veränderungen gaben die Arbeitervertreter die Zustimmung zum Vertrag.

Nachdem auch am 31. März mit den Unternehmern in Berlin eine Einigung erzielt wurde, wurde am 3. April die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Wenn auch von einem Sieg der Arbeiter nicht gesprochen werden kann, so ist aber die Ausdehnung der Organisation, wie die Arbeitgeber es mit ihrem brutalen Vertragsbruch beabsichtigten, glänzend abge schlagen worden.

## Ein Tarif im Bremer Bäckergerwerbe.

Die Bremer Bäckergelesen nahmen am Sonntag den durch Verhandlungen mit den Innungsmessern unter Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden abgeschlossenen Tarifvertrag an. Der neue Tarif gilt bis zum 31. März 1915. Am 1. April 1913 tritt für alle Wochenlöhne eine weitere Erhöhung von 1 Mk. ein. Vom 1. April dieses Jahres ab beträgt der Mindestlohn für Gelesen in den ersten zwei Jahren nach der Lehrzeit 22 Mk. pro Woche, später 24 Mk. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige. Kost- und Logiszwang werden beseitigt. Nur auf ausdrücklichen schriftlichen Wunsch des Gelesen, der auf dem Nachweis abzugeben ist, darf der Meister einen Gelesen in Kost und Logis nehmen. Der bestehende Arbeitsnachweis der Innung wird in der Form ausgestaltet, daß ein Mitglied des Gelesenausschusses ständig an den Sprechstunden teilnimmt. Wo höhere Löhne, als sie der neue Tarif vorsieht, bereits gezahlt werden, müssen dieselben beibehalten werden.

## Streik der Mannheimer Hafnarbeiter.

In Mannheim sind gestern etwa zweitausend Hafnarbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

## Ausland.

### Erfolgreiche Beendigung des Wiener Schneiderstreiks.

Der lange Streik konnte mit einem recht günstigen Tarifabschluss beendet werden, der u. a. das Neue enthält, daß die längere Dauer der Arbeit im Verus, nicht im Betrieb, von selbst den Aufstieg in höhere Lohnklassen bewirkt. Die Löhne sind sämtlich ansehnlich erhöht, die Vertrauensleute werden anerkannt, die Mindestlöhne nicht mehr für Einzelfirmen, sondern für ganz Wien gelten. Ueberstunden werden mit 100 Proz. Aufschlag entlohnt und Abregelungen dürfen wegen des Streiks nicht erfolgen. Die Gewerbeinspektorin Alice Ritter hat viel zur Beilegung des Konflikts beigetragen.

### Ein Generallstreik der französischen Hafnarbeiter?

Paris, 3. April. Die mehrere Blätter berichten, hat der nationale Verband der Hafnarbeiter Frankreichs in der vergangenen Nacht einen Aufruf erlassen, der die Hafnarbeiter auffordert, von heute ab in den Häfen des Atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres in den Ausstand zu treten, weil die Meeres angeblich beabsichtigen, die Organisation der Hafnarbeiter zu zerstören.

# Aus der Frauenbewegung.

Glend in der Buchbranche.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Schreibt da jemand im „Confectionair“ einen Artikel, der die Verhältnisse im Buchgewerbe in geradezu rosigtem Lichte erscheinen läßt, der den Bucharbeiterinnen Monatsgehälter bis 200 Mk., besonderen Kräfte sogar 250 bis 400 Mk. Gehalt verspricht, der das Aussehen der Arbeit im Winter wie im Sommer als ein rein illustriertes bezeichnet, und der auch nach Austritt aus dem Geschäft glänzende Versorgung und Selbstständigkeit durch glänzend bezahlte Hausarbeit in Aussicht stellt. Leider ist dies eine schöne Bild nichts als fauler Zauber, und muß der Animerartikelschreiber auf das härteste verurteilt und zurückgewiesen werden. Denn wehe dem jungen Mädchen, das sich durch solche Lockartikel verleiten läßt, den Buchberuf zu ergreifen. In kurzer Zeit wird sie auf grausamste enttäuscht, in vielen Fällen dem Elende in die Arme getrieben werden. Wie sind die Verhältnisse in Wirklichkeit? Nach halb- bis einhalbjähriger Lehrzeit erhält die junge Bucharbeiterin die Stelle einer Bucharbeiterin und fängt mit einem Monatsgehalt von 15 Mk. an. Allmählich, das heißt in einem Zeitraum von 8 bis 10 Jahren, erreicht sie die Höchstsumme von 60 Mk. monatlich. Dieses Gehalt bezieht sie in Wirklichkeit aber nur während der Saison, und zwar in der Frühjahrszeit 4, in der Herbstzeit 3 Monate hindurch. Die übrigen 5 Monate des Jahres muß sie von ihren — Ersparnissen leben. Im günstigsten Falle hat sie also auf das Jahr berechnet 35 Mk. monatlich zu verzeichnen. Nach erfolgreicher Quarbeiterinnenentätigkeit wird sie Garniererin. Das Anfangsgehalt einer solchen beträgt 50 Mk., es steigt im Laufe von 6 bis 8 Jahren auf 100 bis 110 Mk. Selbstverständlich verdient auch sie in der stillen Zeit nichts, und wird somit nur 7 Monate im Jahre honoriert. Das macht auf das Jahr berechnet einen Durchschnittsverdienst von höchstens 64,17 Mk. Einzelne Direktionen freilich können derart hohe Gehälter erreichen, wie der Herr Artikeltschreiber sie angibt. Es gibt aber in ganz Berlin wohl nicht mehr als 18 solcher Ausnahmestellungen. Und wer sie einnehmen will, muß ganz besonders künstlerisch talentiert sein und muß eiserne Arbeitskraft und auch hervorragende kaufmännische Fähigkeiten besitzen.“

So sind die Verhältnisse des Buchgewerbes in Wirklichkeit! Der Markt ist mit Arbeitskräften überhäuft, und die Bucharbeiterinnen stehen genau wie die Vertreterinnen der meisten anderen Gewerbegebiete in tiefstem Elend! Den Arbeitgebern und Geschäftsinhabern freilich kommt es darauf an, durch möglichst rosige Darstellung der Dinge ein möglichst großes Ueberangebot von Arbeitskräften zu erzielen. Bezeichnend genug ist es für die Gesinnung dieser Herren, daß sie jetzt große Probeleistungen gegen die Gewerbeordnungs-Novelle veranstalten, welche die Bucharbeiterinnen vor Ausnutzung durch Ueberstunden schützt. Auch die Buchmacherinnen täten gut, derartigen Bestrebungen durch organisatorischen Zusammenschluß nach Möglichkeit zu begegnen.

## Letzte Nachrichten.

Auch eine Wirkung der Bethmann-Rede.

London, 3. April. Oberhaus. Lord Roberts beantragte die folgende Resolution: Angesichts der veränderten strategischen Verhältnisse in Europa betrachtet das Haus die unzureichenden militärischen Vorbereitungen der Regierung für die Verteidigung des Reiches mit schwerer Sorge. Der Feldmarschall sagte zur Begründung seiner Resolution: Ich war einigermassen in Verlegenheit, daß ich diese Resolution einbringen sollte während der Erregung, welche durch die Hoffnung auf allgemeine Abrüstung und allgemeinen Frieden hervorgerufen worden ist, eine Hoffnung, die, wie man uns sagt, sicher und schnell in Erfüllung gehen soll. Meine Verlegenheit ist aber durch ein gänzlich unerwartetes Ereignis gemindert worden, nämlich durch die Rede des deutschen Reichskanzlers. Diese bemerkenswerte Rede, so voll von mannhaftem Empfinden, wirkt auf mich in einer Weise ein, für die ich nur schwer einen Ausdruck zu finden vermag. Als der Reichskanzler seine Meinung über die wahre Beziehung des Volkes und Reichs zu seinen bewaffneten Streitkräften auseinandersetzt, leidet er nur die Grundzüge in Worten, die meinen Geist während der letzten Monate wiederholt beschäftigt haben.

Feldmarschall Roberts, der Besieger der Buren, ist einer der Vorkämpfer des englischen Imperialismus und Militarismus. Und ein solcher kann sich für die Unterstützung seiner Deutschland abträglichen Pläne auf den deutschen Reichskanzler berufen!

## Die Rüstungsfrage im englischen Oberhaus.

London, 3. April. (W. L. W.) In der Fortsetzung der Debatte über die Rüstungsfrage im Oberhaus erwiderte Lord Salisbury, was sich auch für strategische Änderungen vollzogen hätten, es befände sich doch stets ein Streifen See zwischen Großbritannien und jedem möglichen Feind. Wenn Großbritannien die Herrschaft zur See bestrebe, so könne es keine Seestreitkräfte zur ersten Verteidigungslinie gegen eine Invasion machen. Das habe Großbritannien stets getan und werde es auch weiter tun. Salisbury wies auf die Schwierigkeiten einer Invasion hin, solange Großbritannien die Nordsee beherrsche, und wendete sich in ausführlicher Weise gegen die Einführung der obligatorischen Dienstpflicht. Gerade in der jetzigen Zeit befände sich Großbritannien in einem Meinungsaustausch mit den Vereinigten Staaten, um, wenn möglich, einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen. — Der deutsche Reichskanzler habe von der Bereitwilligkeit Deutschlands gesprochen, mit England Informationen über die Flotte auszutauschen. Wenn ein solches Verfahren eingeschlagen würde, so müsse es etwas dazu beitragen, die Gefahr einer Panik zu verringern, die so viel getan habe, die Flottenbudgets nicht nur Großbritannien, sondern auch anderer Länder in die Höhe zu treiben. Die Gefahr eines Krieges mit Frankreich oder Rußland sei jetzt viel weniger wahrscheinlich als seit vielen Generationen. Was die übrige Welt angehe, so fingen die Bevölkerungen aller Länder an, ein Verlangen zu bekunden, daß die schreckliche Last der Rüstungen abnehmen solle.

## Vom Streik der französischen Doktorarbeiten.

La Rochelle, 3. April. (W. L. W.) In La Pallice versuchten ausländische Doktorarbeiten zur Entladung der Kohlenkiffe dienende Karren aufzuhalten, wurden aber von der Polizei zerstreut.

## Unternehmerbrutalität.

Rosenlagen, 3. März. (W. L. W.) Die Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und den Maurern und Tischlern sind gescheitert und infolgedessen wird morgen früh die von den Arbeitgebern angeforderte Aussperrung in Kraft treten. Die Aussperrung umfaßt 11 500 Arbeiter.

## Verhängnisvoller Fund.

Danzig, 3. April. Auf einem Spaziergang von Weichselmünde nach Neubude fanden vier Knaben Wasserschilling und einen von den Wurzeln. Der neunjährige Schüler Thiel verlor in Tobucht und starb auf dem Felde. Der achtjährige Hirth konnte noch nach Hause gebracht werden, wo er trotz ärztlicher Hilfe starb. Die beiden anderen Knaben konnten am Leben erhalten werden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

102. Sitzung. Montag, den 3. April, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Vermuth, Dr. Delbrück, v. Räderlen-Wächter.

Dritte Beratung des Entwurfs eines Reichsbesteuerungsgesetzes.

Der Entwurf führt die kommunale Besteuerung der Reichsbetriebe unter bestimmten Bedingungen ein; nach der Fassung in der zweiten Beratung entfällt die Steuerpflicht, wenn die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten sowie die Witwen und unverheirateten Kinder der früher in Reichsbetrieben beschäftigt gewesen Personen mehr als 6 Proz. oder, falls in der Gemeinde weder Truppen noch Marineeinheiten ihren Standort haben, mehr als 2 Proz. der Zivilbevölkerung ausmachen.

Abg. Ahlhorn (Sp.) begründet einen auch von Mitgliedern des Zentrums und der Reichspartei gestellten Antrag, den Prozentsatz auf 8 Proz. heraufzusetzen und die Worte „sowie die Witwen . . . u. s. w. bis Personen“ zu streichen.

Reichschatzsekretär Vermuth bittet ebenfalls, diesen Antrag anzunehmen, der die Beschlüsse der Kommission wieder herstellt; diese beruhen auf einem Kompromiß, da die Regierungsvorlage verlangte, daß die in Reichsbetrieben beschäftigten Personen 10 Proz. der Zivilbevölkerung betragen müssen. Würde an den Beschlüssen zweiter Lesung festgehalten, so würden die Verpöndeten Regierungen nicht zustimmen können und sich vorbehalten, die Materie erst im nächsten Jahre zu regeln.

Abg. Erzberger (Z.) bittet, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, an dem namentlich die ärmeren Gemeinden interessiert seien, dem Kompromißantrag zuzustimmen. Dazugig werde bei dieser Fassung des Gesetzes nichts bekommen; gerade Dazugig hat aber auch große Vorteile von seiner Befassung; wesentlich sei, daß den kleinen armen Gemeinden geholfen werde.

Abg. v. Oldenburg-Jansschau (L.) bedauert, daß Dazugig bei diesem Gesetze leer ausgehen soll.

Nach weiteren unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Becker-Cölin (Z.) und Will (Z.) wird das Gesetz mit dem Antrag Ahlhorn angenommen.

Dritte Lesung des Etats.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Generaldiskussion hat den Zweck, die Schlussfolgerungen aus den bisherigen Verhandlungen zu ziehen; ich werde mich dabei auf das unbedingt Notwendige beschränken. Zuerst möchte ich die interessante Tatsache konstatieren, daß wir uns jetzt bereits innerhalb derjenigen Zeit befinden, für die der Etat beschlossen werden soll. Das Haus konnte aus den bereits hier wiederholt erörterten Gründen mit der Etatberatung nicht fertig werden, weil die Regierung den Etat zu spät einbringt und weil durch die Hinauszögerung der Beratung in der Budgetkommission das Haus zu spät in die eigentliche Beratung eintreten konnte. Es herrscht also jetzt eigentlich ein ganz gefloßener Zustand (Heiterkeit), und es überrascht mich, daß eine konservative Regierung dem Anarchismus Vorschub leistet. (Erneute Heiterkeit.) Die Regierung hat sich darauf verlassen und leider konnte sie das mit einem gewissen Recht, daß die Majorität dieses Hauses ihr den Gefallen tun würde, nun wenigstens nach dem 1. April noch alles rasch durchzupeitschen, damit das große Publikum nicht merkt, daß wir uns in einem gefloßenen Zustande befinden. (Lärm bei der Volkspartei.) Herr Gedder, der noch vor wenigen Tagen das Sechstages-Memorandum hier so scharf geißelt, hat heute nichts dagegen einzuwenden. Er sieht mit lächelndem Gesicht und einer Blume im Anpfeife ruhig zu. (Große Heiterkeit.) Dieser Art der Geschäftsführung, die das Reich in einen anarchischen Zustand gebracht hat, hat von Anfang an über dem Hause gelastet; gleich der erste Redner bei der Etatberatung, Herr Sped, begann damit, er werde sich „angeßichts der Geschäftsfrage des Hauses“ außerordentliche Beschränkungen auferlegen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es sollten Schritte getan werden, um eine bessere gegen den Anarchismus gerichtete Geschäftsführung herbeizuführen. Dazu müßte der Reichstag früher eintreten werden (Zustimmung bei den Sozialdemokraten); er brauchte dann nicht sofort mit der Budgetberatung zu beginnen, es könnte losgelöst von der Budgetberatung, eine allgemeine politische Debatte über die politischen Fragen stattfinden, etwa in der Form einer Adreßdebatte, und zwischen durch könnten Schwerinstage zur Erledigung wichtiger Anträge eingeschoben werden. Die Budgetberatung würde dann weit besser zur Erledigung aller budgetären Fragen dienen als jetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist, dafür liefert die

Regierung selbst den Beweis, indem sie noch eine Herbstsession plant. Wenn aber dann der neue Reichstag erst im Januar gewählt wird, so stehen wir im nächsten Jahre vor genau derselben Kalamität. Damit soll nicht gesagt sein, daß uns die Wahlen im Januar unangenehm wären. Für uns als Partei ist es gleichgültig, wann Sie die Wahl machen;

wir sind gerüstet,

wenn die Wahlen innerhalb 6 Wochen stattfinden, und wir werden noch besser gerüstet sein, wenn sie im Januar sind, um so mehr, als wir jetzt überzeugt sind, daß die kommende Tätigkeit des Hauses und die Aktionen der Reichsregierung uns wiederum reichlichen Stoff für die Agitation liefern werden.

Neben dieser früheren Einberufung des Reichstages müßte eventuell auch eine längere Ausdehnung der Session gehen, um die Geschäfte gründlich zu erledigen, und dazu wäre selbstverständlich eine Aenderung des gegenwärtigen Diätengesetzes notwendig, die Sie jetzt, wie ich höre, für die Herbstsession planen. Wenn daran gegangen wird, muß das Diätengesetz von allen seinen Mängeln befreit und auf die Grundlage wirklicher Anwesenheitsgehälter gestellt werden, an Stelle dieses Systems der Tausend-Mark-Prämien am Schluß der Session für mögliche Durchpeitschung der letzten Arbeiten. Darüber wird seinerzeit mehr zu sagen sein.

Eine Frage, die augenblicklich wichtiger ist, ist die

Stichwahlfrage.

Vor einigen Tagen haben sich die Nationalliberalen und Konservativen die erbittertesten Vorwürfe gemacht. Wenn ich mich bloß auf unsere sozialdemokratischen Parteistandpunkte stellen wollte, könnte ich sagen: Wir haben das mit großer Gemütsruhe angehört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber objektiv, wie wir sind, (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) kann ich Ihnen sagen: Sie haben sich eigentlich gegenseitig bis zu einem gewissen Grade unrecht getan, besonders in bezug darauf, daß Sie sich gegenseitig vorwerfen, in den Stichwahlen hätten da oder dort die Konservativen oder Nationalliberalen oder Freisinnigen für einen Sozialdemokraten gestimmt. Das war eine Anwandlung überlegener politischer Klugheit bei Ihnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also zu gegenseitigen Vorwürfen haben Sie keinen Grund. Aber in einem Punkte stimme ich mit Ihnen überein: Stichwahlen sind ein Uebel für alle Parteien, und daher rührt es, daß alle Parteien dabei einen bitteren Geschmack im Munde bekommen. Bei der Stichwahl muß man ein sogenanntes kleineres Uebel wählen. Am wenigsten leiden wir Sozialdemokraten darunter. Wir können uns am leichtesten entscheiden, weil wir nur nach einer Richtung zu urteilen haben, und da entscheiden wir uns immer für diejenige Partei, die in den gegebenen politischen Kämpfen mit uns noch am entschiedensten Opposition macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem Grunde konnten wir 1907 zum großen Teil für das Zentrum stimmen. Das hat nun aufgehört. (Große Heiterkeit.) Mit der Oppositionslust der Herren vom Zentrum ist es längst Rattat am Lechten. (Große Heiterkeit.) Charaktervollere Oppositionsleute Ihrer Partei wie die Herren Dr. Heim und Häußler, sind rücksichtslos in die Erde geauert worden, und die wandlungsfähigeren Schlangengemeisen (Heiterkeit) gefallen sich in der Rolle, das Regierungsmundstück zu spielen. Also mit Ihnen ist es vorläufig alle für uns (Große Heiterkeit.) Zurufe von den Nationalliberalen: Vorwärts! und ob die Zeit wiederkommen wird, weiß ich nicht. Aber trauen Sie nicht zu sehr auf die Günst der Regierung: Hirtenhabe, Hirtenhabe, Dir auch singt man dort einmal! — wie jetzt den Liberalen. Auch die Konservativen sind relativ wenig durch Stichwahlen bedrängt. Am meisten leiden darunter die Mittelparteien und besonders diejenige mittlere Mittelpartei dieses Hauses, bei der das Mittelmäß gewissermaßen Charaktereigenschaft ist, die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Es war wirklich mißdeutend, als wir hier vor einigen Tagen den Herrn Abg. Fuhrmann sich in Stichwahlwehen winden sahen. (Stürmische Heiterkeit.) Er hatte die schwierige Aufgabe übernommen, sich die Stichwahlunterstützung der Konservativen zu sichern, wenn er mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl kommt, und die Stichwahlunterstützung der Sozialdemokraten, wenn er es mit dem Konservativen oder Zentrum zu tun hat. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wenn Herr Fuhrmann jetzt widerspricht, so erinnere ich ihn an folgendes. Zuerst haben Sie mit dem Reichstag des Patrioten auf die empfindlichen Herzen der Konservativen wühlend erklärt, daß Sie immer Ihre nationale Pflicht gegen die Sozialdemokraten erfüllt hätten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Gewiß, sehr richtig! Sie haben ja da eine Probe in Gießen geleistet, die nicht zu überbieten ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Nachdem der gegenwärtige Herr Abgeordnete Ihnen eine Qualifikation erteilt hatte, die ich hier nicht wiederholen möchte (Heiterkeit), haben

Sie den Mann in den Reichstag gewählt. Das war eine Probe auf nationale Gesinnung, die sich nicht überbieten läßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Aber als späterhin von der Möglichkeit einer Unterstützung der Sozialdemokraten bei der Stichwahl die Rede war, sagte Herr Fuhrmann: Vielleicht kann es auch noch dahin kommen. Man will es also auch mit den Sozialdemokraten nicht verderben.

Die Stichwahlen sind ein Uebel, aber sie sind kein notwendiges Uebel. Sie sind eine Folge unseres Wahlverfahrens, aber das Wahlverfahren kann geändert werden. Wir können die Stichwahlen beseitigen, wenn wir das Proportionalwahlverfahren einführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Proportionalwahlverfahren für das ganze Reich würde ich freilich für absolut unzumutbar halten. Eine Liste von 400 Leuten kann man nicht wählen. Das hieße die Aufstellung der Kandidaten in die Hände einer kleinen Koterie legen. Aber man kann mehrschöpfige Wahlkreise, sagen wir von fünf Abgeordneten bilden, wo dann durch das Proportionalwahlverfahren die Hauptparteien berücksichtigt werden können. Dadurch würde uns auch die Unannehmlichkeit erspart bleiben, daß sich bei dem Listenkriterium über das ganze Reich allerhand Querparteien bilden, wir wollen einmal sagen, eine Partei der Kurpfuscher (Heiterkeit), eine Partei der Lotteriespekulanten usw. Es würde dann wünschenswert sein, die Zahl der Abgeordneten ein für allemal sagen wir auf 400 festzusetzen, aus rein praktischen Gründen, weil sich ein Sitzungssaal nicht wie eine Gummistrippe nach Belieben erweitern läßt und auch 400 Leute vollkommen ausreichen, um parlamentarische Geschäfte dauernd zu erledigen. Die Verteilung der Sitze müßte je nach der Volkszählung auf die festgesetzten Wahlkreise alle 5 oder 10 Jahre neu vorgenommen werden. Damit würde das

schreiende Unrecht

fortfallen, das jetzt besteht, daß wir unsere Wahlkreiseinteilung auf Grund der Volkszählung von 1864 haben. Der gegenwärtige Zustand widerspricht direkt der Reichsverfassung, denn in ihr steht ausdrücklich, daß auf 100 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist. Blamäßig und systematisch läßt die Regierung diese Bestimmung der Verfassung außer acht (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und zwar aus Parteirücksichten, weil sie eine engherzige konservative Parteiregierung ist, weil die konservative Partei bei dem gegenwärtigen Zustande die besten Geschäfte macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein Wort zur Stichwahlfrage. Hierüber muß volle Klarheit bestehen, damit nicht Herren wie der Abg. Raumann im vorigen Jahre sich Illusionen darüber hingeben, daß wir, um das, was Sie eine falsche Stichwahl nennen, zu vermeiden, etwa auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten würden. Das kann nicht geschehen. Wir müssen die Stimmgabe vornehmen, die für uns ungeheuer wichtig ist. (Lärm links: Das läßt sich nicht machen!) Beweiz, das läßt sich machen, wie es z. B. das Zentrum in Tullingen gemacht hat, wo es zwei Kandidaten aufstellte, weil es sich sagte: wenn wir in die Stichwahl kommen, fallen wir durch, deshalb wollen wir lieber noch einen anderen Kandidaten haben. Die Liberalen empfahlen uns dieses Beispiel und sagten, es sei außerordentlich staatsmännisch und praktisch. Es besteht aber ein

fundamentaler Unterschied in den Parteien.

Unsere Rekrutierung ist nicht wie die des Zentrums an eine konfessionelle Schranke gebunden, sie erfolgt auf dem Felde der Proletarier aller Bekenntnisse und aller Schichten. Wir würden Loretten sein, wenn wir uns durch irgend welche Gegenwartsrücksichten leiten ließen. Es wäre auch eine ganz falsche Kalkulation. Wären wir z. B. in Ledermünde-Dollin dem klugen liberalen Rat gefolgt, dann hätten wir jetzt einen freisinnigen statt meines Freundes Raumann im Reichstage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig entscheiden wir unsere Wahlstatist noch nach unserem Interesse. Wir würden selbst in dem Falle, wo die Wahl eines unserer Parteigenossen noch unwahrscheinlicher wäre, nicht anders handeln und auf den Versuch, unseren Kandidaten durchzubringen, nicht verzichten, weil jede Wahl uns nicht nur für den Augenblickserfolg gilt, sondern eine

Etappe für künftige Wahlerfolge

ist. Wir werden uns niemals die Zukunft in einem Wahlkreise selber abgraben. Wenn Sie (zu den Freisinnigen) aus eigener Kraft in die Stichwahl kommen und sich zurückziehen, dann können Sie, dessen versichere ich Sie, jederzeit mit Sicherheit auf unsere Unterstützung rechnen. Wir hoffen, daß Sie auch uns unterstützen werden, und ich will ausdrücklich erklären, daß das Verhalten der freisinnigen Partei bei der Stichwahl in Gießen uns gegenüber durchaus einwandfrei gewesen ist. Wir haben keine Veranlassung, Ihnen irgend einen Vorwurf zu machen. (Abg. Raumann: Was schreibt der „Vorwärts“?) Das war, glaube ich, nur ein falscher Ausdruck, es sollte gegen die Nationalliberalen

Kleines feuilleton.

H. H. Jakubowitsch (Welschin) †. Am 30 März ist im 51. Lebensjahre Peter Jakubowitsch gestorben. In ihm wird Rußlands größter politischer Dichter, den es seit Petraschows Tode befehlen, zu Grabe getragen. Als Sproßling einer alten adeligen Familie hatte er sich anfänglich der akademischen Laufbahn gewidmet. Dem reich begabten Jüngling, der mit der höchsten Auszeichnung die philosophischen Studien an der Petersburger Universität absolvierte, winkten die wissenschaftlichen Erfolge — aber auch der Ruhm des Dichters. Denn schon als Achtzehnjähriger hatte er sich durch seine Verse einen guten dichterischen Namen erworben. Aber er wählte ein anderes Los . . .

Anfang der achtziger Jahre ist er in den ersten Reihen der „Kardnaja Wolja“ („Volkswille“ — die politisch-terroristische Organisation der russischen Sozialisten, die Mitte der siebziger Jahre entstand). Das war die Zeit, als sich der Jargonismus von der Katastrophe des 1. (13.) März 1881 bereits erholte und sich anschickte, die letzten Reste der todesmutigen Kämpferschar durch wahnsinnige Verfolgungen zu sprengen. Im Jahre 1884 wurde Jakubowitsch verhaftet. Drei volle Jahre dauerte seine Untersuchungshaft in der Peter-Paulskirche. Endlich wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf die Todesstrafe. Drei Wochen ließ man dann den Verurteilten auf die Urteilsbefähigung warten, und nun wurde er zur achtzehnjährigen Katorga „begnadigt“.

Die Hölle der sibirischen Katorgagefängnisse verschlingt den Dichter auf lange Jahre. Erst 1899 kehrt er nach Rußland zurück, wo die Revolution von 1905 ihm seine Bürgerrechte wiedergibt. Ingebrochen am Geiste, aber mit zerrütteter Gesundheit widmet er sich ganz der literarischen Tätigkeit. Als Redakteur der Zeitschrift „Kukloje Bogatitsch“, als einer der gelesesten von den zeitgenössischen Dichtern, erwirbt er bald eine hervorragende literarische Stellung. Doch das schwere Herzleiden, das Erbe der qualvollen Verbannung, vergiftet die letzten Jahre seines Lebens und läßt die Feder seiner Hand entgleiten, lange bevor all seine Schaffenskräfte zur vollen Blüte gelangten.

Schon während seines sibirischen Aufenthalts veröffentlichte Jakubowitsch die Skizzen aus dem Gefängnis, und Katorgaleben (deutsch unter dem Titel: L. Welschin, Tagebuchblätter eines sibirischen Sträflings), die sich den berühmten „Memoiren aus einem Totenhause“ von Dostojewskij an die Seite stellen lassen. Wenn auch hier die zergliedernde, bis in die unheimlichsten Tiefen der Verdreherseele gehende Analyse von Dostojewskij fehlt, so wirkt doch das ganze Sittengemälde, das wir durch das seltsame Willen eines echt und tief empfindenden und leidenden Menschen erblicken, als eine erschütternde Tragödie der Verstorbenen,

die unter der Sündenlast der heutigen Gesellschaft zusammengebrochen sind.

Dauern aber wird vor allem Welschins politische Dichtung. In dieser Dichtung spiegelt sich die Psychologie der russischen revolutionären Intelligenz der 70er Jahre, die den riesigen Volk durch die sozialistische Propaganda aus seinem Schlaf bergabens aufzurütteln suchte, und dann den verzweifeltsten Versuch unternahm, die Ruinen des Jargonismus durch Dynamit zu sprengen. Als die schwarze Nacht der Reaktion hereinbrach, tönte sein Lied den „verlorenen Rosten in dem Freiheitskriege“, die zwar die Hoffnung auf den baldigen Sieg nicht aber ihren alten Kampfesmut aufgaben. So bleibt diese Dichtung, trotz ihres politischen Charakters, eine Dichtung der heroischen Individualität, die ihr alles — persönliches Wohl, Ehre, Leben — auf dem Altar der Freiheit opfert. Es sind nicht die schmerzvollen Akorde der freilichtlichen Dichtung, das Erzittern der Erde unter dem eisernen Trit der empörten Massen, die uns aus dieser Dichtung entgegenrufen. Es ist die Kampfansage des Helden, der die Schmach des geknechteten Volkes noch tiefer, noch schmerzvoller als seine eigene empfindet. Und wenn die toten Mächte der Gewalt ihn erdrücken und überwinden, so glauben wir aus seinen Versen den Klang der Ketten zu vernehmen, die der Dichter so lange getragen. . . .

Aus dem Leben der Frau Curie. Die Entdeckung des Radiums, die Frau Sklodowska Curie zusammen mit ihrem Manne gelungen ist, hat den Namen dieser Frau, die eine der glänzendsten Geistlichen der modernen Wissenschaft ist, über die ganze Welt hin getragen. Aber von ihrer Persönlichkeit und ihrem Entwicklungsgange ist wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Erst in jüngster Zeit haben sich bei Gelegenheit der Kandidatur von Madame Curie für die französische Akademie der Wissenschaften die französischen Blätter eingehend mit ihr beschäftigt. Diese Frau, die durch ihre Lehrtätigkeit an der Sorbonne und ihre Forschungen auf dem Gebiet der Radiumkunde in der wissenschaftlichen Welt an erster Stelle steht, führt ein Leben in völliger Juridizogenheit. Seit ihr Mann durch einen tragischen Unglücksfall ihr entzogen wurde, verbringt sie ihre wenigen freien Stunden nur noch mit ihren Kindern und in ihrem Haushalt. Die große Gelehrtin ist auch eine gute Mutter.

Marie Sklodowska hat in ihrer Jugend in der Heimat all die Qualen einer armen und unterdrückten Menschenklasse kennen gelernt. Ihr Vater war ein verarmter Lehrer, und sie mußte bald sehen, ihr Brot selbst zu verdienen. So wurde sie denn in Rußland Gouvernante und hatte die Töchter eines Edelmannes zu unterrichten. Ihr Herz war leidenschaftlich ergriffen für die revolutionäre Bewegung; sie war die einzige Idee, der diese Scheinbar so temperamentslose Polin ihre Kräfte weihte, bevor die Wissenschaft an Stelle der Politik trat. Bei einer der diesen Unternehmungen gegen die Revolutionäre wird schließlich auch ihr Name

genannt; ihr Leben ist in Gefahr, sie entflieht in Verkleidung aus Rußland und hungert sich nach Paris durch. Als Marie in Paris ankam, besah sie nur 50 Frank. Lange Hungerjahre folgten. Sie haben vielleicht ihre Gestalt so ausgezogen. Als sie sich wieder bessere Nahrung gönnen konnte, mußte sie sich erst langsam an den Geschmak von Wein und Fleisch gewöhnen. In Paris erwarbte ihre Leidenschaft für die Naturwissenschaften und besonders für die Chemie, mit der sie sich schon früher am liebsten beschäftigt hatte. Ihr ganzes Streben war darauf gerichtet, in einem Laboratorium arbeiten zu dürfen. Aber wer wollte das mittellose, unbekanntes Mädchen aufnehmen? Schließlich wurde sie in einem Laboratorium, in dem damals Prof. Lippmann Untersuchungen anstellte, zum Heizen des Ofens und Reinigen von Flaschen angestellt. Hier erkannte man bald ihre außerordentliche Begabung, die sich in kleinen Handreichungen, beim zufälligen Vertreten von Assistenten äußerte, und nach einer Woche war bereits Prof. Lippmann auf sie aufmerksam geworden. Er interessierte sich für die geniale Autodidaktin, nahm sich ihrer an und brachte sie auch mit einem seiner bedeutendsten Schüler in Verbindung, einem jungen Manne namens Pierre Curie. Der Enthusiasmus für die Chemie führte die beiden zusammen, jahrelang arbeiteten sie nun Seite an Seite, und Pierre wurde der unzertrennliche Gefährte der jungen Polin, um deren Hand er schließlich anhielt. Lange mußten die Brautleute warten, denn beide waren blutarm, aber schließlich kam doch die Heirat zustande. Zwei Kinder wurden geboren, und dann kam die große, gewaltige Entdeckung des Radiums, die den Namen des Ehepaars Curie mit einem Schläge unsterblich machte.

Notizen.

— Vorträge. Einen Lichtbilder-Vortrag über die Marx-Brandenburg veranstaltet die Zeitschrift „Die Marx“ am Mittwoch, 5. April, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. Der Lauf der Havel von Jechenia über Spandau, Potsdam, Werder nach Brandenburg und weiter wird in künstlerisch kolorierten Lichtbildern vorgeführt; daran schließt sich eine Betrachtung der Altmärkte mit ihren alten Vandalenmalen.

— Malermeister Hestlow, der Maler der märkischen Landschaft, soll in der Gemeinde Brunnewald einen Denkstein erhalten.

— Der konfiszirte „Pan“. Die letzte Nummer der Zeitschrift „Pan“ (Nr. 11) ist auf Antrag des Amtsgerichts Berlin-Witte konfiszirt worden. Den Anlaß dazu hat ein Artikel Herbert Eulenburgs geliefert. Sein Brief eines Vaters unserer Zeit schildert in der Tat das feudale deutsche Studententum, wie es ist. Dergleichen untergräbt natürlich den Respekt vor der angestammten Obrigkeitsschicht. Man verbietet es daher besser, zumal wenn sich dieser „Pan“ auch noch herausnimmt, ein Porträt von Adolf Hoffmann, als „dem schlagfertigsten deutschen Abgeordneten“, nach einer Zeichnung P. Corinth's zu bringen.

potenziert werden. Wenn man aber herausfinden könnte, daß der Fortschrittspartei als solcher ein Vorwurf wegen des Ausfalls der Wahl in Oesterreich gemacht werden sollte, so erkläre ich ausdrücklich, daß ich das für meine Person nicht billigen würde. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Wie sind Sie (zu den Nationalliberalen) denn zu dem Siege in Innsbruck gekommen? Doch nur mit unserer Hilfe. (Sehr richtig! bei den Soz. und Weiterleit.) Ich wundere mich deshalb, daß die Herren Nationalliberalen noch so tun, als ob die Sozialdemokraten eine so unangenehme Gesellschaft wären, daß sie nicht einmal Stichwahlenhilfe von ihnen annehmen könnten. (Weiterleit.)

Rum zu einer anderen außerordentlich wichtigen Frage:

#### die Abstraktionsfrage,

die durch die Beschlüsse dieses Hauses und durch das Verhalten der Regierung noch in keiner Weise erledigt ist, nicht für das Deutsche Reich und nicht für die gesamte Kulturwelt. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg (Zuruf links: Der wieder abwesend ist!) — ich erwarte durchaus nicht, daß der Herr bei der Rede eines Sozialdemokraten anwesend ist (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der schwarze Blod erlaubt es ihm nicht! Weiterleit.) hat auf seine neue Rede eine Antwort bekommen, die ihm, wenn er wirklich ein Staatsmann wäre, viel schmerzlicher sein müßte als unsere einschneidende Beurteilung. Das ist die Rede des französischen Marineministers Delcassé vom 31. März, der mit der Reichskanzlerrede den Bau von zwei neuen Dreadnoughts motivierte. Die Rede des Herrn v. Bethmann hat also nur dahin gewirkt, die administrativen Strömung in Frankreich zu stärken. Sie hat nicht nur Wasser auf die Mühlen der Franzosen zu Bestärkungen gegeben, sondern bei einer Gelegenheit dem Frieden entgegengetrieben, als die Mehrheit dieses Hauses den Wunsch hatte, allerdings den verklebten abgestimmten Wunsch, der Friedensidee in Bezug auf die Einschränkung der Rüstungen Bahn zu brechen. Die Rede des Reichskanzlers hat auch wie

#### ein kalter Wasserstrahl

auf die Friedensbestrebungen in England gewirkt.

Herr v. Bethmann Hollweg bedauert, daß kein praktischer Vorschlag gemacht worden sei. Es ist aber ein sehr naheliegender praktischer Vorschlag wiederholt hier erörtert worden, nämlich der, daß die Staaten sich darüber einigen müßten, den gegenwärtigen Status der Rüstungen von Wasser und zu Lande zu bewahren, den Status quo des laufenden Jahres für Heer und Marine in den nächsten Jahren nicht zu überschreiten. Dieser Vorschlag läßt sich durchführen, und es besteht auch nicht die Gefahr, daß sich seine Durchführung nicht kontrollieren läßt. Die Stats der einzelnen Länder liegen ja vor und innerhalb der Schranken der festgelegten Weltsumme kann der einzelne Staat nach seinem Ermessen über die Verwendung im einzelnen verfügen. Herr v. Bethmann Hollweg ist bei seinen philosophischen Studien auf diesen praktischen Vorschlag offenbar noch nicht gestoßen. Ihm schwebte nur die

#### preussische Unteroffiziersidee

vor, daß man eine Rangskala der Staaten feststellen müsse, ähnlich wie bei den Geheimräten. Da gibt es Geheimen Rechnungsräte, Geheimen Regierungsräte, Geheimen Räte und Wirkliche Geheimen Räte. Nach dem Bethmannschen Schema wird es künftig Großmächte und Wirkliche Geheimen Großmächte mit dem Titel Erzherzog geben müssen. (Weiterleit.) Diese geniale Idee des Herrn v. Bethmann, den ich nun in der verbesserten Auflage des Herrn v. Kinderlen-Bächter vor mir sehe (Weiterleit), können wir den Mitgliedern überlassen.

Nun gehen wir uns durchaus nicht der Illusion hin, daß durch formale Rüstungsabmachungen, durch Schiedsgerichtsverträge oder durch schöne Reden leitender oder nichtleitender Staatsmänner die Kriegsgesfahr völlig aus der Welt geschafft werden könnte. Wir wissen, daß innerhalb eines jeden Staates wirtschaftliche Kräfte und Bestrebungen, kapitalistische Gelüste, am Werke sind, die unter der Hand und offen auf Rüstungen hinarbeiten, und daß diese Kriegstreibereien und Rüstungen auch dann noch vorhanden sein werden, wenn es zu Abmachungen kommt. Auf eins möchte ich doch hinweisen: eine der Gefahren, die von den Interessenten der Kriegsrüstungen immer geltend gemacht werden, ist die, daß in einem Kriegsfalle die Handelschiffahrt des einen kriegsführenden Landes oder beider Länder ruiniert werden könnte. Um dieser Gefahr zu begegnen und diese Ausrede aus der Welt zu schaffen, haben wir ja unseren Vorschlag auf

#### Beseitigung des Seebeuterechts

gemacht, dem selbst Herr Wasser mann zugestimmt hat. Wird das Seebeuterecht abgeschafft, wozu Deutschland bekanntlich früher Neigung verspürte, während nur die englische Regierung Widerstand leistete, so wäre dieser Vorwand für die Marinerrüstungen vollständig aus der Welt geschafft. Wir haben diesen Vorschlag in einer Resolution niedergelegt. Trotzdem lautet Herr v. Bethmann Hollweg mit den Äseln und, was das Krauzer ist: die Herren Freisinnigen zuden ihm nach, wenigstens Herr Eckhoff, der neulich gesagt hat, er wäre vollkommen mit der Rede des Herrn v. Bethmann zufrieden. Das ist für einen Vorkämpfer der Friedensbewegung doch recht bescheiden. Mit dieser Bescheidenheit erreicht man im Staatsleben nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von dem Geist dieser Bescheidenheit ist ja auch der freisinnige Antrag getragen, der die Regierung auffordert, ihre Feindschaft die Initiative zu ergreifen. (Abg. Göttsch: Denken Sie doch, eine Bethmannsche Initiative! Weiterleit.) Ja, Sie haben vollkommen recht, aber Sie wissen, Herr v. Bethmann ist keine immerwährende Einrichtung, er ist nur eine

#### dürre Verlegenheitszulänglichkeit.

(Weiterleit bei den Sozialdemokraten.)

Innerhalb der kapitalistischen Entwicklung gibt es bewegende Kräfte, die selbst den kapitalistischen Völkern und Staaten, insbesondere den europäischen und speziell Deutschland, die

#### dringende Notwendigkeit der Rüstungseinschränkungen

geradezu mit Gewalt vor Augen führt. Einer dieser Kräfte ist die Entwicklung, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada vor sich geht. Graf Kanitz hat mit einer gewissen bangen Sorge festgestellt, daß die Vereinigten Staaten einen wirtschaftlichen Vertrag mit Kanada schließen, die, wie er sagt, so erhebliche gegenseitige Weisheitsbegünstigungen bei den Zöllen festlegt, wie sie überhaupt noch nie vorgelommen sind. In den Vertragsbestimmungen und in den Reden beim Austausch der Verträge findet er ganz entsetzliche Dinge. So heißt es in der Botschaft des Präsidenten Taft: „Die Identität der Interessen von zwei Völkern, verbunden durch Rasse, Sprache, politische Institution und geographische Nachbarschaft bietet die Grundlage des Vertrages.“ Kanada wird hier also einfach als Republik behandelt. Den Konventionen ist wohl eine Gänsehaut über das Gesicht gelaufen (Weiterleit), als sie das hörten. In der Botschaft heißt es weiter: „Seitdem es eine Nation geworden ist, war Kanada stets unser guter Nachbar.“ Die Zugehörigkeit Kanadas zu England wird also einfach ignoriert, entsetzlich, meine Herren! Das Verwunderliche an der ganzen Sache ist nur, daß sich Graf Kanitz allein darüber erregt. England haben diese Worte vollkommen kalt gelassen und Graf Kanitz irrt auch, wenn er meint, daß die Vereinigten Staaten sich damit als ein Feind Englands dokumentieren. Auch der kanadische Premierminister, der unter Zustimmung des englischen Königs auf Grund der Ernennung des Statthalters die Verwaltungsgeschäfte in Kanada führt, hat vor einiger Zeit Kanada als Nation bezeichnet, also als ein politisch selbständiges Gebilde. Das ist eben allgemeine Ansicht in Kanada und in England. Wenn morgen das Parlament in Kanada beschließt: Wir lösen uns hiermit vom britischen Weltreiche los, und es notifiziert das mit einer fünfzigköpfigen Postkarte (Weiterleit), dann wird man in England sagen: Ja, schade, aber was läßt sich dagegen machen! Rein verantwortlicher englischer Staatsmann, auch kein Hochtöner, würde auf den Gedanken kommen, einen Krieg mit Kanada oder Mexiko zu führen, wenn Kanada sich den Vereinigten Staaten an-

schließen würde. Und das wird die Entwicklung innerhalb absehbarer Zeit bringen. Kanada wird sich den Vereinigten Staaten anschließen, vielleicht zunächst bloß wirtschaftlich. Dann aber wird die kanadisch-amerikanische Konkurrenz noch viel gefährlicher auf uns drücken. Die Einbeziehung Kanadas in die Vereinigten Staaten würde die freihändlerischen Bestrebungen in der Union noch mehr fördern. Schon jetzt baut die Union allmählich ihre ganze Hochschulpolitik ab. Der Endprozeß — eine freihändlerische Zera — wird unbedingt dann eintreten, wenn die Vereinigten Staaten in noch höherem Maße ein industrieexportierendes Land geworden sind als jetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann werden die Interessen der exportfähigen Industrien und die Interessen der Agrarier im heutigen Kanada und im Westen von Nordamerika dahin wirken, Amerika in freihändlerische Wirtschaftsbahnen zu bringen. Dann wird die Zeit der größten Gefahr für die schutzvöllerisch eingetragenen europäischen Länder kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Agrarier ziehen daraus die richtige Schlussfolgerung, unsere Schutzzölle unüberwindlich zu machen und auf langfristige Handelsverträge zu verzichten. Eine ganz andere Schlussfolgerung müßten die deutschen Politiker daraus ziehen, nämlich die, daß wir den Wirtschaftsprozess, der sich in Amerika vollzieht, nachmachen, daß wir uns stärken gegen diese Konkurrenz. Und das könnten wir dadurch, wenn wenigstens zunächst innerhalb Europas durch Gegenseitigkeitsverträge

#### die Zollschranken ermäßigt oder aufgehoben

werden, damit wir in eine innereuropäische Wirtschaftspolitik eintreten, die

#### Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiete

macht. Ein zerrissenes, mit Zollschranken durchschnittenen Europa kann auf die Dauer einem Gemeinwesen, das den ganzen Kontinent Nordamerika umfaßt, gar nicht standhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müßten verkommen, zurückgehen, wir würden auf dem Weltmarkt gänzlich aus dem Felde geschlagen werden durch die amerikanische Exportindustrie, die nicht belastet ist mit den fürchterlichen Rüstungsausgaben der europäischen Staaten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wirtschaftliche Entwicklung ist es, die uns Europäer nötigt, unsere Rüstungen einzuschränken, damit wir bei dem in naher Zukunft bevorstehenden industriellen Wettlauf um den Weltmarkt zwischen Nordamerika und Europa nicht vollständig ins Hintertreffen geraten. (Sehr richtig!) Die Hochschulpolitik führt mit logischer Konsequenz zur Zerreißen Deutschlands in verschiedene Wirtschaftsgebiete und das ist nicht etwa ein unwahrscheinliches Beispiel; in der preussischen Regierung sind Kräfte am Werk, die praktisch darauf hinarbeiten, den einen Teil Deutschlands gegen den anderen anzuspitzen. Einer der engstirnigsten Bureaucraten, die wir in der Verwaltung haben, Minister v. Creittenbach, hat jüngst eingeladen, daß die preussische Regierung der Pöbelnationalität Widerstand leistet, damit nicht die Auswerke durch die Eisenwerke des Rheinlandes in Lothringen aus dem Felde geschlagen werden. Das ist die direkte Proklamierung, durch künstliche Verkehrsbeschränkungen und Erschwerungen Deutschland in Wirtschaftsgebiete zu zerreißen, um irgendwelchen

#### großen Trübs und Synbikaten ein Ausbeutungsmonopol

für ihr Gebiet zu sichern. Das ist die logische Konsequenz der Hochschulpolitik, die Sie gegenüber anderen europäischen Staaten betreiben. Daran können Sie sehen, wie verderblich dieses System ist, das ein Land gegen das andere ausspielt, und wie, sagen wir, minderfähig unsere heutigen Staatsleiter sind, auch die allereinfachsten Bedürfnisse des gesamten deutschen Volkes zu vertreten gegen solche standalbe provinzielle Monopolbestrebungen.

Deutschland, Frankreich, Italien und Oesterreich und eventuell auch England, wenn es die Torheit der Schutzzöllerbewegung durchmachen sollte, was ich aber bis jetzt nicht glaube, würden in naher Zukunft durch ihre innereuropäischen Schutzschranken gegenüber der werdenden Weltgroßmacht der Vereinigten Staaten genau in derselben Lage sein, als wenn heutigen Tages noch das Deutsche Reich in eine Anzahl schutzvöllerisch untereinander abgegrenzter Staaten zerstückelt wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sind es, die uns darauf hindrängen, europäische Wirtschaftspolitik zu treiben, nicht bloß deutschagratische Hochschulpolitik. Sie sind es, die darauf hindrängen, daß wir die ungeheuren Rüstungen, die heute das ganze deutsche Volk und damit seine industrielle Entwicklung bedrücken, einschränken. Wenn die europäischen Staaten im Hinblick auf diese wirtschaftliche Entwicklung zunächst übereinkommen sollten, das Abkommen zu treffen, das ich eben als praktische Ausführung der Abstraktionsidee vorgeschrieben habe, dann würden wir in die Zera europäischer Politik eintreten, an der alle Nationen und Staaten mitzuarbeiten haben, um in der kommenden Weltentwicklung Europa seinen alten Platz zu sichern. Ich erwarte natürlich nicht, daß ich mit meinen Worten irgend einen Eindruck machen werde auf die Herren von der Regierung oder auf deren leitendes Haupt. Oder soll ich das förmlich aussprechen und sagen, das leidende Haupt dieser Regierung? (Weiterleit. Blode des Präsidenten.)

Abg. Bedebour (fortfahrend): Ich gebe dem Herrn Präsidenten recht, Herr v. Bethmann Hollweg ist wahrscheinlich so erfreut über die gegenwärtigen Zustände, daß er unter ihnen nicht leidet. (Weiterleit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die wirtschaftliche Notwendigkeit drängt auf den Zusammenschluß der europäischen Nationen und dieser wirtschaftliche Zusammenschluß erfordert als Ergänzung eine

#### fortgeschrittene Kulturpolitik

auf allen Lebensgebieten. Dann wird nicht einmal mehr in der Theorie der Grundgedanke Geltung haben, den der Reichskanzler in der Donnerstagsrede proklamiert hat, daß der Schwache eine Beute des Stärkeren wird. (Zuruf des Nationalliberalen Overling.) Es ist ja interessant, wahrzunehmen, daß der Philosoph Bethmann und der Theologe Overling zu demselben Resultat gelangt sind. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Die alte Kinderbesessene, daß die Taube vom Sperber und der Sperber vom Adler gestossen wird, scheint den beiden großen Staatsmännern (Große Weiterleit bei den Sozialdemokraten) durch den Kopf geschwirlt zu sein. Aber so unbedingt gilt der Satz, daß der Schwächere des Stärkeren Beute wird, nicht einmal in der Tierwelt, so nicht einmal in der Weltanschauung auf die Raubtiere. So frißt in einer Wölfe der starke Wolf nicht den schwachen Wolf auf, sondern das ganze Rudel verbindet sich zu gemeinsamem Jagen. Und dieser Grundgedanke des Zusammenschließens legt sich in der menschlichen Gesellschaft fort. Wir Menschen sind eben nicht bloß Raubtiere und die menschlichen Staaten sind nicht ausschließlich Raubtierorganisationen. Aber vielleicht hat Herr v. Bethmann Hollweg nur in seiner Weise den Kapitalismus ironisieren wollen. Unzweifelhaft züchtet der Kapitalismus Raubtiergefühle und Raubtierinstinkte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und doch ist selbst im Zeitalter des Kapitalismus auch im Staatenverlebe der Satz nicht ohne weiteres gültig, daß der Stärkere immer den Schwächeren auffrißt. Ich glaube, daß selbst der große Raubtierphilosoph (Weiterleit bei den Sozialdemokraten) es sehr vernünftig finden wird, daß Deutschland nicht seine kleinen Nachbarn, etwa Holland und Belgien auffrißt, möglicherweise wird er freilich sagen, daß das nur daran liegt, weil andere große Raubtiere, wie Frankreich und England, das verhindern. Aber es tritt auch noch ein anderer Hinderungsgrund hinzu. Auch im Verlebe der Staaten untereinander setzt sich allgemach der

#### Grundgedanke des Gemeinnsinn

durch und wirkt der brutalen Betätigung der Raubtiermotive entgegen. Und wir Sozialdemokraten sind bestrebt, diesen Gedanken des internationalen Altruismus vorzuarbeiten. Sobald das sicher nicht unerreichbare Ziel der Sozialisierung der Gesellschaft erreicht sein wird, wird der Grundgedanke, daß der Schwache die Beute des Stärkeren sein wird, nur noch in verstaubten Ältern sein Dasein fristen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind freilich noch nicht in der sozialistischen Gesellschaft, aber wir bestreben die Giltigkeit des Bethmannschen Satzes auch für die Zeit des Kapitalismus. Wir unterstützen alle die Einflüsse, die schon innerhalb des Kapitalismus eine Beseitigung der Raubtierinstinkte zu

erzielen sucht. Wir unterstützen alle die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die fadenheimigen Vorwände für die unaufhörliche Kriegsrüstung zu beseitigen. Wir fordern

#### den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir zweifeln nicht daran, daß es, und vielleicht noch vor der Periode des Sozialismus, zu Vereinigten Staaten von Europa kommen wird, wie es es heute Vereinigte Staaten von Amerika gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen von den Staatsmännern der heutigen Periode, daß sie in wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus selbst diesen Zusammenschluß Europas vorbereiten. In den Augen der herrschenden Parteien freilich ist der Gedanke an die Vereinigten Staaten von Europa ein ebenso entsetzlicher Gedanke wie an die

#### deutsche Republik.

So bin ich denn davon überzeugt, daß die Leute, die da proklamiert haben, sie würden unsere republikanischen Grundzüge im Wahlkampf ausnützen, auch von diesem meinem Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten von Europa" redlichen Gebrauch machen werden. Ich bitte den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, sich nur ja keinen Zwang anzutun. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erzählen Sie nur den Leuten, daß wir Sozialdemokraten Republikaner sind, daß wir die Vereinigten Staaten von Europa wünschen. Wenn die Leute dann erfahren, daß die Partei, die gegen die Lebensmittelzölle, gegen das Klassenwahlrecht, gegen die Militärstrafen, gegen Erhöhung der Zivilliste, gegen Steuerfreiheit der Fürsten ist, republikanisch ist, dann werden sie selbst Republikaner werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Wähler werden dann sagen: Dann sind wir auch Republikaner, dann her mit der Republik. Und so werden Sie, indem Sie uns unseren Republikanismus vorwerfen, gerade Propaganda für die Republik betreiben. Und die besten Agitatoren für den republikanischen Gedanken werden die Monarchen selbst sein. (Weiterleit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Als eine Vorbedingung des Zusammenschlusses Europas fordern wir das

#### Aufhören der Unterdrückung fremdsprachlicher Nationalitäten

im Innern der einzelnen Staaten. Hier in Deutschland betreiben Regierung und herrschende Parteien eine Politik der Unterdrückung gegen Dänen, Polen, französisch sprechende Lothringer. Erreicht wird damit nur, daß die unterdrückten Völker, die sich ihre Muttersprache nicht werden entreißen lassen, mit unauslöschlichem Haß gegen die unterdrückende Regierung erfüllt werden. Ich erinnere an die hochinteressante Rede, die hier vor einiger Zeit der Abg. Waiba gehalten hat. Die tiefempfundene Rede dieses Mannes, der sicher kein Politiker ist, der ganz unzweifelhaft in seinem Herzen ein königstreuer Preuße ist, zeigt, wie eine, um mit Ihren Worten zu sprechen, höchst loyale patriotische Bevölkerung durch die Unterdrückungspolitik in das Lager der staatsrechtlichen Opposition gedrängt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und bei den Polen in den übrigen Provinzen ist das schon früher geschehen. In Deutschland werden die fremdsprachlichen Nationalitäten unterdrückt, während in der Schweiz die Nationen friedlich nebeneinander leben, und sich der Gedanke der nationalen Gleichberechtigung auch in Oesterreich siegreich Anerkennung verschafft. Mit dieser Politik der Unterdrückung der Nationalitäten werden die wahren Interessen Deutschlands und der Deutschen nicht gefördert, sondern aufs schwerste geschädigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 15 Millionen Deutsche leben außerhalb Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz und diese haben auszubeden, was die vier Millionen fremdsprachlicher Einwohner in Deutschland zu leiden haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Unterdrückungspolitik da draußen, der Part, die Magyaren berufen sich auf die deutschen Chauvinisten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zukunft wird, wie den wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Staaten, so auch die

#### Anerkennung zur nationalen Gleichberechtigung

bringen. Der Gemeininn der Kulturvölker aller Welt bezieht sich schon heutigen Tages gegenüber der Unterdrückungspolitik aller der blutigen Despoten, die jetzt noch in den verschiedenen Ländern herrschen. Er hat sich betätigt in dem Protest gegen die Ermordung Ferrers, in dem Protest gegen den Rechtsbruch, den der russische Zar mit seinen Handlangern an den Finnländern begeht. Wir protestieren an dieser Stelle erneut dagegen, daß

#### das Kulturvolk der Finnen,

das sich wärdig neben andere Kulturvölker stellen kann, von dem rückständigen Jarenrequisit, dem Fremde unserer Konventionen, in der brutalsten Weise kulturell geschädigt wird. Wir hoffen, daß sich alle Kulturländer diesem Protest anschließen werden, und daß er ausgedehnt werden wird auf

#### die Grusel gegen die politischen Gefangenen

in den Katorgalern, wo 100 000 unglückliche Menschen in der barbarischsten Weise von den Schergen des Jaren zu Tode gemartert werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Protestiert werden muß auch gegen die Regierung des kulturell weitläufig überhäugten Japan, die durch nichtwürdige Geheimprozesse unschuldige Leute auf das Schaffot gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im japanischen Parlament hat der Minister gesagt, es sei in Europa nicht dagegen protestiert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das hole ich hiernach. Wir Sozialdemokraten protestieren auch gegen diese scheußlichen Justizmorde. Wir hoffen, daß sich wenigstens die Herren Liberalen diesem Protest anschließen werden. Ein ähnlicher scheußlicher Unterdrückungsfall ist in Brasilien vorgekommen, wo man die Reuter der Flotte brennend und sie dann heimtückisch in ein enges Gefängnis gesperrt hat, wo sie innerhalb einer Nacht an der schlechten Luft erstickt sind. Eine kapitalistische Republik war es, in der das geschehen ist. Wir wissen sehr wohl, daß es auch unter der Staatsform der Republik keine Sicherheit gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen kapitalistische Scheußlichkeiten und Unterdrückungspolitik gibt. Wenn wir uns als Republikaner bezeichnen, so deshalb, weil ohne republikanische Einrichtungen sozialistische Staats- und Gesellschaftsformen überhaupt nicht möglich sind und weil, relativ genommen, die republikanische Staatsform selbst innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft immer noch besser ist als eine der monarchischen Staatsformen.

Alle diese Proteste hätten ebenso gut aus Ihren Reihen (zu den bürgerlichen Parteien) kommen können, wenn Sie sich wirklich der Pflicht bewußt wären, als Vertreter großer Kulturideale auch hier im Deutschen Reichstag aufzutreten. Aber das ist ja unser Schicksal, daß wir selbst diejenigen Kulturideale als Vorkämpfer innerhalb der kapitalistischen Staaten vertreten müssen, die zu vertreten eigentlich zu den Aufgaben der bürgerlichen Parteien gehört. Sie aber können gehindert durch Ihre kapitalistischen Scheußlichkeiten sich nicht mehr unbefangen zu den großen Kulturidealen durchdringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden gehemmt in Ihrem Eintreten für die höchsten Ziele der Menschheit durch Ihre Furcht vor der Sozialdemokratie. In allen großen politischen Fragen ist die Entwicklung der bürgerlichen Parteien ins Staden gekommen, weil Sie immer sagen, wenn wir den Fortschritt der Rechte des Volkes, der wirtschaftlichen Entwicklung fördern — schließlich kommt es der Sozialdemokratie zu gute. Sie mögen nun machen, was Sie wollen, die kapitalistische Entwicklung geht ihren Weg. Sie entwickelt sich zu höheren Formen und sie erzeugt in ihrem Schoße notwendigerweise die sozialistische Entwicklung, die später die kapitalistische Entwicklung ablösen wird. Deshalb betreiben wir unsere eigene Sache, wenn wir den Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung fördern. Wir werden gegen jeden zünftigen Rückschritt, gegen jede Einschränkung der kapitalistischen Entwicklung mit künstlichen Mitteln sein, weil wir wissen, daß damit nicht bloß die allgemeine kapitalistische, sondern auch die allgemeine Kulturentwicklung gehemmt wird. Diese

werden wir auf allen Lebensgebieten weiter treiben, und wenn Sie versuchen sollten, eine Unterdrückungspolitik zu inszenieren, statt den ruhigen, geordneten Fortschritt zu befördern, dann werden Sie wiederum das Umgekehrte erreichen: dann sprengt die Entwicklung die Bande, die Schranken, den Kerker, in den Sie sie hineinziehen wollten, und Sie werden nur um so früher den Sozialismus über das System des Kapitalismus triumphieren sehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Abg. Dr. Werner-Siechen (Ant.) versucht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung eine lange Rede über sein Verhältnis zu den Rationalisten zu halten. Präsident Graf Schwerin-Löwis unterbricht ihn unter zunehmender Heiterkeit des Hauses, besonders der Linken, 5-6 Mal. Endlich gibt Dr. Werner seine Absicht auf und verläßt unter schallendem Gelächter die Rednertribüne, die er, mit einem viden Altenbündel bewaffnet, bestiegen hat.

Es beginnt die Spezialdiskussion.

Die Etats des Reichstags und des Reichsanwalters werden debattelos bewilligt.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes begründet

Abg. Oser (Sp.) eine Resolution auf Einstellung eines Fonds in den nächstjährigen Etat, aus dem die amtliche Korrespondenz der Generalkonsulate und Konsulate mit Privaten bestritten werden soll.

Abg. Hornmann-Bremen (Sp.): Der Abgeordnete David hat eine Darstellung von den Vorfällen mit den österreichischen Durchreisenden gegeben, die zwar der Sache nach richtig war, an die er jedoch falsche Schlussfolgerungen geknüpft hat. Es geht nicht an, zu behaupten, daß die Polizeibehörden mit den Schiffahrtsgesellschaften in Verbindung stehen und ihnen fremde Auswanderer zutreiben. Solche Pflichtwidrigkeiten lassen sich unsere Behörden nicht zurechnen, wenn auch wohl einmal Verstöße vorkommen. In bezug auf die österreichischen Auswanderer sind die gesetzlichen Vorschriften streng befolgt worden. Man soll doch die Tribunale des Reichstags nicht benutzen, um deutsche Institutionen zu diskreditieren. (Beifall rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Selten hat eine Ausföhrung mich in größerem Erstaunen versetzt, als die Ausführungen des Abgeordneten Hornmann. Ich habe Fälle angeführt, in denen österreichische Staatsangehörige an der holländischen Grenze zurückgehalten, nach Bingerbrück zur Station des Norddeutschen Lloyd gebracht und ängstlich untersucht wurden, und dann, als sie sich weigerten, über Bremen und mit einer Schiffkarte des Norddeutschen Lloyd zu fahren, nach Oesterreich zurückgebracht wurden. Herr Hornmann sagte, das Verfahren entspreche den gesetzlichen Bestimmungen und sei durchaus korrekt, und das Vorgehen dieser Dinge so geeignet, Deutschlands Ansehen zu diskreditieren. Wenn etwas Deutschland diskreditieren kann, so ist es

der Versuch, diese skandalösen Fälle zu rechtfertigen.

Entspräche dies Verfahren wirklich den gesetzlichen Bestimmungen, so wäre das für Deutschland eine Situation, deren es sich vor der ganzen zivilisierten Welt zu schämen hätte. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hornmann hat sich auf das Auswanderergesetz berufen. Aber in diesem Gesetz ist kein Anhaltspunkt für dieses Vorgehen vorhanden, dann aber handelt es sich gar nicht um Auswanderer, sondern um Durchreisende. Man brachte die Leute vom Rheine an der holländischen Grenze gewaltsam per Schuß zu der Kontrollstation des Norddeutschen Lloyd in Bingerbrück, untersuchte sie dort ärztlich, sie wurden gesund befunden, und nun verlangte man von den Leuten, die ihr Villet Wien-London über Rotterdam in der Tasche hatten, sie sollten über Bremen und von dort mit einer Schiffkarte des Norddeutschen Lloyd fahren. Da die Leute das nicht wollten - sie konnten es auch gar nicht mehr, ihr Geld reichte nicht mehr dazu aus, - brachte man sie nach der österreichischen Grenze zurück, und zwar auf ihre Kosten einschließlich der Kosten für die begleitenden Polizeibeamten. Herr Hornmann führte auch sanitäre Gründe an, Auswanderer könnten Krankheiten einschleppen. Abgesehen davon, daß es sich nicht um Auswanderer handelt, sondern um Durchreisende, müßte man dann doch die Leute beim Eintritt in das Reich untersuchen, nicht aber sie zurückhalten, wenn sie die Grenze verlassen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hornmann spricht von den gesetzlichen Bestimmungen. Die Fälle liegen so skandalös, es handelt sich um

Freiheitsentscheidung und Geldveränderung,

daß sie durch keine Gesetze gerechtfertigt werden können. Sie erklären sich daraus, daß die großen Schiffahrtsgesellschaften mit Hilfe der Polizei versuchen, jeden Durchreisenden, der mit dem Personenzug fährt, und von dem sie glauben, er könne sich nicht wehren, für ihre Mouten zu pressen suchen, und die Polizei - das ist das Skandalöse dabei - leistet hierzu Helferdienste (Sehr richtig! b. d. Soz.) Da diese Vorgänge unsere auswärtigen Beziehungen berühren, so habe ich sie vorgetragen, damit der Staatssekretär des Auswärtigen solche Fälle verhindert. Ferner ergibt sich ein deutsch-österreichisches Abkommen vom Jahre 1905, wonach beide Staaten sich verpflichten, ihren gegenseitigen Angehörigen, die durch das Gebiet des anderen auswandern wollen, keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Dadurch ist die Sache keine preussische, sondern eine deutsche, umsomehr, als sie das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt schädigen muß. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Riederlein-Wächter: Ich betone nochmals im Namen des Reichsanwalters, daß die Fremdenpolizei ausschließlich Sache der Bundesstaaten ist. Mit den angeführten Fällen bin ich durch den österreichisch-ungarischen Votschafter befaßt worden. Bei dem von dem Abg. David erwähnten Abkommen vom Jahre 1905 handelte es sich um ganz etwas anderes, damals wollte Ungarn seine Auswanderer nicht über deutsche Pässe reisen lassen. Wir haben uns an den preussischen Minister des Innern gewandt und die Auskunft erhalten, daß die betreffenden Reisenden ausschließlich nach den geltenden Bestimmungen behandelt seien. Die betreffenden Reisenden sind ja außerordentlich hart betroffen worden, aber sie haben es sich selbst zuschreiben, denn sie haben sich selbst als Auswanderer bezeichnet. Es wird jetzt geäußert, wie solche Härten zu vermeiden sind. Aber unsere Bestimmungen für Aus- und Durchwanderer aus fremden Staaten sind lediglich hervorgerufen durch ein Gebot der Notwehr, so lange werden Staaten die allerstrengsten Gesetze über Einwanderer haben.

Abg. Hornmann (Sp.): Ich muß die Behauptung des Abg. David zurückweisen, daß die großen Schiffahrtsgesellschaften und die Polizei sich in die Hände arbeiten.

Abg. Dove (Sp.): Die angeführten Fälle beweisen, wie notwendig es ist, die Fremdenpolizei reichsgesetzlich zu regeln. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Als Dr. David in der zweiten Debatte den Fall vortrug, erschien er mir so ungeheuerlich, daß ich mir sagte, er kann unmöglich wahr sein. Aber nach der Art, wie Herr Hornmann den Fall behandelt hat, und nach der Erklärung des Staatssekretärs scheint er doch im wesentlichen richtig zu sein. Dann aber liegt ein so schwerer Mißgriff - allerdings wohl von untergeordneten Beamten - vor, daß es dringend geboten erscheint, den Fall weiter aufzuklären und dann mit aller Strenge gegen diejenigen vorzugehen, die sich vergangen haben. Man sagt, der Mann habe sich selbst als Auswanderer bezeichnet. Ich weiß nicht, wie ein Reisender mit einem Villet Wien-London in der Tasche Gelegenheit hat, sich als Auswanderer vorzustellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube nicht, daß es richtig ist, diesen Fall zu verallgemeinern; jedenfalls werde ich Gelegenheit nehmen, ihn auch im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Es handelt sich nicht um einen Fall, sondern um zwei, die genau gleich verlaufen sind; das beweist, daß es sich hier

um ein System handelt. Der preussische Minister des Innern hat dem Staatssekretär gesagt, die Leute hätten sich selbst als Auswanderer bezeichnet. Vielen Strohhaat hat schon der Abg. Arendt zerlaut. (Heiterkeit.) Herr Hornmanns Rede ist mir ganz unverständlich. (Abg. Scheidemann (Soz.): Es tut ihm Lloyd!) (Heiterkeit.) Er spricht von gesetzlicher Bestimmung.

Ist denn eine Verordnung des preussischen Ministers Gesetz?

Wenn sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht, ist sie ungesetzlich. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir kennen die Verordnung recht gut, wir halten sie für ungesetzlich, und an den vorgetragenen Fällen zeigt sich, wie ungeheuerlich sie ausgeführt wird. Hoffentlich sind die Fälle nicht umfost vorgezogen.

Staatssekretär v. Riederlein-Wächter: Für mich ist die Sache durch meine Mitteilung an den österreichisch-ungarischen Votschafter erledigt.

Abg. Hornmann (Sp.): Ich weise nochmals den Vorwurf, daß Polizei und Schiffahrtsgesellschaften sich in die Hände arbeiten, also den Vorwurf der Korruption zurück.

Abg. Dove (Sp.): Die Sache ist keineswegs erledigt, wenn sie zwischen dem österreichisch-ungarischen Votschafter und dem Staatssekretär erledigt ist; der Staatssekretär ist auch gegenüber dem Reich verantwortlich.

Abg. Dr. David (Soz.):

Eine Verallgemeinerung liegt lediglich in den Ausführungen des Abg. Hornmann, der behauptet, das Vorgehen entspreche den gesetzlichen Bestimmungen. Dem Staatssekretär v. Riederlein-Wächter kann ich nur sagen, er ist ein sehr schlechter Wächter des Reichs. (Heiterkeit.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.) dankt der Regierung, daß sie einen Betrag zur Unterstützung der interparlamentarischen Union, also der allgemeinen Schiedsgerichtsbewegung, in den Etat eingestellt hat. Darin liege eine Anerkennung der Schiedsgerichtsbewegung, für die der Reichsanwalt wohl etwas wärmere Töne hätte finden können.

Abg. Stresemann (natl.) befürwortet die Resolution Ublah für Gewährung der Postkosten an die Konsulate.

Die Resolution Ublah wird angenommen.

Abg. Everling (natl.) polemisiert gegen den Abg. Kohl, der in der zweiten Lesung eine Unterstützung deutscher Schulen im Auslande über die Jurisdiktion der Katholiken befragt und damit konfessionelle Gesichtspunkte in diese nationale Sache hineingetragen habe.

Abg. Kohl (Z.), Bähler (Z.) weisen diesen Vorwurf zurück.

Abg. Schrader (Sp.) schließt sich dem Abg. Everling an.

Abg. Erxberger (Z.) behauptet, daß gerade Everling stets konfessionelle Punkte in die Debatte bringe und wirft dem Abg. Schrader vor, Freimaurer zu sein. (Heiterkeit.)

Abg. Lebebour (Soz.):

Ein russischer Untertan. (Heiterkeit und Juruf: Untertan?) Wenn man von Rußland spricht, kommt einem das Wort „Untertan“ sehr leicht in den Mund, ich will aber das korrektere Wort „Staatsbürger“ gebrauchen. Also ein Russe namens Montag, der hier 43 Jahre lang als Kaufmann ansässig war, ist, wie er mir schreibt, ganz plötzlich nicht nur ausgewiesen, sondern an die russischen Behörden ausgeliefert worden. Nähere Angaben habe ich nicht erhalten können. Ich stelle an den Staatssekretär die Frage, ob der Mann in Wirklichkeit ausgeliefert ist? Und wenn dies der Fall, aus welchem Grunde?

Staatssekretär v. Riederlein-Wächter: Der Herr Montag ist ausgewiesen worden. Er bewegte sich immer zwischen Rußland und hier hin und her und führte auch sonst ein bewegtes Leben. Er bedrohte seine Frau mit dem Revolver und ist auf Ersuchen des Amtsrichters ausgewiesen worden.

Abg. Lebebour (Soz.):

Der Mann behauptet, ausgeliefert zu sein an die russischen Behörden, die ihn sofort ins Gefängnis in Kalisch warfen. Der Staatssekretär sagt, es liege nur eine Ausweisung vor, wie kommt es denn, daß der Mann dann nach Kalisch gebracht wurde? Wir wissen, daß es in Duzenden von Fällen vorgekommen ist, daß man unter dem Vorwande einer Ausweisung die Leute an die Grenze gebracht und der russischen Polizei übergeben hat. Der Staatssekretär kennt derartige Fälle offenbar nicht, weil er damals in Rufarest war. Er soll sich also nicht mit der Auskunft des Polizeipräsidenten v. Jagow begnügen, auf die hin er wohl gesagt hat: „da kann ich ja den Sozialdemokraten eine ganz gehörige schmuddrige Antwort geben“.

Vizepräsident Schulz: Dieser Ausdruck ist ganz ungehörig.

Abg. Lebebour (fortfahrend): Es muß festgestellt werden, ob die preussische Polizei hier ihre Hand im Spiele hatte, um den Mann der russischen Polizei in die Hände zu liefern. Dazu war sie unter keinen Umständen berechtigt. Wenn der Mann hier etwas getan hat, so war er hier vor Gericht zu stellen. (Weder wird mehrfach durch Gelächter der Rechten unterbrochen.) Daß Sie als Gesetzgeber bei dem Verlangen der Feststellung einer Gesetzesverletzung nichts als ein bloßes Gelächter haben, ist bezeichnend für Sie und Ihre Auffassung von der Würde des Reichstages. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Riederlein-Wächter: Ich habe die amtliche Auskunft gegeben, daß der Mann ausgewiesen ist und damit müssen Sie sich beruhigen. (Lebhaftes Oh! links.)

Abg. Gothein (Sp.): Die Sache ist so ernst, daß man sich damit nicht beruhigen kann. Wir haben hier das Interesse, das Ansehen des Deutschen Reichs und Reichstags zu wahren. Das verlangt, daß das Reich sich nicht zu Schergen-Diensten hergibt. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die Form der Ausweisung kann man aufrecht erhalten und doch eine Auslieferung vornehmen. Das Entscheidende ist, ob der Mann freiwillig an die russische Grenze gegangen ist, und darüber haben wir keine Auskunft erhalten und haben das Recht, sie zu verlangen. (Große Unruhe rechts.)

Abg. Lebebour (Soz.):

Der mir absolut unbekannt Mann hat mir aus dem Gefängnis in Kalisch geschrieben, er sei ausgeliefert worden. Er versichert offenbar nicht den Unterschied zwischen einer zwangsweisen Ausweisung über die russische Grenze und einer Auslieferung. Rechtlich gibt es auch nicht eine zwangsweise Ausweisung, aber es ist ein Skandal, daß sie tatsächlich vorkommt. (Tierlaute bei den Junkern.) Wahrscheinlich handelt es sich um eine markierte Ausweisung, zu der der Polizeipräsident v. Jagow kein Recht hatte. Wenn der Staatssekretär nicht genügend informiert ist, so kann er das durch Benutzung des Telefons in so kurzer Zeit sein, daß er die Auskunft geben kann, noch bevor sein Etat erledigt ist. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Riederlein-Wächter: Ich wiederhole, es ist nicht eine Auslieferung erfolgt, sondern es hat eine Ausweisung stattgefunden, und zwar nicht von Polizei wegen, sondern auf Anweisung des Vormundschaftsrichters. (Hört! hört! rechts.) Der Mann wird von dem Richter als ein gemeingefährlicher Mensch bezeichnet und es wird verlangt, das Polizeipräsidium solle ihn sofort an die Grenze beschränken. (Bravo! rechts. Lebhaftes Hört! hört! links.) Ein solcher Mann hätte eine Aufforderung, gefälligst abzureisen, doch nicht befolgt, da bleibt doch nichts übrig, als ihn an die Grenze zu bringen. (Zustimmung rechts. Widerspruch links.)

Abg. Frhr. v. Camp-Massauen (Sp.): Wenn man Bescheid werden vorbringen muß man sich vorher genügend informieren. Das hat der Kollege David in dem Falle, den er vortrug, getan, der Kollege Lebebour aber nicht. (Heiterkeit und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ueber das Mißtrauensvotum des Herrn Lebebour wird sich der Staatssekretär wohl trösten können. (Bravo! rechts.)

Abg. Lebebour (Soz.):

Daß Herr Camp und Herr v. Riederlein-Wächter derselben Meinung über die Rechte der Ausländer in Deutschland sind, glaube ich schon. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Immer bleibt die Frage: warum wurde der Mann nach der russischen Grenze gebracht? (Sehr wahr! links.) Was meine Vorfor-

mationen betrifft, so habe ich eine Menge Material; denn ich es nicht vorgebracht habe, so in Rücksicht darauf, daß der Reichstag heute oder morgen seine Debatte schließt. Ueber solche Voränge, wie den Fall Montag, zu Gericht zu sitzen, ist eine Ehrenpflicht des Reichstags und der Abg. v. Camp sollte soviel parlamentarisches Ehr- und Anstandsgesühl besitzen, nicht Kollegen einen Vortrags zu machen, die dafür sorgen, daß der Reichstag diese Aufgabe erfüllt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm und Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Schulz ruft den Redner zur Ordnung. (Stürmischer lärmender Beifall rechts. Juruf: Der zweite Ordnungsruf.)

Abg. Gothein (Sp., von der Rechten mit wütendem Lärm empfangen): Wenn der Staatssekretär gleich im Anfang die Lebenswürdigkeit gehabt hätte, sich etwas ausführlicher zu äußern, so hätte diese Debatte nicht diesen Umfang angenommen. (Sehr wahr! links.)

Die Debatte schließt. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsanwalts des Innern.

Abg. Hengsbach (Soz.)

begründet eine sozialdemokratische Resolution auf Ergänzung der Bundesratsverordnung betr. den Betrieb der Anlagen der Großindustrie. Wir erheben folgende Forderungen: Erstens muß die Dauer der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen festgesetzt werden. Zweitens ist für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter angelehnt der Natur dieser Arbeit die achtstündige Schicht vorzuschreiben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Drittens ist durch präzisiertere Vorschriften dafür zu sorgen, daß die Pausen innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit eingehalten sind. Den Versuchen der Unternehmer, von hinten herum diese Pausen illusorisch zu machen, muß ein wirksamer Niegel vorgezogen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Viertens verlangen wir die Einschränkung der Überarbeitszeit. Es bedeutet eine schwere Gefährdung von Leben und Gesundheit der Arbeiter, wenn Arbeitsstunden von 14, ja 16 Stunden vorkommen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In derselben Richtung bewegen sich unsere fünfte und sechste Forderung auf strengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und auf durchgreifende Vorschriften über die sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, die Errichtung von Wasch- und Wodankästen, Umkleide- und Speiseräumen. Die fortgesetzten Unfälle beweisen die unbedingte Notwendigkeit strengster Vorschriften und gewissenhaftester Kontrolle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den großen Unfall in den Duisburger Stahlwerken. Die Gewerbeinspektoren sind betatet überlastet, daß sie ihren Aufgaben einfach nicht genügen können. Die heilsamste Wirkung würde es ausüben, wenn endlich unsere Forderung erfüllt würde und

Kontrollen aus der Arbeiterschaft

den Gewerbeinspektoren beigegeben werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) - Herr v. Camp hat uns hier im März erzählt, daß viele Arbeiter aus eigenem Antrieb in ihren Betrieben die neun, ja die achttündige Arbeitszeit eingeführt haben. Herr v. Camp folgert daraus, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nicht notwendig sei. Nun, in der Großindustrie haben mindestens 68 000 Arbeiter in einem einzigen Regierungsbezirk eine

mindestens zwölfstündige Arbeitszeit.

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber nur zu oft wird selbst diese zwölfstündige Schicht überhöht. Es ist berechnet worden, daß, wenn - eine doch überaus bescheidene Forderung! - die über 12 Stunden hinausgehenden Überstunden beseitigt würden, nicht weniger als 200 000 Arbeitslose eingestellt werden können. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, solche Arbeiter machen gern Überstunden. Wenn das wahr ist, so kommt das von den elenden Löhnen und von der Höhe der Lebensmittelpreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) - Daß auf dem Gebiete der Arbeitsräume, der Errichtung von Wasch- und Wodankästen vielerlei geschehen ist, erkennen wir an. Das schließt aber nicht aus, daß auch noch hier sehr viele Mängel vorhanden sind, wie in den Berichten der Gewerbeinspektoren häufig hervortritt.

Gegenüber allen sozialen Forderungen erheben die Unternehmer die Klage von der übermäßigen Belastung. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Inwiefern beweisen die Dividenden und der Stand der Aktien in der Großindustrie, daß sie wahrhaftig noch einige „Ballen“ tragen können, ohne darunter zusammenzubrechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Klagen und Beschwerden der Arbeiter der Großindustrie nur allzu berechtigt sind, hat auch das Zentrum anerkannt und es hat vor einiger Zeit eine Resolution im Sinne der Hauptforderungen dieser Arbeiter eingebracht. Die Resolution wurde vor zwei Jahren auch vom Reichstag angenommen. Allerdings war dazu erst ein Hammelstreit nötig. Diese vom Zentrum eingebrachte und vom Reichstag angenommene Resolution erkennt ausdrücklich an, daß die Bundesratsverordnung nicht genügt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt kommt das Zentrum mit einer Resolution, in der eine Denkschrift über die Wirkungen der Bundesratsverordnung gefordert wird. Das bedeutet einfach

eine Verschleppung,

wenn die Resolution dann auch weiter eine Erweiterung dieser Verordnung im Sinne des Reichstagsbeschlusses fordert. Eine so allgemein gehaltene Forderung hat keinen Wert und Erhebungen sind wirklich nicht mehr nötig, denn amtliches, unanfechtbares Material über die Lage der Großindustriearbeiter liegt genügend vor. Wir bitten daher den Reichstag dringend, unserer Resolution und den in ihr enthaltenen, wöchentlich außerordentlich bescheidenen Forderungen zuzustimmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag auch nur eine Spur von Interesse und Empfindung für diese Arbeiter hat, muß er unseren Antrag annehmen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir beantragen ferner eine Resolution, in der der Reichsanwalt aufgefordert wird, baldigst einen Gesetzentwurf über die

Verhältnisse der Pensionskassen in den industriellen Betrieben

vorzulegen. Unsere Resolution verlangt eine einheitliche Regelung für das ganze Reich. Wie nötig es ist, in die Verhältnisse oder, besser gesagt, in die Mißstände der Verhältnisse hineinzuleuchten, ist hier oft und von verschiedenen Seiten dargelegt worden. Wir erleben es aber nur zu oft, daß unsere Resolutionen von den Behrens u. Comp. abgelehnt werden, die dann ähnliche Resolutionen beantragen und zur Annahme bringen, nur um brauchen im Lande zu erzählen, daß die Sozialdemokraten keine positive Politik betreiben. Es ist dringend notwendig, daß durch die Reichsgesetzgebung der geradezu himmelschreiende Zustand beseitigt wird, daß Arbeiter, nachdem sie ihr Leben lang an Kassen gezahlt haben, nachher aller Ansprüche beraubt werden. Reich hat hier erst wieder ein außerordentlich trauriger Fall in den Duisburger Spinnwerken zugetragen. Ich bitte also dringend um Annahme auch dieser unserer Resolution. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch eine Sache muß ich hier zur Sprache bringen. Wie oft wird hier gezeuget über den sozialdemokratischen „Terrorismus“. Wie viele Worte werden gemacht über angeblichen Terrorismus, der sich oftmals nachher als bloße Notwehr herausstellt. Aber wie steht es auf der anderen Seite? In Oberhessen wird mit allen Mitteln versucht, die Arbeiter wie die Steiger, aus ihren Organisationen heraus- und in die gelben Vereine, sowie in die Kriegervereine hineinzubringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit Drahtungen wird dabei nicht gespart, ebensowenig mit der Profossmachung hartnäckiger Elemente. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen Mitteln erreicht man nichts weiter, als daß man Heuchler heranzieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wähler werden über diesen

Terrorismus der Unternehmer und der Behörden

denso die Quittung ausstellen wie über die Politik der un-

gerechten Steuern und der Lebensmittelpolitik. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Feh. v. Gamp-Nassau (Rp.): Wenn Arbeitgeber keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigen wollen, so kann man das nicht als Terrorismus bezeichnen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn Unternehmer 1/2 oder noch mehr zu den Verfassern beitragen, so kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie auch den maßgebenden Einfluß behalten wollen. (Sehr richtig! rechts.) Die Lage der Arbeiter hat sich in den letzten Jahren ganz außerordentlich gehoben. — Es liegt gar kein Grund zu so schematischen Regelungen vor, wie die sozialdemokratischen Resolutionen sie fordern. — Neben verbreitet sich, gegen die Ausführungen Hengsbachs und die neulichen Ausführungen Sadjes polemisch, über die, wie er behauptet, außerordentlich gute Lage der Arbeiter. (Abg. Hue: Wie können Sie nur so etwas sagen!) Einmal gebraucht er einen auf der Tribüne unverständlich bleibenden Ausdruck, den der Präsident Graf Schwerin-Löwisch rügt. Mit ganz besonderem Eifer verteidigt der Redner, sich gegen Ausführungen Gues beim Marinestützpunkt, die Firma Krupp und schildert mit poetischen Worten die idyllischen Arbeiterwohnungen mit den Blumen am Fenster. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten; Zuruf des Abgeordneten Hue.) Die Stadtverordnetenversammlung von Essen hat erklärt, daß der Abgeordnete Hue auf der Tribüne des Reichstags ein falsches, tendenziöses Bild von den Essener Wohnverhältnissen, und zwar gegen besseres Wissen gegeben habe. (Hört! hört! rechts.) Der Behauptung, daß es wider besseres Wissen geschehen ist, will ich mich allerdings nicht anschließen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ueber die Verfassern usw. habe ich mich schon bei der zweiten Lesung ausgesprochen und will meine Ausführungen jetzt nicht wiederholen. — Was die Bundesratsverordnung betrifft, die von Herrn Hengsbach bemängelt worden ist, so bin ich nach eingehenden Erwägungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß es nicht angeht, so schematisch vorzugehen, wie es gefordert wird, und daß es sich durchaus empfiehlt, wenn die Vorschriften eine gewisse Elastizität besitzen, während eine schematische Starrheit unzulässig ist. — Die Bundesratsverordnung ist noch zu kurze Zeit in Kraft, als daß über ihre Wirkung ein abschließendes Urteil gefällt werden könnte. Daß sie aber jetzt schon segensreiche Erfolge gezeitigt hat, bezeugt die „Soziale Praxis“, die noch nicht in Verdacht steht, daß sie dem Reichsamt des Innern Weichhauch freut. (Hört! hört! rechts.) Ich glaube auch nicht, daß die Denkschrift, die nachher der Abgeordnete Giesberts befürwortet wird (Weiterkeit) von besonderem Nutzen sein wird.

Abg. Vogel (natl.) wendet sich gegen die Resolutionen Albrecht; man dürfe nicht nur von der Großindustrie sprechen, wie der Abgeordnete Hengsbach; es gebe doch auch eine mittlere und kleine Eisenindustrie.

Abg. Brand-Ratibor (Z.) beschwert sich über die Handhabung des Sprachenparagrafen speziell im Kreise Ratibor, wo auch die Mähren auf Grund dieses Paragrafen drangsalariert werden.

Abg. Giesberts (Z.) verbreitet sich über die Verhältnisse in der Großindustrie; die Bundesratsverordnung habe gut gewirkt, und es würde gut sein, sie noch zu erweitern.

Staatssekretär Dr. Delbrück bekräftigt dem Abg. Giesberts, daß er mit dem Abg. Hengsbach nicht über die sozialdemokratische Resolution verhandelt hat.

Abg. Werner (Antif.) behauptet, die Handwerker wollen von den Freisinnigen nichts wissen. (Lachen links.)

Abg. Niederhöner (L.) beschwert sich über zu scharfe Handhabung der Wäckerverordnung auf dem Lande, namentlich in baupolizeilicher Beziehung.

Abg. Sasse (Soz.): Herr Graf hat am Sonnabend behauptet, die Sozialdemokraten hätten den Arbeitern das Brot verteuert. Diese Behauptung richtet sich von selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Interessen der Vergarbeiter vom Zentrum vertreten werden, zeigt der Umstand, daß es jetzt wieder nur eine Denkschrift vorliegt, anstatt energisch auf Verbesserungen zu bestehen und auf Durchführung des Vergarbeiterschutzes, den (zum Zentrum) Sie ja selbst verlangen. Ihr Vorgehen bedeutet nur eine

Verzögerung des wirklichen Vergarbeiterschutzes; wenn Sie diesen fördern wollen, ziehen Sie am besten Ihre Resolution zurück. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr v. Gamp behauptete bezüglich des Unglücks bei Dorimund, die gerichtliche Verhandlung habe erwiesen, daß Vergarbeiter selbst die Sicherheitslampen beschädigt haben. Er hat verschwiegen, daß zahlreiche Zeugen das Gegenteil beschworen haben, und wir glauben diesen lehreren Zeugnisaussagen, und das um so mehr, als die Arbeiter absolut kein Interesse haben und haben können, die Sicherheitslampen zu beschädigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wenn man die Löhne der Vergarbeiter in Betracht zieht, darf man nicht übersehen, wie enorm die Ueberschüsse in dieser Industrie gestiegen sind. Damit schließt die Diskussion. (Versöhnlich bemerkt)

Abg. Gräfe (Wirtsch. G.): Meine Behauptung, daß die Sozialdemokratie den Arbeitern das Brot verteuert, entspricht meiner Ueberzeugung. (Schallende Weiterkeit links.)

Die beiden Resolutionen Albrecht (Soz.) werden abgelehnt, die Resolution Giesberts wird angenommen. Beim Kapitel „Zur Hebung des Kalialabes“ begründet Abg. Dr. Arendt (Rp.) einen von allen Parteien gestellten Antrag, den für die Propaganda in den Kolonien bestimmten Betrag von 100 000 M. auf 200 000 M. zu erhöhen.

Der Antrag wird angenommen.

Beim Kapitel „Kanalarbeit“ befürwortete Abg. Dommelsdorff (natl.) einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission, um zu prüfen, wie der von Petersen-Röhlhardt projektierte Scharfender Kanal am besten zu fördern sei.

Ministerdirektor v. Jonskiere bittet, hiervon abzusehen; dem Reich würden dadurch erhebliche Kosten erwachsen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ polemisiert Abg. Dr. Strefemann (natl.) gegen den Abg. Dr. Köfide, der in der zweiten Lesung ganz unhaltbare Ausführungen über den Produktionswert der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion gemacht hat.

Abg. Dr. Köfide (L.) hält seine Ausführungen aufrecht; die Ausführungen Strefemanns beruhen auf irtümlichen rechnerischen Grundlagen.

Abg. Wolfenbuhr (Soz.):

Wenn eine Produktionsstatistik veranstaltet werden soll, so möge die Regierung sie ja nicht nach den Anweisungen des Bundes der Landwirte machen; sonst würde wohl das Ergebnis herauskommen, daß die 56 Proz. der Bevölkerung, die von Handel, Gewerbe und Industrie leben, überhaupt keine Bedeutung für den Produktionswert haben. Herr Dr. Köfide läte gut, einmal ein nationalökonomisches Werk zu studieren, um zu lernen, daß wertbildend vor allem die menschliche Arbeit ist; dann könnte er nicht so ungeheuerliche Sätze aussprechen, wie den, daß z. B. das Transportgewerbe überhaupt nicht wertbildend sei. Seinen Berechnungen liegt zugrunde die Anschauung, daß nur landwirtschaftliche Arbeit wertbildend sei, und deshalb können sie vor einer ernsthaften Kritik nicht bestehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Gothein (Sp.), Dr. Köfide (L.), Wolfenbuhr (Soz.), Dr. Strefemann (natl.) wird die Diskussion geschlossen und der Etat bewilligt.

Die Resolution Graf Kanitz (L.) auf Beschränkung des Zwischenhandels mit Lebensmitteln, die Re-

solutionen des Zentrums um der Polen auf Aufhebung des Sprachenparagrafen und die freisinnige Resolution auf einigemäßige Handhabung des Ver-einsgesetzes werden angenommen.

Hierauf vertagte das Haus die Fortsetzung der dritten Lesung des Etats auf Dienstag 10 Uhr.

### 19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Der Zimmererverband hält im Volkshaus in Leipzig seine ordentliche Generalversammlung ab.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes gibt neben anderem eine interessante und sehr ausführliche Darstellung über die Ursachen und den Verlauf der großen neunmündigen Bauarbeiteraus-sperrung, die im vorigen Jahre vom organisierten Bauunter-nemerium in allen Teilen Deutschlands in Szene gesetzt wurde. An dieser Aussperrung war der Zimmererverband mit 25 873 Mit-gliedern beteiligt und die Kosten für ihn beliefen sich auf die enorme Summe von 1 706 833 M.

Das Tarifvertragswesen hat auch für das Zimmerer-gewerbe eine immer größere Bedeutung bekommen. Es waren am Ende des Jahres 1910 417 solcher Verträge für den Verband in Wirksamkeit, und zwar als eine Vereinbarung für einen Ort oder für mehrere Orte, die zusammen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden. In dieser Form, sagt der Vorstand, komme der Tarifvertrag seinem Zweck am nächsten. Aber der Vorstand wendet sich scharf gegen die Bestrebungen, den bisherigen fast rein örtlichen Charakter der Tarife abzuschaffen und statt dessen einen über das ganze Ver-bandsgebiet sich erstreckenden Reichstarif einzuführen. Er führt aus, daß das Unternehmertum damit nur die Absicht verfolgt, den Tarifvertrag aus einem Instrument zur Hebung der Arbeiter-lage umzugestalten zu einer Fessel für die gewerkschaftliche Or-ganisation und die Arbeiterschaft. Er empfiehlt deshalb der Generalversammlung, unerschütterlich an dem bisherigen Stand-punkte festzuhalten, daß der örtliche Tarifvertrag die Grundlage von Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben und alle Bestrebungen der Unternehmer auf Zentralisierung der Tarifverträge entschieden bekämpft werden müssen.

Vermessenswert ist auch die Feststellung, daß in den Jahreshellen, wo der von den Unternehmern brutal vom Jaun gebrochene Kampf am heftigsten tobte, die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen, sondern noch gestiegen ist. Ingesamt ist in den letzten zwei Jahren die Mitgliederzahl von 49 296 auf 56 069 hinaufgegangen. Eine Steigerung, die ausschließlich auf das letzte Jahr entfällt, da die Mitgliederzahl im Jahre 1909 noch um 76 zurückging. An dem Vormarschreiten der freien Zentralgewerkschaften, die im Jahre 1910 die Zahl ihrer Mitglieder um mehr als 200 000 steigerten, ist also auch der Zimmererverband tüchtig beteiligt gewesen. Er besaß am Schlusse des Jahres 1910 718 Jahrestellen; unter den neu gewonnenen Mitgliedern befanden sich 102 Uebergetretene aus dem christlichen Bauarbeiterverband.

Abgesehen von der großen Aussperrung hat der Verband noch eine Unmenge weiterer Lohnbewegungen in der Berichtzeit geführt. Alles in allem 877 mit 65 481 Beteiligten. Davon führten 680 zu Streiks, woran sich 38 041 Mitglieder beteiligten. Für sämtliche Kämpfe zusammen brachte der Verband die große Summe von 2 178 736 M. auf. Es würde zu weit führen, aus dem reichen Material hier die Wirkungen dieser Kämpfe im einzelnen zu besprechen, wir heben nur hervor, daß sie sich vielfach weit über die Jahreshellen hinaus erstreckten.

Die folgende Tabelle illustriert die Höhe der Löhne und die Dauer der Sommerarbeitszeiten, wie sie in den beiden letzten Jahren, und zwar jedesmal am Schlusse des dritten Quartals, als für die Zimmerer üblich ermittelt wurden.

| Stunden-löhne | 1909 Mitglieder | 1910 Mitglieder | Stunden-zahl | 1909 Mitglieder | 1910 Mitglieder |
|---------------|-----------------|-----------------|--------------|-----------------|-----------------|
| bis 30 Pf.    | 167             | 40              | 9            | 15 224          | 14 525          |
| 31-35         | 1 882           | 1 181           | 9 1/2        | 6 026           | 6 284           |
| 36-40         | 7 888           | 5 289           | 9 3/4        | 145             | 129             |
| 41-45         | 8 562           | 8 429           | 10           | 32 106          | 33 721          |
| 46-50         | 5 295           | 7 076           | 10 1/2       | 951             | 438             |
| 51-55         | 8 675           | 6 706           | 11           | 768             | 972             |
| 56-60         | 10 677          | 8 081           |              |                 |                 |
| 61-65         | 8 088           | 8 605           |              |                 |                 |
| 66-70         | 2 144           | 3 374           |              |                 |                 |
| 71-75         | 4 267           | 983             |              |                 |                 |
| 76-80         | 8 197           | 8 451           |              |                 |                 |
| 81-85         | —               | 2 974           |              |                 |                 |

Aus dem Kassenbericht heben wir hervor, daß der Ver-band inklusive eines am 31. Dezember 1908 vorhandenen Kassen-bestandes von 1 808 795,88 M. eine Nettoeinmahle hatte von 6 649 333,15 M. Ihr steht eine Nettoausgabe gegenüber von 4 750 013,73 M., so daß ein Vermögensbestand des Gesamtverbandes verblieb von 1 899 369,32 M., wovon 1 143 534,03 M. in der Haupt-lasse sich befinden.

Unter den Ausgaben haben wir außer den bereits erwähnten Summen für die Lohnkämpfe hervor: 963 553 M. für Arbeits-lofenunterstützung, 10 771 M. für Gemahregelten-Unterstützung, 18 965 M. für Rechtschutz, 2180 M. für Bauarbeiter-schutz, 45 275 M. für Reiseunter-stützung, 3467 M. für verbranntes Werkzeug.

Die Leistung pro Kopf der Mitglieder für den Verband betrug 1909 im Durchschnitt 32,72 M., 1910 dagegen, hauptsächlich infolge der Extrabeiträge für die Ausgesperrten, 59,13 M. Ein Beweis, daß das Wort Solidarität im Verbands kein leeres Schall ist. Ueberhaupt kann ein Verband, der ein halbes Jahr nach dem ver-zweifeltsten Versuch des Unternehmertums, die Massen der ihm ent-gegenstehenden Gewerkschaften auszusumpfen, in seiner Hauptklasse ein Vermögen von 1 143 534 M. aufzuweisen kann, mit der Sicherheit rechnen, daß er durch den Willen seiner Mitglieder auch für die Zukunft in der Lage sein wird, ähnliche Episoden siegreich zu über-stehen. Wir wünschen ihm, daß der Leipziger Verbandstag neue Waffen schmiedet zu ähnlichen, vielleicht noch größeren Kämpfen, mit denen die Arbeiterschaft in der Zukunft sicher wird rechnen müssen.

Marktpreise von Berlin am 1. April 1911, nach Ermittlung des königlichen Vollgeldpräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00, Speiseobst, weiße 30,00—50,00. Vinkel 20,00—60,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Ri-gramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,30. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Kase 1,60—3,00. Fender 1,50—3,60. Heide 1,30 bis 2,80. Barfje 0,80—2,00. Schote 1,40—3,40. Weis 0,80—1,60. 60 Stück Strohje 4,00—28,00.

#### Witterungsbericht vom 3. April 1911.

| Stationen | Barometer-höhe am 0 Uhr | Wind-richtung | Wolkenlage | Wetter   | Temp. u. W. u. d. W. | Stationen      | Barometer-höhe am 0 Uhr | Wind-richtung | Wolkenlage | Wetter   | Temp. u. W. u. d. W. |
|-----------|-------------------------|---------------|------------|----------|----------------------|----------------|-------------------------|---------------|------------|----------|----------------------|
| Stettin   | 749                     | SW            | 3          | bedeckt  | 4                    | Charlottenburg | 756                     | SW            | 4          | wolkenl. | -12                  |
| Danzig    | 753                     | SW            | 4          | Schnee   | 1                    | Petersburg     | 744                     | SW            | 4          | Schnee   | 1                    |
| Berlin    | 751                     | SW            | 4          | bedeckt  | 4                    | Schw.          | 765                     | SW            | 2          | bedeckt  | 8                    |
| Frankfurt | 755                     | SW            | 2          | bedeckt  | 8                    | Wien           | 769                     | SW            | 4          | halb bb. | 2                    |
| München   | 755                     | SW            | 4          | Regen    | 7                    | Paris          | 761                     | SW            | 4          | bedeckt  | 5                    |
| Wien      | 753                     | SW            | 1          | halb bb. | 8                    |                |                         |               |            |          |                      |

#### Wetterprognose für Dienstag, den 4. April 1911.

Zellwelle aufsteigend, aber nicht und unbedeutend mit einzelnen Regen, Schnee- oder Graupelstauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 1. April verstarb unser  
Genosse, der Arbeiter  
**Alex Roschack**  
Kantowener Str. 3.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes,  
Räuberstraße Ecke Seestraße, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Bezirk Mahlsdorf.**  
Den Parteigenossen und Ge-  
nosseinnen machen wir die traurige  
Mitteilung, daß die  
**Frau unseres Genossen**  
**Karl Schmidt**  
verstorben ist. 288/8  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 4. d. Mts., nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, vom Trauer-  
haus, Bahnhofstr. 14 aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Sängerchor Wedding.**  
Den Sangesbrüdern zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied  
**Alex Roschack**  
am Sonnabend verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
auf dem Städtischen Friedhof See-  
straße, Ecke Rälterstraße, statt.  
Die Sangesbrüder treffen sich  
um 3 1/2 Uhr bei Gladom, Lieben-  
walderstraße 42.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
1087/8

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für **Schöneberg.**  
Bezirk 2.  
Am 31. März verstarb nach  
langem Leiden unser Mitglied, der  
Sattler  
**Robert Rautenberg**  
im Alter von 46 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Schöneberger  
Friedhofes, Südostgelände (Wante-  
Hölle), aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
15/10  
Mitglieder des Gesangsvereins  
Schöneberger Männerchor treffen  
sich beim Gastw. Bintel, Straße 12a,  
4 1/2 Uhr.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schmied  
**Karl Röhr**  
am 1. d. M. an Herzleiden ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 4. April cr., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Hellands-Richhofes in  
Vidzensee, aus statt.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Alexander Roschak**  
am 1. April an Lungenleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes  
in der Seestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung ermarct  
114/17 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
**Bezirk Rixdorf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Boden-  
leger  
**Gustav Simund**  
am 1. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Jakobi-Richhofes, Hermannstraße  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
81/11 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband**  
**der Lederarbeiter.**  
Filiale Berlin I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Handschuh-  
macher  
**Richard Walter**  
am 31. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 5. April, nachmittags  
5 Uhr, von der Halle des Holz-  
arbeiter-Richhofes, Varusstraße, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
144/7 Der Vorstand.

**Verband der Sattler**  
**und Portefeullier.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Rittstärker  
**Robert Rautenberg**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Schöneberger  
Richhofes (Wante Hölle) aus statt.  
Jahrelange Beteiligung ermarct  
156/14 Die Ortsverwaltung.

Am 1. April, mittags 7 1/2 Uhr,  
verstarb nach längerem  
Leiden mein guter Mann, unser  
lieber Vater, Bruder und  
Schwager, der Fuhrer  
**Albert Lindow.**  
Dies zeigt Hestkräft im Namen  
der Hinterbliebenen an  
**Emma Lindow.**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 4. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes  
in Wieders-Schönhausen, Buchholzer  
Straße, aus statt. 1089/5

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
**Zweigverein Berlin.**  
**Sektion der Fuhrer.**  
Unseren sowie den Mitgliedern  
des Gesangsvereins zur Nachricht,  
daß das Mitglied  
**Albert Lindow**  
am 1. April nach langem, schwerem  
Leiden im Alter von 39 Jahren  
verstorben ist. 137/17  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag nachmittags 4 Uhr von  
der Leichenhalle des Gemeinde-  
Friedhofes in Wieders-Schönhausen,  
Buchholzer Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die dril. Verwaltung.

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Höchste Leistungsfähigkeit  
durch Selbstfabrikation  
aller besseren Qualitäten.  
Stepps à 2,50, 4, 6, bis 250 M.  
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50  
Echt. Kameelhaar à 10 bis 36  
**Spezialkatalog**  
mit ca. 650  
Abbildung. gratis u. franko.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
**Stoffe**  
Cheviot, Kammingen, Foden  
f. Vetter, Berlin Str. 150, 2 50 M.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der  
Kleiner schwarzer  
**Rehpintscher,**  
auf den Namen Rihel hören, ist in  
Rahlsdorf am Sonntag nachmittag  
abhanden gekommen. Gegen hohe  
Belohnung abzugeben Hotel Ralfer-  
hof, Ralferhof. 1090/6  
**Hygienische Bedarfs-**  
**artikel**  
**Drogerie Zarenba,**  
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhäger  
Lor. Günstige Bezugskunde  
Berlin f. zur benachbarten Randschalt



Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 3. April, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: Finanzminister Lenke.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Reinigung öffentlicher Wege. Unterstaatssekretär v. Coels v. d. Brüggen: Der Gesetzentwurf will vor allem klares Recht schaffen auf dem Gebiet der Straßenreinigungspflicht, das jetzt so sehr umstritten ist. Er vermeidet es, die Straßenreinigungspflicht dort einzuführen, wo sie bisher noch nicht bestand. Zahlreiche Hausbesitzervereine haben sich gegen den Gesetzentwurf erklärt. Sie wollen die Reinigungspflicht möglichst auf die Gemeinden übertragen wissen. Die Regierung hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Straßenreinigung in vielen Fällen besser, zweckmäßiger und billiger durch die Hausbesitzer erfolgt. In den Selbstverwaltungskörpern haben die Hausbesitzer auch so großen Einfluß, daß sie nicht durch die Gemeindebehörden übermäßig belastet werden können.

Abg. Braemer (L.) begründet einen Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Gemeindef Kommission und bemängelt Einzelheiten der Vorlage.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Bedenklich scheint mir in dem Entwurf die Rücksichtnahme auf die Oberheranz. Der Zweck des Gesetzes ist doch, die bestehenden Unklarheiten zu beseitigen. Diese Absicht wird aber durchkreuzt, wenn man die Oberheranz bestehen läßt. Das Gesetz sollte ferner eine Bestimmung enthalten, wonach die Gemeinde nicht berechtigt ist, ihre Wegereinigungspflicht einfach auf die Adjazenten abzuwälzen. Wenn auch die Adjazenten zur Reinigung der Straßen herangezogen werden, so muß die Gemeinde doch immer die Reinigungspflicht behalten. Es muß auch verhindert werden, daß alle Einzelheiten der Reinigungsbestimmungen durch Ortsstatut bestimmt werden. Das könnte leicht zu Schikanen führen. Im § 10 wird für alle Streitigkeiten über die Reinigungsbestimmungen das Verwaltungsstreitverfahren als zuständig erklärt. Es ist charakteristisch für preussische Verhältnisse, daß allenthalben nach Möglichkeit das Verwaltungsstreitverfahren gefördert und das ordentliche Gericht ausgeschaltet wird. Ein schönes Vertrauensvotum für das ordentliche Gerichtsverfahren, das die Rechtsicherheit garantieren soll. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Beim § 7 des Entwurfs wird den Agrariern wieder ein kleiner Extrapost dadurch gesichert, daß den Grundbesitzern das Recht gegeben wird, einfach den Adjazenten die Reinigungspflicht aufzuerlegen. Man kann in Preußen hinsehen, wo man will, überall sieht man die eifrigste Tätigkeit zur Förderung der Interessen der Agrarier. Gegenüber diesem agrarischen Zielbewußtsein ist das sozialdemokratische Zielbewußtsein nicht konkurrenzfähig. Es ist bedauerlich, daß auch diesem Gesetz durch den § 7 ein ausgeprägter agrarisch-politischer Charakter aufgeprägt wird. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Auch die Abg. Bing (Z.), Eder-Winsen (natl.), v. Bonin (L.) und Veltasohn (Sp.) bemängeln verschiedene Einzelheiten der Vorlage.

Die Vorlage wird der Gemeindef Kommission überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Lottergesellschaften, die Veräußerung von Inhaberpapieren mit Prämien und den Handel mit Lotterielosen.

Finanzminister Lenke: Der Gesetzentwurf will das Publikum schützen vor dem unredlichen Loshandel, der bisher durch das Reichsgesetz noch nicht getroffen werden kann. Es will diejenigen treffen, die das Publikum dazu verleiten, erhebliche Aufwendungen zu machen für Lose, die nur geringe Gewinnchancen bieten. Besonders die sogenannten Prämien- und Serienlose richten viel Unheil an, und dem will das Gesetz entgegenwirken. 1

Abg. Dr. Fehr. von Erffa (konf.) ist mit der Grundtendenz des Gesetzes einverstanden und beantragt Verweisung des Entwurfs an die verstärkte Justizkommission.

Abg. Reinhard (Z.) ist gleichfalls mit dem Prinzip des Gesetzes einverstanden, äußert aber Bedenken, daß das Gesetz in einzelnen Bestimmungen nicht im Einklang mit dem Reichsgesetz steht.

Abg. Boidly (natl.) wünscht ein möglichst engmaschiges Gesetz, wogegen sich fürchten sei, daß die Loschwindler doch immer noch ihre Opfer finden würden.

Abg. Veltasohn (Sp.): Die Bekämpfung der Spielsucht haben wir immer verlangt, der Staat fördert sie aber leider selbst durch seine Lotterie und den Totalisator. Die Materie dieses Gesetzes ist eigentlich der Reichsgesetzgebung überlassen. Ein Reichsgesetz würde die Mißstände auch viel besser beseitigen können.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir sehen hier wieder die Sucht, immer neue Strafgesetze zu erlassen. Gewiß muß der Schwindel verfolgt werden, aber die heutigen Gesetze reichen aus. Alles kann man nicht kriminell erfassen. Ich weiß nicht, ob man, wie § 1 will, die Gründung zivilrechtlich zulässiger Gesellschaften verfolgen und verbieten darf. Der Gesichtspunkt der unredlichen Gesellschaften ist nicht in das Gesetz hineingekommen. Das Reichsrecht nimmt bei Rückfall an, daß die Strafe wirkungslos gewesen ist; sehr bedenklich ist hier die Festung des Rückfallparagrafen. Im § 9 wird jede kleine Ordnungswidrigkeit kriminell geahndet und § 10 widerspricht geradezu dem Reichsstrafrecht, da er den Begriff der fortgesetzten Handlung trotz dem einmal gefassten, einheitlich durchgeführten Vorsatz ausschließt. Aus dem allgemeinen Teil des Reichsstrafgesetzbuchs ergibt sich klar die Definition der fortgesetzten Handlung. Durch einzelstaatliches Gesetz will man die Möglichkeit viel höherer Strafe erlangen, als sie das Reichsgesetz vorsieht. Man will nicht nur die Ausübung der Spielsucht verhindern, sondern der Fatalismus will dem Staat ein

Monopol auf die Ausbeutung der Spielsucht

sichern. Ein Staat, der den Totalisator hat, hat kein Recht, sich moralisch über Ausbeutung der Spielsucht zu entrüsten und ebensomienig das Finanzministerium, das sich besonders ins Zeug legt und das doch den staatlichen Spielunternehmungen vorsteht (Brauo! bei den Sozialdemokraten).

Rachdem Abg. Dr. Grunenberg (Z.) gewünscht hatte, daß man den Generalunternehmern den Vorvertrieb zu einem gewissen Zusatzlagssatz gestatte, wird die Vorlage der Justizkommission überwiesen.

Es folgt die Uebersicht über die Verhandlungen des Gesamtwasserstraßenbeitrags.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir begrüßen die Einführung des Schlepptomopols, obgleich wir keine Lust haben, dieser Regierung noch mehr Arbeiter zu unterstellen. Wir hoffen aber doch, daß Preußen aus einem unfreien zu einem Kulturstaat werden wird! Gleich dem Minister erkennen auch wir einen Entschädigungsanspruch der jetzigen Schlepptomopolunternehmer nicht an, aber was ist die für den Ankauf ihrer Schiffe festgesetzte nur 50prozentige Abschreibung vom Anschaffungspreis anderes, als eine sehr erhebliche Entschädigung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind entschieden dagegen, daß die Unternehmer durch das Schlepptomopol ein solches Geschäft machen. Dagegen erklärt die Regierung, auf die Arbeiter, die nicht übernommen wurden, brauche der Staat keine Rücksicht zu nehmen. Wir fordern unbedingt eine dem Lohn entsprechende Entschädigung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei der Reichsfinanzreform haben auch die Unternehmer Liebessgaben bekommen, während man unsere Anträge auf Unterstützung der Arbeiter abgelehnt hat. Den Beamten aber erkennt man eine Schadloshaltung zu! Nicht nur die Billigkeit, sondern der Anspruch er-

fordern Unterstützung der entlassenen Arbeiter. Wir protestieren gegen das hierbei befolgte, geradezu den guten Sitten widersprechende Verfahren und werden von der Entscheidung über diese Frage unsere Zustimmung zur Einführung des Schlepptomopols abhängig machen. Bezeichnend ist, daß die Arbeiterannahme nach einer Verordnung von 1846 geregelt ist. Die Anstellung und Entlassung von Arbeitern bei dem Kanalbau in Hannover geschieht in sehr wenig anständiger Art. Das Essen der Arbeiter wird von den Beamten nicht in den Eßräumen der Arbeiter kontrolliert, sondern in einem Restaurant für Beamte und Fremde. Da bekommen die kontrollierenden Beamten natürlich gar nicht das Essen der Arbeiter vorgefetzt. Manchmal meldet sich sogar die Kontrolle vorher. Im Widerspruch zu § 8 der Verordnung von 1846 werden die Arbeiter über den zu erwartenden Lohn im Dunkeln gelassen. Diese einzige, nicht schlaunföhe Bestimmung der Verordnung wird nicht beachtet, die anderen um so mehr. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es existiert bei den Kanalarbeitern durch die Polizei ein Spießsystem. Wenn sich herausstellt, daß ein Arbeiter sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich organisiert ist, so

verlangt die Polizei die Entlassung.

Oft genug bekommen die auf diese Weise Entlassenen nicht einmal ihren Lohn rechtzeitig ausgezahlt. Es ist so, daß alle Bestimmungen, die gegen die Arbeiter sprechen, durchgeführt werden, nicht aber die für die Arbeiter. Bedenklich scheint mir die Rücksichtnahme auf die angebliche Leutenot in der Landwirtschaft, die darin zum Ausdruck kommt, daß man landwirtschaftliche Arbeiter möglichst fernhalten und vor allem ausländische Arbeiter heranziehen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Heranziehung ausländischer Arbeiter soll also erleichtert werden, obwohl Hunderte von deutschen Arbeitern, die sich zum Kanalbau gemeldet haben, keine Arbeit erhalten haben. Gegen dieses Verfahren erheben wir Einspruch. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von der Rechten sollten doch auch hier „patriotisch“ handeln und verlangen, daß für Arbeiten des preussischen Staates in erster Linie preussische Arbeiter herangezogen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Stadt Hannover kann man nicht zumuten, die Kosten für einen Hafen aufzubringen, der für die Stadt gar kein Interesse hat. Loyal hat der Staat nicht gegen die Stadt Hannover gehandelt. Wir wünschen nur, daß die Entscheidung, die die Stadt Hannover bisher dem Minister gegenüber bewiesen hat, beibehalten wird. Es ist übrigens interessant: der frühere Minister sagte: gebaut wird er doch, und der jetzige Minister wird von den Konservativen gezwungen, den

Antikanaleib

zu leisten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er muß den Eid leisten, daß ihm auch nicht entfernt der Gedanke gekommen sei an eine Verlängerung des Kanals. Dieser Antikanaleib befähigt den Minister, von den Konservativen als Minister für das Verkehrswesen bezeichnet zu werden. Er muß aber dadurch notgedrungen als Minister gegen das Verkehrswesen wirken. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär v. Coels von der Brüggen: Der Vorredner übertrifft, daß die Allerhöchste Verordnung von 1846 ständig in Anwendung gewesen ist. Sie ist eine erstklassige Verordnung. Wenn der Vorredner behauptet, daß einheimische Arbeiter zurückgewiesen worden sind zugunsten ausländischer Arbeiter, so sieht die Regierung der Mitteilung von Einzelfällen entgegen. Wir werden diese Fälle genau untersuchen.

Abg. Reinert (Soz.): Ich stelle nur fest, daß die Regierung eine Verordnung von 1846 heute im Jahre 1911 als erstklassige für die Arbeiter bezeichnet. Das kennzeichnet den Standpunkt, den die Regierung den Arbeitern gegenüber einnimmt.

Die Uebersicht wird zur Kenntnis genommen. Es folgt die Uebersicht über die Verteilung der nach § 53 des Lehrerbildungsgesetzes zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen an Schulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen bereitgestellten Mitteln.

Abg. Dingmann (natl.) wünscht, daß im nächsten Jahre eine dem Gesetz entsprechende vollständige Uebersicht vorgelegt werde.

Ein Regierungskommissar stellt eine solche schon für die laufende Tagung in Aussicht.

Die Uebersicht wird zur Kenntnis genommen. Es folgen

Petitionen.

Ueber eine Petition des Provinzialvereins rheinischer und westfälischer Volksschullehrerinnen in Schwelm um Gleichlegung der Ferien der Volksschulen mit denen der höheren Schulen, beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Delius (Sp.) beantragt, Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Abg. Hoffmann (Soz.): Dem Vorredner schließe ich mich an. Was die Ferien für die armen, in den Winterferien zusammengebrängten, auf der Straße spielenden Großstadtkinder bedeuten, brauche ich nicht auszuführen. Leider läßt es das Eisenbahnministerium an jeder Förderung von Schülerausflügen von Berlin aufs Land fehlen.

Abg. Dingmann (natl.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Dr. Schrey (Sp.) wendet sich gegen Ausführungen des Regierungsbetreters in der Kommission und wünscht mit dem Abg. Hoffmann, daß die Eisenbahnverwaltung den Bestrebungen, die Kinder ins Freie hinauszubringen, mehr entgegenkommen möge.

Der Antrag Delius wird abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Ueber Petitionen von Direktoren, Rektoren, Oberlehrern, Lehrern u. a. gegen die Verstärkung des weiblichen Einflusses im Mädchenschulwesen und gegen die Zulassung der weiblichen Leitung öffentlicher Mädchenschulen beantragt die Kommission, zur Tagesordnung überzugehen und hierdurch die Petition des Landesvereins Preussischer Volksschullehrerinnen in Berlin um Ablehnung dieser Petitionen für erledigt zu erklären.

Abg. Reinert (Soz.):

Ich kann dem Antrag der Kommission nur zustimmen. Die Ueberhebung und Arroganz, die in der Petition der Oberlehrer zum Ausdruck kommt, muß aber entschieden niedriger gehängt werden. Es wird da gefogt, die Lehrerinnen könnten im Verkehr mit dem Publikum nicht die nötige rücksichtslose Schärfe aufbringen, wie ein Mann; ferner wird erklärt, ein Mann, der unter der Leitung einer weiblichen Person stehe, werde dadurch in der öffentlichen Meinung herabgesetzt. Dabei haben wir sogar weibliche Monarchen. Durch diese Petition haben sich allerdings ihre Unterzeichner selbst in der öffentlichen Meinung herabgesetzt und erwiesen, daß sie zur Erziehung der weiblichen Jugend höchst ungeeignet sind. Schließlich erklären die Petenten, es würde durch die weibliche Schulleitung die „schwere politische Gefahr“ heraufbeschworen, daß das weibliche Element überhaupt die

soziale und politische Gleichberechtigung

mit all ihren verderblichen Folgen“ erlangen könnte. Diese „gelehrten Herren“ scheinen gar nicht zu wissen, daß in skandinavischen Ländern die politische Gleichberechtigung der Frau schon durchgeführt ist und durchaus segensreich gewirkt hat. Ich möchte die Arroganz dieser Petition nur in aller Öffentlichkeit brandmarken und begreife es um so mehr, daß die Gegenpetition der Lehrerinnen von so vielen Männern der Schule unterstützt worden ist, die damit von jenen Rückschrittlern abgerückt sind. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident von Aröcher schlägt für die nächste Sitzung am Mittwoch die Tagesordnung vor: 1. Bericht der Wahlprüfungs Kommission über das Mandat des Abg. Ehlers. 2. Bericht der Geschäftsordnungskommission über den schleunigen Antrag Borgmann (Soz.) und Gen. betreffend die Disziplinartrafverfolgung des Abg. Dr. Liebknecht. Abg. Hoffmann (Soz.) bittet, den zweiten Punkt, betreffend die Strafverfolgung des Abg. Dr. Liebknecht, von der Tagesordnung abzufehen, da der mit dieser Angelegenheit betraute Abg. Kirch durch dringliche Geschäfte am Erscheinen verhindert sei.

Bei der Abstimmung wird die Abhebung des Punktes 2 nach dem Antrag des Abg. Hoffmann gegen die Stimmen der Konserwativen beschloffen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, 11 Uhr. (Bericht der Wahlprüfungs-Kommission, Petitionen.)

Versammlungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. In der Mitgliederversammlung der Filiale Berlin, die am Donnerstagabend in „Dräsel's Festsalen“ stattfand, wurde zuerst die Stichwahl über die Delegierten zur Generalversammlung in München vorgenommen. — Der Vorsitzende Rich erläuterte dann den gedruckt vorliegenden Jahresbericht der Ortsverwaltung. Der Bericht handelt zunächst von dem Reichstarif für das Malergewerbe, dessen Durchführung hier ziemlich gut von statten ging, wenn auch einige Unternehmer sich gegen die Erhöhung der Löhne sträubten. Vor allen Dingen aber war es die Verkaufsklausel, die für Berlin Schwierigkeiten machte und noch nicht zustande gekommen ist. Der Lohnbewegung in der Küchenmöbelbranche wird besonders Erwähnung getan. Die Bewegung hatte ein befriedigendes Ergebnis, indem eine Lohnerhöhung und andere Forderungen durchgesetzt wurden. In dieser Branche sind in 73 Betrieben 285 Leute beschäftigt, davon sind 236 organisiert (225 im Malerverband und 49 nicht organisiert). Im Bericht werden noch 12 Fälle von Differenzen mit den Unternehmern resp. die Beteiligung von Mitgliedern des Verbandes an Streiks und Aussperrungen angeführt, die fast immer zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt wurden.

Der Kampf des Verbandes um ein Verbot der bleiblichen Farben nimmt unter dem Titel „Soziales“ einen bemerkenswerten Teil des Berichts ein.

Die Lautenkontrolle im Frühjahr 1910 ergab, daß von 1309 Beschäftigten (auf 217 Bauten) 912 Organisierte waren, davon gehörten 901 zum Malerverband. Die Lohnarbeit war überall vorherrschend, trotzdem die Unternehmer bestrebt waren, die Arbeitszeit auszuweihen. Die tarifliche Arbeitszeit wurde fast überall eingehalten.

Staatliche Erhebungen über die Verhältnisse in den Wagenfabriken und in den Möbelfabrikereien werden im Bericht angeführt, mit Rücksicht auf die in diesen Betrieben beschäftigten Maler und Lackierer.

Der Arbeitsnachweis ist im Berichtsjahre stärker in Anspruch genommen als vorher. Es sind Verhandlungen im Gange, um verschiedene gewünschte Verbesserungen in der Benutzung einzuführen. Einschreiben helfen sich 10 476 Personen mit Gebühren, 1183 ohne Gebühren; im Vorjahre (1909) 8644 Personen mit Gebühren, 1068 ohne Gebühren. Im Jahre 1910 wurden 10 289 Stellen gemeldet und 7218 besetzt; im Jahre 1909 wurden 7047 Stellen gemeldet und 5872 besetzt.

Das Ortsstarifamt hielt im Laufe des Jahres 7 Sitzungen ab und erledigte eine Reihe von Streitfällen. Gegenstand der Beratung war mehrmals die Leistungsklausel, ohne daß ein Resultat erzielt wurde.

15 Versammlungen des Verbandes fanden im Berichtsjahre statt, ferner 20 Vorstandssitzungen, 9 Verwaltungssitzungen und eine Konferenz. Zur Agitation wurden Bezirksversammlungen veranstaltet. 115 000 Flugblätter und Handzettel gelangten zur Verteilung. Mit Ablauf des Jahres 1910 sind 10 Jahre verstrichen, seitdem sich die Organisation in größerem Maße am Orte ausgebildet hat. Am Schlusse des Jahres 1910 wurden 653 Mitglieder gezählt, 1910 waren es 5977. Dementsprechend sind auch die Kassenvorhältnisse und die Leistungen des Verbandes gewachsen. Am Schlusse des Jahres 1909 betrug der Kassenbestand 61,44 M., 1910 betrug er 100 812,53 M. Im Jahre 1901 betragen die gesamten Ausgaben 13 265,32 M., im Jahre 1910 dagegen 125 739,51 M.

Aus den Angaben über die Mitgliederbewegung im Berichtsjahre ist zu ersehen, daß zu dem Bestand von 5879 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1909 ein Zugang von 2693 zu verzeichnen war, dagegen betrug der Abgang 2565, so daß der Bestand am Schlusse des Jahres 1910 sich auf 5977 erhöht hatte. Davon zählte die Sektion der Lackierer 674 Mitglieder. Die Krankenunterstützung wurde an 964 Mitglieder für 20 228 Tage gezahlt. Die Unterstützung in Sterbefällen erhielten 21 Frauen mit 46 Kindern oder andere Hinterbliebene für 22 Mitglieder.

Der Kassenbericht zeigt für die Hauptklasse in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 93 927,36 M. Für die Filiale ist eine Einnahme von 133 011,59 M., eine Ausgabe von 31 812,15 M. gebucht. Insgesamt beträgt die Einnahme 226 938,95 M., die Ausgabe 125 739,51 M. Nebenher bleibt als Bestand die Summe von 100 812,53 M. An Unterstützungen wurden aus der Hauptklasse gezahlt: für Streiks 408,70 M., Krankenunterstützung 14 704,05 M., Reiseunterstützung 302,86 M., Sterbegelder 1920 M., Gemahregeltenunterstützung 162,20 M., Rechtschutz 104,30 M., Arbeitslosenunterstützung 6246,50 M. Dazu kamen noch Zuschüsse aus der Filialkasse, unter anderem 82 M. zur Unterstützung für Streikende, 154,30 M. für Gemahregelte. Für die streikenden Bauarbeiter bewilligte die Kasse 2600 M.

Die Bibliothek umfaßt (mit den Sammlungen in entfernten Bezirken) 1418 Bände, davon wurden 1156 ausgeliehen.

Die Sektionsleitung der Lackierer erhielt einen besonderen Bericht, in dem ausgeführt wird, daß die Mitgliederzahl gewachsen ist und daß die Agitation sehr reger war. Die Möbelfabrikierer wollen in nächster Zeit Lohnforderungen stellen. In den Wagenfabrikerien ist es dagegen noch etwas schwer, Fuß zu fassen. 502 Mitglieder wurden am Anfang und 674 am Schlusse des Berichtsjahres gezählt. Es fanden im Berichtsjahre 11 Sektionsversammlungen, 13 Bezirksversammlungen, 108 Werkstattversammlungen, 13 Bezirksversammlungen und 54 Werkstoffbesprechungen statt. Zur Regelung der inneren Geschäfte waren 15 Vorstandssitzungen, 9 Vertrauensmännerkonferenzen und 2 Bezirksführersitzungen nötig. Eine längere Diskussion entspann sich über den gesamten Bericht, in der mancherlei Kritik geübt wurde, besonders in bezug auf den Arbeitsnachweis. Einige Redner verurteilten es scharf, daß bei der Vergebung der Arbeiten für den Bau der Konsumgenossenschaft in Lichtberg die Abmachungen nicht eingehalten wurden, indem man den vorläufigen Arbeitsnachweis nicht gebührend berücksichtigte. Ein Redner wünschte, daß die Mitglieder durch Vorträge über den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit belehrt würden. Ein Antrag wurde eingebracht, dahinlautend, daß bei Wahlen für Aemter, die der Verband zu vergeben hat, verlangt werde, daß die Kandidaten 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Dieser Antrag wurde angenommen. Die dann vorgenommenen Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben das folgende Resultat: H. Rich, Bevollmächtigter, Joh. Klum, Kassierer, M. Stein, Schriftführer; Klotz und Richter, Beisitzer; Stein und Hausen, Revisoren.

Rachdem am nächsten Tage festgestellten Resultat der Stichwahlen im ganzen Bezirk Berlin wurden als Delegierte zur Generalversammlung in München gewählt: Nicolai, Stein, Wenig, Bel, Rom.





# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

## Glas - Porzellan

soweit Vorrat

### Porzellan Serien-Geschirr

MÜNCHEN, moderne ovale Form mit sparter Rosengirlande.

|                                  |                 |
|----------------------------------|-----------------|
| Teller flach oder tief . . . . . | 33 Pf.          |
| Dessertteller . . . . .          | 28 Pf.          |
| Terrinen . . . . .               | 2 <sup>90</sup> |
| Ragoutschüsseln . . . . .        | 2 <sup>10</sup> |
| Bratenplatten oval . . . . .     | 95 Pf.          |
| Kaffeekannen . . . . .           | 45 Pf.          |
| Kaffetassen . . . . .            | 25 Pf.          |

### Sonder-Angebot für Restaurateure

|                                  |        |
|----------------------------------|--------|
| Teller flach oder tief . . . . . | 15 Pf. |
| Dessertteller massiv . . . . .   | 12 Pf. |
| Obertassen massiv . . . . .      | 10 Pf. |
| Rotweinkelche . . . . .          | 12 Pf. |
| Moselweinkelche . . . . .        | 20 Pf. |
| Teebecher mit Borde . . . . .    | 9 Pf.  |
| Wassergläser gepresst . . . . .  | 5 Pf.  |

|  |        |
|--|--------|
| Bierbecher „Viktoria“ 1/10 L. 1/4 L. . . . .             | 12 Pf. |
| Bierbecher „Viktoria“ m. Goldrand . . . . .              | 15 Pf. |
| Bierbecher „Viktoria“ m. Goldrand, geschliffen . . . . . | 23 Pf. |
| Bierseidel 1/4 L. 3/10 L. . . . .                        | 18 Pf. |
| Landwehrtöpfe 3/10 Liter . . . . .                       | 22 Pf. |
| Landwehrtöpfe 5/10 Liter . . . . .                       | 32 Pf. |
| Kognakschalen gepr. . . . .                              | 5 Pf.  |

### Wasch-Garnituren

|   |      |
|---|------|
| Strassburg . . . . . 5 tellig                 | 275  |
| Wien . . . . . 5 tellig                       | 290  |
| Königsberg . . . . . 5 tellig                 | 395  |
| Nervy . . . . . 5 tellig                      | 525  |
| Helene . . . . . 5 tellig                     | 650  |
| Marga . . . . . 5 tellig                      | 725  |
| Lord . . . . . 5 tellig                       | 1050 |
| Toilette-Eimer mit Bügel u. Einlage . . . . . | 395  |

## Wirtschafts-Artikel

|   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| Aufwaschtische . . . . .  | 29 <sup>50</sup> 47 <sup>50</sup> |
| Waschtische ganz geschlossen u. lackiert, mit dekoriert. Garnitur . . . . . | 14 <sup>50</sup> 17 <sup>50</sup> |
| Fleckenapotheken . . . . .  | 90 Pf. 1 <sup>35</sup>            |
| Spülbürstenbleche mit Bürsten . . . . .                                     | 90 Pf. 1 <sup>05</sup>            |
| Wäschemangeln prima Hartholzwalzen . . . . .                                | 17 <sup>50</sup> 18 <sup>50</sup> |

|   |   |
|---|---|
| Messerputzmaschin. . . . .                            | 3 <sup>25</sup> 5 <sup>25</sup>                 |
| Spirit-Bügeleisen vernickelt . . . . .                | 4 <sup>50</sup> 5 <sup>25</sup>                 |
| Gasplätten vernickelt, 2 Kissen und Erhitze . . . . . | 4 <sup>25</sup>                                 |
| Plättbretter . . . . .                                | 17 <sup>5</sup> 2 <sup>45</sup> 3 <sup>75</sup> |
| Aermelplättbrett bezogen . . . . .                    | 38 Pf.  |

|   |   |
|---|---|
| Gardinenspanner . . . . .                 | 10 <sup>50</sup>                                |
| Schoner f. Wasserleitung . . . . .        | 90 Pf. 1 <sup>25</sup>                          |
| Flüssiges Putzmittel „The Best“ . . . . . | 25 Pf.  |
| Garder-Leisten Stck. . . . .              | 35 bis 70 Pf.                                   |
| Tritleitern . . . . .                     | 17 <sup>5</sup> 2 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup> |

|   |   |
|---|---|
| Servier-Bretter echl. Eiche, ca. 60 x 30 cm . . . . . | 185   |
| Kaffeemühlen . . . . .                                | 90 Pf. 1 <sup>10</sup>                          |
| Kaffeemühlen Deiftdek. . . . .                        | 245   |
| Fleischmühlen . . . . .                               | 17 <sup>5</sup> 2 <sup>45</sup> 2 <sup>90</sup> |
| Gaskocher eine Flamme und eine Wärmezelle . . . . .   | 350   |

### Bürstenwaren

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Teppich-Kehrmaschin. . . . .       | 7 <sup>50</sup> 9 <sup>25</sup> 12 <sup>00</sup> |
| Kehrbesen Rosshaar . . . . .       | 1 <sup>00</sup> 2 <sup>45</sup> 2 <sup>90</sup>  |
| Handfeger Rosshaar . . . . .       | 95 Pf. 1 <sup>15</sup> 1 <sup>30</sup>           |
| Straussf.-Abstäuber . . . . .      | 60, 80, 95 Pf., 1 <sup>25</sup>                  |
| Teppich-Handfeger Wurzel . . . . . | 45, 55, 75 Pf.                                   |

### Stahlwaren

|  |                        |
|--|------------------------|
| Columbus-Korkzieher prima vernickelt . . . . . | 95 Pf.                 |
| Wiegemesser einschneidig . . . . .             | 70, 85 Pf.             |
| Wiegemesser zweischneidig . . . . .            | 125 150 175            |
| Petersilien-Wiegemesser einf. . . . .          | 50 dopp 95 Pf.         |
| Hackemesser prima . . . . .                    | 95 Pf. 1 <sup>10</sup> |
| Küchenbeile . . . . .                          | 90 Pf. 1 <sup>15</sup> |

|                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| Waschfässer                         |   |
| Zink-Drahteinlage . . . . .         | 6 <sup>25</sup> 8 <sup>50</sup> 9 <sup>75</sup>                                 |
| Waschfässer Zinkm. Wulst . . . . .  | 9 <sup>75</sup> 11 <sup>50</sup> 13 <sup>50</sup>                               |
| Waschzober Zink . . . . .           | 6 <sup>50</sup> 8 <sup>00</sup> 10 <sup>00</sup>                                |
| Waschtöpfe stark verzinkt . . . . . | 2 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup> 3 <sup>00</sup>                                 |
| Aufwaschwannen                      |   |
| verzinkt oval . . . . .             | 1 <sup>10</sup> 1 <sup>35</sup> 1 <sup>65</sup> 2 <sup>00</sup> 2 <sup>25</sup> |

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

### Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.** Geschäftszelt täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal rot und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Aromatisch Kräftig Ergiebig

## Bären-Kaffee

Aromatisch Kräftig Ergiebig

überall käuflich.

### Syphilis-Nachweis

In allen frisch u. veraltet, zweifelhaft Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; bezgl. Darm (spez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und Robrenstraße, I. 8724. Perf. Rückpr. distr. u. telefon. Geöffnet von 8—8 Sonntags von 12—1.

### Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

### Lege-Hühner

garantiert junge, beste Lege, empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., Werlannenstr. 34.

## Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher Gastwirts-Artikel.

L. Katz & Co., Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt. Filialen: Rixdorf, Borgstr. 65, am Bahnhof. Brandenburg a. H., Hauptstr. 59-60.

## 2 Jahrzehnte

schon sind sich Radfahrer und Fachleute über die großen Vorzüge des

## Continental Pneumatik

einig. — Heute zeigt sich noch dasselbe Bild: Continental immer noch

## an der Spitze

Continental-Caoutchouc- und  Guffa-Percha-Co., Hannover

## MANOLI Cigarettes

Beliebte Specialmarken  
**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**

Krankenkassenkongreß.

An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich!

Nach den Beschlüssen der Reichskommission der Krankenkassen vom 25. März 1911 und der Reichskonferenz der Krankenkassen-Vereinigungen im Deutschen Reich vom 26. März 1911 berufen wir hiermit den

VI. Allgemeinen Krankenkassen-Kongreß zum Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, „Neue Welt“, Hasenheide 108-114, ein.

Tagesordnung:

- 1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstages.
2. Die Familienversicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten.
3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiete der Krankenversicherung.

Wir erfordern die geehrten Kassenvorstände unerbittlich hierzu Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu beschicken. Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Kongreßteilnehmer 6 M.

Es werden an die einzelnen Kassen auch noch schriftliche Einladungen ergehen.

Berlin, den 30. März 1911.

Engel-Ufer 15

Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen.

E. Simanowski, Vorsitzender.

Hilfskassenkongreß.

An die Vorstände der Freien Hilfskassen Deutschlands!

Die Kommission zur Beratung der Vorlage zur Reichsversicherungsordnung hat nunmehr ihre Arbeiten, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, beendet. Nach den Beschlüssen dieser Kommission werden die Hilfskassen als vollberechtigte Kassen ausscheiden müssen, da alle Bestimmungen, die die Existenzmöglichkeit einer Ersatzkasse von vornherein ausschließen, beibehalten worden sind.

Inzwischen hat die Regierung auch den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes eingebracht. Auch hier ist es notwendig, daß sich die Hilfskassen eingehend mit diesem Entwurf beschäftigen.

Die unterzeichnete Kommission beruft daher zum 29. April 1911 einen Hilfskassenkongreß ein, der in Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, abgehalten werden soll. (Beginn 9 Uhr vormittags.)

Tagesordnung:

- 1. Die Reichsversicherungsordnung und die eingeschriebenen Hilfskassen.
2. Der Entwurf des Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes.
3. Beratung der vorliegenden Anträge.

Bei der Wichtigkeit der vorliegenden Entwürfe erwarten wir, daß sämtliche Hilfskassen auf dem Kongreß vertreten sein werden. Jede Hilfskasse oder Hilfskassenvereinigung soll sich durch einen oder mehrere Delegierte vertreten lassen. Diese haben sich durch ein von ihrem Vorstand ausgestelltes Mandat zu legitimieren. Auf demselben ist auch die Zahl der Mitglieder der betreffenden Kasse anzugeben. Anträge, die auf dem Kongreß zur Beratung kommen sollen, sind spätestens bis 18. April an die unterzeichnete Kommission einzusenden.

Die Kommission der Hilfskassen Deutschlands.

G. Schaab, Altona, Gustavstr. 25.

J. Zaffke, C. Deisinger, G. Blume, W. Themar, C. Thiem.

Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Schulz, Friedrichstr. 10. Tagesordnung: 1. Der Stand der kommunalpolitischen Verhältnisse in Johannisthal. Referent: Stadtv. Franz Thuro w - Rigdorf. 2. Diskussion. Der Vorstand.

Rövenik. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Stadttheater (Dito): Wahlvereinsversammlung.

Marienthal. Mittwoch, den 5. April: Mitgliederversammlung bei Schuster, Kirchstraße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Benz: „Die Reichsversicherung“.

Rehndorf. Die diesmalige Monatsversammlung findet eine Woche früher, am Mittwoch, den 5. d. Mts., und zwar in Falkenberg im Lokal des Genossen Schäfer am Wasserum statt. Tagesordnung: Wahl zweier Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung; Vereins- und lokale Angelegenheiten sowie erneute Beschlußfassung über die örtliche Lokalperre.

Beiträge werden vor Beginn der Versammlung in Empfang genommen. Diejenigen Mitglieder, die sich bisher zur Kontrolle über die Gemeindefortschritte nicht gemeldet haben, werden ersucht, ihre Verbandsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

Reinickendorf-Öst. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Schützenhause, Reichenstr. 1-2: Lichtbildervortrag. Herr Baage spricht über: „Die Entwicklung des Menschengeschlechts“. Billets sind bei den Bezirksführern und an der Kasse zu haben. Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Zutritt.

Wilmersd. Am Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelmstraße: Wahlvereinsversammlung.

Berliner Nachrichten.

In der Reise- und Fremdenverkehrs-Ausstellung.

Auf dem Gebiete des AusstellungsweSENS stellt die vor ein paar Tagen im Zoo eröffnete Internationale Reiseausstellung entschieden einen neuen und originellen Typ dar. Die Manager, die sich auf so etwas verstehen, allen voran der Allermittelsmann Geheimrat Emil Jacob als Gründer der Zentralstelle für Interessen des Berliner Fremdenverkehrs, haben so geschickt gearbeitet, daß der Werbefuß der meisten Ausstellungen, das Defizit, sich wohl nicht bliden lassen wird.

Schon daß bei der Eröffnung die Ausstellung bis auf einen ganz geringen Teil fertig war, ist ein seltenes Ereignis. Und der Lamtam, den die gesamte übrige Presse für die hier auf dem Spiele stehenden Lebensinteressen der Besiehenden schlägt, wird zum Seligen nicht wenig beitragen. Aber auch weite Schichten des Volkes dürfen, wie wir ganz ehrlich zugestehen wollen, an dieser Ausstellung so etwas wie Freude haben. Ist doch gerade im „vierten Stande“ der brennende Wunsch, zu wandern und die Schönheiten der Natur zu bewundern, viel stärker und charakteristischer ausgeprägt als auf den exzessiven Höhen des Lebens, wo die Keisellust mehr der Vergnügungssucht und Portemonnaiekraft als edleren Innentrieben entspringt. Insbesondere auch für die vielen Hunderttausende, die im internationalen Verkehr rein geschäftlich einen großen Teil des Jahres unterwegs sind und von Stadt zu Stadt, von Hotel zu Hotel pendeln, ist die gebotene Anregung außerordentlich wichtig. Endlich ist nicht von der Hand zu weisen, daß Berlin als Fremdenstadt in den letzten beiden Jahrzehnten einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, der sich durch diese Ausstellung zweifellos noch heben wird.

Wenn wir zunächst die deutsche, von den verschiedenen Staatsregierungen unterstützten Ausstellungen betrachten, so möchte man das fast die eine ganze Schmalseite der langgestreckten Ausstellungshallen auf einer breiten Empore im Halbrund einnehmende Panorama der Insel Rügen, der „Perle der Ostsee“, fast als den Clou der Ausstellung bezeichnen. Hinten als Kolossalgemälde die charakteristische Kreidfelsformation, davor in unverfälschter Ausstattung Fischerhütten mit echten Rügengern darinnen und ringsherum Erzeugnisse des köstlichen Eilandes. Nur schwer trennt man sich von dem lieblichen Bilde. Noch origineller ist im Mittelbau auf der Verbindungsgalerie die braunschweigische Landesausstellung deutscher Städtebilder. In elektrisch erleuchteten Grotten ziehen wohl ein Duzend Stadtpanoramen in selten schöner Wirkung am entzückten Auge vorüber. Das Rheinland mit seiner Naturpracht ist leider sehr dürftig vertreten. Desto größere Anstrengungen haben die thüringischen, badischen und württembergischen Rande mit ihrer Gebirgsnatur gemacht. Wer sich berahmt an der brillanten plastischen Darstellung der Tannen bei Fimnau mit dem Goethehäuschen, der Wartburg, der Ruhestädte Jena und Weimar, weiß wenigstens im Geiste im Thüringer Land und im deutschen Hochwald. Sehr geschmackvoll und dezent stellen die Reichslande prächtige Städteansichten und die hervorragendsten Landeserzeugnisse aus. Schmucke Elsfässerinnen machen die Sonneurs. Reich hat Sachen die Ausstellung besichtigt. Wir sehen unter anderem die königliche Fachwerkfabrik und die Borgellannmanufaktur Reichen, Annaberger Vasen, Blaenerer Spitzen, Altenberger Jinn, aus Jittau eine 3250 Meter lange Kodelbahn. Die sächsische Staatsverwaltung stellt einen hochgelegenen Winterport-Eisenbahnwagen mit Seitenbehältern für Schneefähe aus und regt damit zu Vergleichen an, wie wenig die preussische Kollegin für den Erholungsbedarf der naturhungrigen zwei Millionen Berliner übrig hat. Der Harz zeigt zwei prächtige Landschaften von Schierke im Winter und Sommer, Säulitenmodelle und ausgestopfte Hirsche, Lübeck ein paar famose Segelschiffmodelle, das praktische Württemberg einen Sektalon und eine schwebende Kaffeefabrik mit Bedienung in Nationaltracht. Von deutschen Behörden und Gesellschaften seien erwähnt die etwas sehr magere Sonderausstellung des Reichspostmuseums, eine Kollektion von Dampfschiffmodellen aus dem Museum für Meereskunde, die Große Berliner Straßenbahn mit einer Darstellung der Verkehrsstatistik, ein Luxusautobus der Berliner Omnibusgesellschaft. Viel Beachtung findet eine Gegenüberstellung der Ertrungenen im Frankfurter Straßenbahnverkehr, je ein Wagentyp von 1884 und 1911. Wie anspruchslos man doch noch vor einem Vierteljahrhundert war! Von dem Frankfurter Modell 1911 kann unsere dividensüchtige „Große Berliner“ recht viel lernen.

Im Fluge können wir von der Beteiligung des Auslandes, besonders der nordischen Lande, nur einige Stichproben geben. Das grandiose Landschaftsbild der Schwed. will hier nicht recht imponieren. Schweden, das die Touristenwelt immer mehr anlockt, versteht die Reiserelaxe besser. Die Aussicht auf Stadtdioramen durch Fenster im schwedischen Pavillonstil ist ein gelungenes Trid. Dänemark hat besonderen Wert auf Dioramen von Kopenhagen und auf Szenen aus dem dänischen Volksleben gelegt. Finnland, das „Land der tausend Seen“, wartet mit einer hochinteressanten Schärenlandschaft und Indubrie-Erzeugnissen auf. Oesterreich ragt hervor durch Trachten und Truben. So schön und lehrreich diese außerdeutschen Racons sind, vermisst man doch viele Großstaaten. Selbst Frankreich, Italien und Japan glänzen durch Abwesenheit. Die Internationalität hat also ein großes Loch.

Ueber all dem Herrlichen für das Auge wird doch gerade der Mann aus dem Volke ein bitteres Gefühl nicht unterdrücken können. Nicht Reid ist es, nur Sehnsucht, die ihn packt. Man hat das Schönste, das Mutter Erde geben kann, greifbar vor sich und kann es doch nicht erreichen. Das Auskosten der Naturwunder ist immer noch ein Vorrecht der Geldkraft. Das Volk lebt an der Scholle und kommt kaum zum Brauchstein, wie schön die weite Welt ist, die doch für alle Menschen geschaffen wurde. Eine andere Gesellschaftsordnung erst wird herbeiführen, daß das Volk auch genießt, was ihm diese auf den Reichtum zugeschnittene Ausstellung, die bis zum 20. Juni geöffnet bleibt, aus entrückter Ferne vorgaukelt.

Nochmals: „Die helfende Polizei“.

Zu unseren Mitteilungen (in Nr. 62 und Nr. 66) über die Behandlung eines angeblich Betrunknen, des Zeitungshändlers B., der in einer Nacht in der Landberger Straße hilflos aufgefunden, durch einen Schuhmann zur Rettungswache in der Reibelsstraße gebracht und von dort dem Polizeigewahrsam am Alexanderplatz zugeführt worden war, äußert sich jetzt das Nachrichtenamt des für das Rettungswesen verantwortlichen Magistrats. Wir hatten hervorgehoben, daß, als seine Angehörigen ihn später im Krankenhaus wiedersehen, noch bei B. die Legitimationspapiere fanden, die er bei sich getragen hatte. Hiernach habe B. nicht dem Polizeigewahrsam zugeführt zu werden brauchen, sondern durch den Schuhmann nach seiner aus den Papieren zu ersehenden Wohnung gebracht werden können, entsprechend den für solchen Fällen getroffenen Vereinbarungen zwischen Polizeipräsidium und Magistrat. Allerdings scheint, als im Polizeigewahrsam die Hilfsbedürftigkeit des alten Mannes erkannt wurde und ein Arzt nach Feststellung einer durch Schlaganfall entstandenen Lähmung nunmehr ihn in ein

Krankenhaus überwie, der Polizei immer noch nicht bekannt gewesen zu sein, daß B. Papiere bei sich hatte, die seine Wohnung angaben. Wie sollte man es sonst verstehen, daß erst mehrere Tage später, nachdem inzwischen die Angehörigen eine Vermittlungsangelegenheit gemacht hatten, die Polizei den in ihre Obhut genommenen, durch die dem Krankenhaus überwiesenen Mann dort „ermittelte“. Daß den Arzt der Rettungswache keine Schuld treffe, sucht der Magistrat in folgender Auslassung seines Rechtsanwaltes darzutun:

„Der Zeitungshändler B. ist der Sanitätswache in der Reibelsstraße in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März nach 1 Uhr von einem Schuhmann als „unbekannte Person“ zugeführt und als solche behandelt worden. Die Feststellung der Persönlichkeit ist nicht Sache der Hilfswache. Da auf Grund der ärztlichen Untersuchung sich weder Ueberweisung nach einem Krankenhaus zur stationären Behandlung, noch vorübergehende Beobachtung in der Sanitätswache als notwendig erwies, sondern nur Zeichen von Trunkenheit (intensiver Schweißgeruch) festzustellen waren, wurde der Mann, in Gemäßheit der Bestimmungen, dem Schuhmann zur weiteren Veranlassung wieder übergeben. Die Hilfswache hat daher der Vorchrift entsprechend gehandelt.“

Also die Feststellung der Persönlichkeit ist nicht Sache der Hilfswache. Nach den Erfahrungen des vorliegenden Falles wird man, hoffen wir, eine Änderung in diesem Punkt für nötig halten und baldmöglichst anordnen. Daß „Zeichen von Trunkenheit“ noch nicht als Anlaß gelten, den Mann bis auf weiteres dazubehalten, ist sehr bezeichnend. Wie arg muß einer betrunken sein, um des Schutzes der Feststellung teilhaftig zu werden, daß er zur Beobachtung auf der Hilfswache zurückgehalten oder zur Behandlung einem Krankenhaus überwiesen werden soll? B., bei dem man auf der Hilfswache weder das eine noch das andere für nötig hielt, wurde am andern Morgen im Polizeigewahrsam als hilflosbedürftig erkannt. Im Krankenhaus, dem er überwiesen wurde, starb er einige Tage nachher. Vielleicht wäre es nicht zu diesem traurigen Ende gekommen, wenn man auf der helfenden Hilfswache ihm die Wohlthat erwiesen hätte, ihn nicht für leicht betrunken, sondern für schwer betrunken zu halten.

Um einen Kranz.

Aus Anlaß der Beerdigung des langjährigen Vorsitzenden einer hiesigen Ortskrankenkasse hatte der Kassenvorstand aus Mitteln der Krankenkasse einen Kranz zum Preise von 12 M. gewidmet. Gegen eine derartige Aufwendung erhob ein Arbeitgeber beim Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen Einspruch. Dieser erwiderte ihm, gestützt auf die bisher vertretene Anschauung, daß gegen die Widmung eines Kranzes aus Kassensmitteln keine Bedenken vorlägen, da der dafür aufgewendete Geldbetrag über das in solchen Fällen übliche Maß nicht hinausgehe. Auf eine weitere Beschwerde hat der Oberpräsident zu Potsdam, entgegen der Auffassung des Magistratskommissars, die Aufwendung von Kassengeldern zu derartigen Zwecken für unzulässig erklärt. Der Magistratskommissar ist in Uebereinstimmung mit der Gewerbe-Deputation dieser Ansicht nicht beigetreten, hat aber von einer Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe abgesehen, da diese nach Lage der Sache keinen Erfolg verspricht.

Das Einkommensteuersoll für Berlin. Nach Mitteilung des Vorsitzenden der Einkommensteuerberatungskommission ist das vorläufige Einkommensteuersoll für die Stadt Berlin nur um 400 000 bis 500 000 M. höher als im Vorjahre.

Der Jahresbetrag der überhaupt veranlagten Steuer betrug im Vorjahre 42 265 807 M., für 1911 42 736 311 M.; mithin mehr 470 504 M. Nach Abzug der gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes außer Hebung gebliebenen Beträge bleibt als Jahresbetrag der zu erhebenden Steuer 42 232 455 M. gegenüber dem Betrage des Vorjahres mit 41 804 679 M.; mithin mehr 427 776 M.

Wenn die infolge von Reklamationen zurückgezählten Steuerbeträge in Betracht gezogen werden, so ergibt sich aus der Mitteilung, daß die von der Stadtverordnetenversammlung für 1911 eingefegte Steuersumme aus der Gemeindefinkommensteuer von 42 Millionen kaum einkommen dürfte.

Eine Steuerfrage. Die Kaiserin-Friedrichstiftung als Besitzerin des „Kaiserin-Friedrichhauses“ für ärztliches Fortbildungswesen war zur Grund- und Gebäudesteuer herangezogen worden, indem ein bestimmter Nutzungswert herabgerechnet wurde. Die Stiftung klagte. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz hat jetzt im Prinzip völlig zu ungunsten der Stadt Berlin bzw. des Magistrats entschieden. Jedoch erachtete es für das in Frage stehende Rechnungsjahr die Stiftung für verpflichtet, Grund- und Gebäudesteuer nach einem Nutzungswert von 14 000 Mark zu entrichten, aber nur, weil der Erneuerungsantrag der Klägerin nicht weiter gegangen ist und das Gericht nicht über den Antrag hinausgehen kann. Das Gericht führte aus, daß man auf gängige Freistellung dann würde erkennen müssen, wenn der Klageantrag Freistellung erheischt hätte. Maßgebend seien folgende Gründe: Entscheidend wäre, ob bei dem Kaiserin-Friedrichshaus überhaupt ein Nutzungswert angenommen werden könnte. Das sei zu verneinen. Für den Nutzungswert eines Grundstücks im Sinne der Berliner Steuerordnung komme nur eine wirtschaftliche, das heißt eine solche Nutzung in Betracht, bei der das Grundstück unmittelbar zur Erbringung von Geld- oder Geldwert benutzt oder in den Dienst einer unmittelbaren oder Erzielung von Geld oder Geldwert gerichteten Wirtschaft gestellt sei. Diese Voraussetzungen erfülle das Grundstück nicht. Es solle dienen als Mittelpunkt der Betreibungen, die die wissenschaftliche Fortbildung der Ärzte zum Gegenstand hätten. Wenn einzelne Räume im Jahre 1907 einer Firma der ärztlich-technischen Industrie zu Ausstellungszwecken gegen Entgelt überlassen worden seien, so habe doch diese Ausstellung auch nur den Zwecken der Stiftung gedient, also der Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens. Die Miete sei in dem Falle nicht als Ertrag einer wirtschaftlichen Nutzung anzusehen.

Eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Stadtrat Bränkerberg fand am Sonntag im Festsale des Rathauses unter Beteiligung von Magistrat, Stadtverordneten und Vertretern zahlreicher Wohltätigkeitsvereine statt.

Todesfall eines Kindes. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Montag in dem Hause Weselstr. 4. Bei einer im Luergebäude wohnenden Familie war seit einigen Tagen der vierjährige Hugo Kahl beschuldigt untergebracht. Das Kind wurde Sonntag gegen 9 Uhr abends zu Bett gebracht und schlief auch bald ein, während sich seine Verwandten im Nebenzimmer aufhielten. Der Knabe erwachte dann plötzlich, kletterte aus dem Bettchen heraus und stieg auf einen an dem nicht vollständig geschlossenen Fenster stehenden Stuhl und sah auf den Hof hinab. Dabei beugte sich der Kleine zu weit hinaus und stürzte kopfüber aus der Höhe des dritten Stockwerkes auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit geschmetterten Gliedern liegen blieb. Der sofort von der Unfallstation am Tempelhofer Ufer herbeigerufene Arzt konnte nur den infolge mehrfachen Schädelbruchs und innerer Verletzungen auf der Stelle eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche des bedauernswerten Kindes wurde polizeilich beschlagnahmt.

Tod auf dem Straßenbahnwagen. Als der 59jährige Händler Julius Fell, Landberger Str. 46/47, am Sonntag vormittag gegen 10 Uhr an der Politzelle Zoologischer Garten den Hinterrang des Straßenbahnwagens 2750 verlassen wollte, wurde er plötzlich von Herzscheid besessen und stürzte zu Boden. Man schaffte den Erkrankten nach der nahe gelegenen Unfallstation, wo er unter den Händen des Arztes verschied.

**Störung im Straßenbahnverkehr.** Infolge Überlastung der Speisepunkte 22 und 84 wurde gestern in der Zeit von 8 Uhr 35 bis 3 Uhr 57 Minuten die Strecke Müllerstraße, Scharnweberstraße bis Wedding, See- und Gerichtstraße zeitweise stromlos. Durch Zuspätkommen anderer Speisepunkte wurde die Störung behoben.

**Ein aufregender Vorfall** spielte sich gestern vormittag gegen 10 Uhr an der Stralauer Brücke, Ecke der Neuen Friedrichstraße, ab. Dort fuhr ein von der Waisenbrücke kommender Möbelwagen der Firma Paul Schür, Dirschstraße, gegen die linke Seite des Straßenbahnwagens 1902 die Linie 29. Bei dem Zusammenstoß drang die Deichscheibe durch die eine Glasscheibe des Motorwagens hindurch, streifte zwei Personen und durchstieß dann die auf der gegenüberliegenden Seite befindliche Scheibe. Unter den Fahrgästen entstand eine leichte Panik, doch stellte sich heraus, daß bei dem Zusammenstoß, so gefährlich er auch ausfiel, nur zwei Personen verhältnismäßig geringe Verletzungen davongetragen hatten.

**Vier Kinder von einem Automobil überfahren.** Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Sonntag nachmittags gegen 3 Uhr in der Nähe des Schloßplatzes auf der Kurfürstenbrücke abgespielt. Der 54jährige Ernst Wegener, dessen Eltern in der Könnischenstr. 14 wohnen, hatte mit seinem um 2 Jahre jüngeren Schwager, denen sich die 14jährige Elise Lauerer und deren 54jähriger Bruder Fritz angeschlossen, einen Spaziergang nach dem Kiepertal gemacht. Als die Kinder auf dem Heimwege die Kurfürstenbrücke passierten, ließen die beiden Kleinen, Fritz Lauerer und Ernst Wegener über den Fahrdamm und zwar dicht hinter einem Privatautomobil, dem das Droschkenautomobil 9774 folgte. Die beiden größeren Kinder sahen die entsetzliche Gefahr, in welcher sich die Kinder befanden und stürzten hinterdrein. Sie versuchten die erschreckten Kinder zurückzuziehen, dabei fielen alle vier Kinder zu Boden und vor den Augen zahlreicher Passanten, die nicht mehr zu helfen vermochten, fuhr das Droschkenautomobil in die Gruppe hinein. Glücklicherweise besaß der Chauffeur die Geistesgegenwart die Vorderäder herumzureißen, so daß die Kinder zwischen die Räder des schweren Gefährtes zu liegen kamen. Mehrere Passanten sprangen nun hinzu und zogen die vor Schreck benommenen Kleinen, die stark bluteten, unter dem Kraftwagen hervor. Mittels Droschken wurden die Verunglückten nach der Unfallstation am Spittelmarkt geschafft, wo der Arzt feststellte, daß Ernst Wegener eine Kopfverletzung, seine Schwester Quetschungen an beiden Händen davongetragen hatte. Die beiden anderen Kinder hatten ebenfalls Kopfverletzungen und Quetschungen an den Beinen erlitten. Nach Anlegung von Rotverbänden wurden die Kleinen nach den elterlichen Wohnungen gebracht.

**Ein tödlicher Straßenbahnunfall** hat sich am gestrigen Nachmittag gegen 2 1/2 Uhr am Schönhauser Tor ereignet. Dort versuchte der 54jährige Arbeiter Otto Lindemann, Hornsdorfer Str. 2 wohnhaft, den Hinterperson des Motorwagens 1604 der Linie 49 (Richtung Kiebitz-Schönhausen) während der Fahrt zu besteigen, obwohl der Schaffner ihm bereits durch Winken bedeutet hatte, daß alle Plätze besetzt seien. Er sprang darauf von dem Wagen herunter, kam jedoch zu Fall und geriet unter den Vorderperson des Anhängewagens, dessen rechtes Vorderrad ihm über den Unterleib hinwegging. Der Wagen wurde angehoben und L., der bereits tot war, hervorgezogen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

**Ein tödlicher Straßenbahnunfall** ereignete sich am gestrigen Montag Abend gegen 10 Uhr in Rixdorf. Vor dem Hause Bergstraße 14 versuchte der Klempner Adolf Droschmann mit seinem Fahrrad unmittelbar vor einem Motorwagen der Linie 48 das Weis zu kreuzen, wurde jedoch von einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 15 erfasst und geriet unter den Vorderperson. In benennungslosem Zustande wurde der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, hervorgezogen und nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus überführt. Wie aus den Papieren des Mannes hervorgeht, hat er bis vor kurzer Zeit in der Beseferstraße in Rixdorf gewohnt und sich dann nach Hannover begeben, von wo er am Sonntag zurückkehrte.

**Das Apollo-Theater** bringt in seinem neuen Monatsprogramm ein Ensemble-Gastspiel von Heinrich Prang. Ein „Gemütsmenschen“ heißt der burleske Schwank, in dessen Mitte Prang selber steht. Als Rentier Ademann markiert er seiner Frau gegenüber den Unschuldsvollen, ist aber hinter ihrem Rücken ein furchtbarer Schwärzler, dem es an einem Verhältnis nicht genug ist. Durch einen unglücklichen Zufall merkt der Schwiegerohn die Extratouren seines Schwiegervaters, aber Ademann wendet alle Mittel an, um dem Schwiegerohn seine eigenen Sünden aufzupacken und um sich vor seiner Frau und Tochter als unschuldvollen Engel erscheinen zu lassen. Schließlich aber kommt der Schwindel doch heraus. Die dadurch geschaffenen Verlegenheitssituationen geben Herrn Prang Gelegenheit, seine Witze und seinen köstlichen Humor in rheinischer Mundart voll und ganz zur Entfaltung zu bringen. Das Publikum kam aus dem Lachen nicht heraus.

Daneben erstreute eine plastische Gemälderevue „Magna Aes“ die Zuschauer. Die Darstellungen: Sündflut, der Sieger, Nero, Vor Moskau 1812 mit prachtvollem Hintergrunde waren wirklich künstlerischer Natur. Als Klavierhumorist leistete Otto Möhr recht Vorzügliches und The 6 Jansteds zeigten sich in ihren klassischen Spielen in höchster Vollendung.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

**Im Kampf um die arbeitende Jugend.** Aus der Fortbildungsschule in der Erbfstraße berichteten wir in Nr. 72 über die Erziehtätigkeit des dort beschäftigten Lehrers Fall, der im Hauptamt als Lehrer an der Gemeindeschule in der Elbstraße angestellt ist. Das Vorkommnis, das wir schilderten, begann damit, daß Herr Fall im Fortbildungunterricht sich mit einem Schüler Sch. in eine sehr überflüssige Erörterung über das Jugendheim der Rixdorfer Arbeiterjugend einließ. Und es endete damit, daß er diesem Schüler Sch., als ein anderer Schüler die „Arbeiter-Jugend“ aus der Tasche zog und Lehrer Fall sie ihm abforderte, ein paar Dreiecken gab wegen einer dadurch veranlaßten Bemerkung, die er als vorlaut empfand.

Wir erfahren jetzt, daß inzwischen Herr Fall dem Schüler Sch. eröffnet hat, er müsse ihn aus der Schule entlassen. Sch. sagt uns, den Grund habe er aus Lehrer Falls Worten nicht entnehmen können. Aber dem Vater Herrn Sch., der dem Lehrer darüber befragte, hat dieser geantwortet, der Sohn sei wiederholt zu spät gekommen, habe sich zuweilen vorlaut benommen und habe auch bei dem in Rede stehenden Vorfall selber die Erörterung über das Jugendheim veranlaßt. Man wird hier fragen, wie denn das alles, auch wenn man Herrn Falls Angaben unbelesen als zutreffend hinnehmen will, die plötzliche Entlassung aus der Schule rechtfertigen kann. In der Gewerbe-Deputation, wo diese Angelegenheit bereits zur Sprache gekommen ist, wurde hierzu von dem Vertreter des Magistrats erklärt, daß Sch., der in Rixdorf bei seinem Vater wohnt, überhaupt kein Anrecht auf den Besuch einer Rixdorfer Fortbildungsschule habe, weil er seine Lehrstelle in Berlin hat. Wenn es richtig ist, daß hiernach Sch. als Rixdorfer Kind keine Rixdorfer Fortbildungsschule besuchen darf, — er hat tatsächlich sofort Anweisung erhalten, sich zur Umschulung nach einer Berliner Fortbildungsschule zu melden, — so bleibt immer noch aufzuklären, warum er überhaupt erst in eine Rixdorfer Fortbildungsschule aufgenommen worden ist und warum ausgerechnet erst nach Veröffentlichung des „Vorwärts“-Artikels seine plötzliche Entlassung erfolgte.

Wie auch das Ergebnis der vom Magistratsvertreter angeführten Untersuchung ausfallen möge — unter allen Umständen sollte dem Lehrer Fall klar gemacht werden, daß er Erörterungen der oben geschilderten Art zu unterlassen hat, weil durch sie nur zu leicht

auch die Schüler zu ungebührlichen Äußerungen provoziert werden. Dem Vater hat Herr Fall noch erzählt, daß die Empfehlung des von uns (in Nr. 72) erwähnten bürgerlichen Jugendklubs, dessen Vorsitzender er übrigens nicht sei, von der Schulverwaltung den Lehrern an Herz gelegt werde. Das wäre allerdings sehr merkwürdig!

### Charlottenburg.

**Ein tödlicher Automobilunfall** ereignete sich gestern am Anle Charlottenburg. Dort spielte um ein Uhr mittags die vierjährige Anna Biesek, deren Eltern in der Wallstraße 85 wohnen. Die Kleine rannte, verfolgt von Kameradinnen auf den Fahrdamm und beachtete nicht, daß von der Bismarckstraße ein Geschäftsauto der Firma Hoffender herankam. Auch der Chauffeur des Autos vermerkte die Kleine nicht zu sehen, die blindlings in das Fahrwerk hineinrannte. Das Kind wurde von einem der Vorderräder gefaßt und überfahren. Passanten schafften das Mädchen nach der Unfallstation in der Berliner Straße, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch konstatierte und sie dann nach dem Krankenhaus Westend überführen ließ. Dort verstarb die Kleine bald nach der Einlieferung.

### Lichtenberg.

**Nebel Folgen des Submissionswesens** wurden bereits in der letzten Stadtvorordnetenversammlung bei der Erörterung vom Genossen Grauer zur Sprache gebracht. Der Holzbearbeitungsfirma Konrad in Hennigsdorf bei Belten war durch die Baudeputation eine Teillieferung der Fensterrahmen für den Neubau des Gymnasiums in Lichtenberg übertragen worden. Während die Höchstforderung auf 24 500 M. lautete, erhielt Konrad mit 18 900 M. den Zuschlag. Aus besonderen Gründen wurde die Arbeit in zwei Losen vergeben. Arbeiten im Betrage von etwa 7000 M. führt Konrad in Hennigsdorf aus, während der Rest an eine Firma Wolter in Friedenau vergeben ist. Wolter in Friedenau? Soll wohl heißen Stähler, Architekt und Bauunternehmer, der seinerseits die Arbeiten in der Werkstatt Wolter in Neustrelitz ausführen läßt. Unser Redner wies bei der Begründung eines Antrages, wonach die mit der Stadt in Geschäftsverbindung tretenden Unternehmer gehalten sein sollen, die in dem betreffenden Gewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehenden Tarifabmachungen innezuhalten, darauf hin, daß der Unternehmer Konrad durch Zeitungsinserate nichtorganisierte Gesellen sucht. Weiter teilte er noch mit, daß die fragliche Lieferung Wasserfahnen aufweise, die ausnahmslos aus Holz vom Abbruch einer mehr als 200 Jahre alten Mühle herrühren, nicht die vorgeschriebenen Maße haben, zum Teil verrottete Nisse aufweisen und — Wurmlöcher zeigen. Herr Fabrikbesitzer Flaichen sah die Ursachen solch verwerflichen Vergnügens nun nicht etwa in der Streupflichtigkeit des Unternehmers, sondern in dem Umstande, daß nicht Lichtenberger beziehungsweise Berliner Firmen trotz ihrer doppelt so hohen Preisforderung mit der Lieferung betraut worden seien! Nunmehr hat sich auch die Baudeputation mit der Sache beschäftigt. Der Herr Stadtbaurat hat zunächst unseren Genossen um — Angabe der Beweismittel, da festgestellt werden müsse, ob nicht etwa ein böser Wille der Gesellen dem Meister einen Streich gespielt habe. Wenn die verantwortlichen Herren des Lichtenberger Bauamtes trotz der oben gemachten Angaben des Genossen Grauer die Arbeiter der Firma verbächtigen, als haben diese es auf eine Schädigung der Firma abgesehen, so richtet sich ein solcher Verdacht von selbst. Ueberdies wäre es Pflicht des Bauamtes, eine gerichtliche Klärung über diese Angelegenheit in die Wege zu leiten.

### Schöneberg.

**Ein Todessturz** aus dem Fenster trug sich in der gestrigen Nacht in dem Hause Vorbergstraße 12 zu. Dort wohnt in der vierten Etage der 44jährige Kaufmann Fritz Fink mit seiner aus Frau und zwei Kindern bestehenden Familie in guten pekuniären Verhältnissen. Infolge geschäftlicher Ueberanstrengung hatte sich bei dem Kaufmann seit längerer Zeit ein schweres Nervenseiden eingestellt, gegen das Fink vergeblich die Hilfe mehrerer Aerzte in Anspruch nahm. Am Sonntag hatte sich Fink besonders wohl gefühlt. In der Nacht jedoch wurde er wiederum von einem sehr heftigen Anfall seines Leidens befallen. Er erhob sich, kleidete sich nur notdürftig an und stürzte sich dann kopfüber aus dem Fenster des Schlafzimmers auf die Straße hinab, wo er mit zerstückeltem Schädel liegen blieb. Der von der Unfallstation in derselben Straße herbeigerufene Arzt konnte nur den sofort eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche des Bedauernswerten wurde nach der Halle in der Rogstraße übergeführt.

### Halensee.

**Ein entsetzlicher Unfall** hat sich am Sonntagnachmittag auf dem Bahnhof Halensee abgespielt. Der 45jährige Nachtwächter Albert Riehm, Hagelberger Str. 33/34 wohnhaft, hatte mit seinem vier Jahre alten Söhnchen Gerhard einen Ausflug in den Grunewald gemacht und wollte gegen Abend mit der Stadtbahn nach Hause fahren. Als er den Bahnhof Halensee betrat, verließ gerade der nach dem Potsdamer Bahnhof fahrende Stadtbahnzug die Halle. R. riß die letzte Compstür auf und stellte das Kind auf das obere Trittbrett. Als er selbst nachsteigen wollte, glitt er ab und fiel zurück. In diesem Augenblick stürzte auch das Kind von dem Trittbrett herunter und kam so unglücklich zu Fall, daß es das Genick brach und auf der Stelle verstarb. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Knaben feststellen.

### Stralau.

Trotzdem sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit der Erörterung zu beschäftigen hatte, waren von 14 Mitgliedern nur 9 erschienen; Stralau hat zurzeit Gemeindevorsteher, die sich im Jahre höchstens ein- oder zweimal in den Sitzungen sehen lassen. Der Gemeindevorsteher für das Rechnungsjahr 1911 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 252 000 M. (im vorigen Jahre 240 375 M.). Das Gemeindevermögen beträgt 772 061,55 M. Die Gemeindeforderungen betragen 568 307,30 M. Die Steuerzuschläge werden wie folgt erhoben: Gemeindefiskussteuer 100 Proz., Ertrag 48 000 M., Gewerbesteuer in der 1. und 2. Klasse 200 Prozent, Ertrag 28 000 M., in der 3. und 4. Klasse 150 Proz., Ertrag 37 500 M. Die Grundbesitzersteuer wird erhoben mit 2 1/2 pro Mille bei den bebauten und mit 5 pro Mille bei den unbebauten Grundstücken. Ertrag 88 625 M. Von der Betriebssteuer werden erhoben 100 Proz., Ertrag 750 M. Die Umsatzsteuer soll 7500 M., die Wertgegenstandssteuer 1000 M., die Luftfahrtssteuer 1000 M., die Hundsteuer 3000 M. bringen. Zu dem Antrage unseres Vertreters, Einkommen von 800—900 M. steuerfrei zu lassen, verspricht der Gemeindevorsteher, eine solche Vorlage zu machen. Die Kanalisationsgebühren werden für den inneren Ortsteil mit 4 Proz., für den Ortsteil innerhalb der Ringbahn mit 3 Proz. des Nutzungswertes erhoben. Beim Titel „Allgemeine Verwaltung“ forderete unser Vertreter Gebührenfreiheit bei der Desinfektion, evtl. Einkommen bis zu 3000 M. gebührenfrei zu lassen. Der Gemeindevorsteher will auch hier mit einer besonderen Vorlage kommen. Beim Titel „Schulwesen“ verlangte unser Vertreter abermals die Erziehung einer Sonderklasse für die tschechischen Kinder, deren Zahl jetzt 25 beträgt. Gemeindevorsteher und Vorstand sind einig darin, daß der Unterricht durch diese nicht deutschsprachigen Kinder empfindlich gestört wird, auch ein vorliegendes Schreiben des Direktors Adam bestätigt das und doch konnte man sich nicht zu einem Beschluß aufdrängen. Ferner regte unser Genosse an, Mittel bereit zu stellen zur wirksamen Bekämpfung der Schundliteratur; da sich der Schulvorstand mit derselben Angelegenheit beschäftigt, sollen die erforderlichen Mittel später bewilligt werden. Auf einen Hinweis, daß mehrfach Mietungsbüro in Schulgebäude entworfen worden seien, erwiderte der Gemeindevorsteher, daß Erfah geleistet werde, wenn nachgewiesen wird, daß dieselben in der Schule abhandeln gekommen sind. Beim Titel „Krankenpflege und Beerdigungskosten“ beantragte unser Vertreter, die Friedhofsgebühren bei Beerdigung von Dissidenten und anderen der evangelischen Kirche nicht angehörenden Einwohner, soweit dieselben höher sind

als im Tarif vorgesehen, auf die Gemeinde zu übernehmen. Auch hierfür soll den Vertretern eine besondere Vorlage zugehen. Beim Kapitel „Straßenbauwesen“ forderete unser Vertreter Aufbesserung der Löhne der Gemeindegewerksarbeiter, Gewährung eines Urlaubs, Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bei Krankheitsfällen, Versicherung wasserdichter Pflaster. Die Gemeindegewerksarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf. und schreiben 25 Pf. Reiner der bürgerlichen Vertreter fand auch nur ein Wort, um die Forderungen unseres Genossen zu unterstützen. Der Gemeindevorstand antwortete in ablehnendem Sinne. Einer weiteren Anregung, den Marktgrasendamm mit einer Baumreihe zu versehen, soll nachgekommen werden, falls Berlin sich bereit erklärt, auch seinerseits die Anpflanzung vorzunehmen. Ein Fußgängerunterschied von 4 Meter Breite soll auf der Ostseite der Straße Alt-Stralau durch den Bahndamm gebaut werden; beabsichtigt ist, gleichzeitig eine Bedürfnisanstalt daselbst mit einzubauen. Unter „Wohlfahrts-Einrichtungen“ sind eingerechnet für Säuglingsfürsorge 1000 M., für Milch und Zubrot an bedürftige Schulkinder 650 M. (500 M.), Unterbringung von schwächlichen Schülern in Heilstätten 500 M. Beim Titel „Insgesamt“ sind eingerechnet: Für das Baden der Schulkinder 450 M. (350 M.), für Wadepflaster für Erwachsene 200 M., Pacht für den Spielplatz Kraft-, Ecke Bahrfeldstraße, 100 M., Beitrag zur Treptow-Sternwarte 75 M.

### Weißensee.

Die Erörterungen sind in zwei weiteren Sitzungen zu Ende geführt worden. Mit einer gewissen Spannung erwartete man den Schluß der Beratungen, sicherte es doch durch, daß die alte Fraktion gegen den Etat stimmen wollte. Unsere Vertreter mit der alten Fraktion waren bis abends 9 Uhr in der Mehrheit, weshalb Schöffe Severin die zur Mehrheit fehlenden „treuen Mannen“ noch heranziehen mußte. Der Etat wurde dann mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Gegen den Etat stimmten sieben unserer Genossen, drei Vertreter der alten Fraktion und der besoldete Schöffe Dr. Rabe. Vier Herren der alten Fraktion fehlten. In sätzlicher Erregung schloß der Bürgermeister die Erörterung mit den Worten, daß es eigentlich nichts geschadet hätte, wenn sich die Gemeinde wiederum mit Hilfe gewisser Kreise nach außen blamiert hätte. — In der zweiten Sitzung kamen zur Erledigung die kaufmännische Fortbildungsschule, Gemeindegroßküche, Säuglingskrankenhaus, Musterkühlfabrik, Reklame- und Installationsbureau für das Elektrizitätswerk, Grunderwerbssfonds, Gemeindefriedhöfe, höhere Mädchenschule mit höherem Lehrerinnenseminar und Frauenschule, Aufseheramt, Leih- und Anzeigeramt, Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben. Diese Etats wurden in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Ein Antrag des Genossen Frenck, den drei Turnvereinen die Gemeindegroßküche gegen eine ganz geringe Anerkennungsgeldgebühr zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Beim Etat des Kieselgutes kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem ehemaligen Degenernten Schöffen Severin und dem besoldeten Schöffen Dr. Rabe. Durch einen Zwischenruf gereizt, wendete sich Severin gegen Rabe mit den Worten: „Hassen Sie sich an Ihre Nase, wir wissen genau, was Sie sind und was Sie leisten. Wenn Sie Ihr Pflicht erfüllen wie ich, wäre es besser!“ — Seit dem Verleihen des Leihamtes waren zur Deckung von Verlusten 2800 M. aufzuwenden, die durch Uebererschüsse entstanden sind, deshalb wurde die Summe des Tagatats als zu niedrig befunden. Vom Vorstandstische wurde ausgeführt, daß man mittlerweile vorstichtiger geworden sei und die Diamanten- und Juwelennepper die Verwaltung nicht mehr befehligen. — In der dritten Sitzung wurde der Rest des Etats erledigt. Zunächst gelangten die schon vorher verhandelten Etats zur Abstimmung. Der Bürgermeister merkte bald, daß unsere Genossen für keinen der Etats stimmten. Er ließ daher des öfteren unter allgemeiner Heiterkeit abstimmen, wer gegen diesen oder jenen Etat sei, damit Sie auch etwas zu tun bekämen“, bemerkte er lächelnd. Eine längere Debatte zeitigte der Etat der Volksschule. Genosse Taubmann machte in längerer Ausführungen unsere Forderungen geltend, zugleich reichte er einen Antrag ein, wonach dahin gewirkt werden solle, daß das Bestätigungsrecht der Regierung für die Mitglieder der Schulkommission aufgehoben werden soll; ein solcher Antrag wurde angenommen. Der Antrag, 120 000 M. für die Eingabe von Lehrmitteln einzusetzen, brachte mit einem Male redselig geworden; vom Vorstandstisch wurde abgewinkt und betont, daß sich unsere Genossen gerade den schlechtesten Zeitpunkt mit ihrer Anregung ausgewählt hätten; auch die Herabsetzung der Summe bis auf 30 000 M. fand keinen Anklang. Ähnlich erging es unseren Genossen mit der Luftfahrtssteuer und mit der Bier- und Brausteuer. Während im Vorjahre die letztere Steuer nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde, stimmten diesmal nur unsere Genossen dagegen. Zum Schluß brachte Genosse Fuhrmann zum Ausdruck, aus welchen Gründen die Vertreter der Linken gegen den Etat stimmen müssen. — Der Steuer-Etat wurde dann wie folgt festgesetzt: 115 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer mit 847 875 M., 245 Proz. Gewerbesteuer der Klassen I bis IV mit 193 800 M., 30 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer mit 1500 M., 0,6 Proz. des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke mit 240 000 M., 0,36 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke mit 845 000 M., Luftfahrts- und Willeitsteuer mit 33 000 M., Hundsteuer mit 32 000 M., Brau- und Biersteuer mit 30 000 M., Umsatzsteuer mit 150 000 M., Wertgegenstandssteuer mit 165 000 M., insgesamt 1 477 865 M. An Kreissteuern sind 24 Proz. abzuführen, was eine Summe von 122 691 M. erfordert. Die einzelnen Voranschläge stellen sich zusammen: Allgemeine Verwaltung: Einnahme 146 415 M., Ausgabe 509 775,94 M., Zuschlag 883 860,94 M.; Kapital- und Schuldenverwaltung: Einnahme 588 520 M., Ausgabe 960 747,06 M., Zuschlag 872 227,06 M.; Gemeindegroßküche: Einnahme 60 840 M., Ausgabe 10 960 M., Uebererschub 49 880 M.; Steuerverwaltung: Einnahme 1 477 865 M., Ausgabe 125 500 M., Uebererschub 1 351 865 M.; Schulverwaltung: Einnahme 185 395 M., Ausgabe 601 958 M., Zuschlag 468 563 M.; Armenverwaltung: Einnahme 37 060 M., Ausgabe 144 365 M., Zuschlag 107 305 M.; Wohlfahrts-Einrichtungen: Einnahme 15 680 M., Ausgabe 30 164 M., Zuschlag 14 484 M.; Säuglingskrankenhaus (10 Monate): Einnahme 21 350 M., Ausgabe 29 850 M., Zuschlag 8600 M.; Musterkühlfabrik: Einnahme 27 200 M., Ausgabe 25 440 M., Uebererschub 1760 M.; Straßen und Plätze: Einnahme 50 700 M., Ausgabe 142 540 M., Zuschlag 91 840 M.; Wasserferrologung: Einnahme 185 600 M., Ausgabe 172 100 M., Uebererschub 13 500 M.; Friedhöfe: Einnahme 23 875 M., Ausgabe 16 600 M., Uebererschub 7275 M.; Außerordentliche Einnahmen: 2 Millionen Mark. Die folgenden Etats stehen sich in Einnahme und Ausgabe gleich: Kanalisation mit 257 000 M., Kieselgut Werk mit 817 800 M., Fleischschlamm mit 76 285 M., Vermögensverwaltung mit 41 248 M., Gemeinliche Fortbildungsschule mit 11 700 M., kaufmännische Fortbildungsschule mit 3125 M., Elektrizitätswerk mit 309 080 M., Reklame- und Installationsbureau mit 14 600 M., Stiftungen mit 2008,06 M., Leihamt mit 9000 M. Vom Grunderwerbssfonds sind 304 833,77 M. auf das Jahr 1912 zu übertragen. Die Löhne der Gemeindegewerksarbeiter wurden einer Neuordnung unterzogen. Es sollen erhalten: Vorarbeiter pro Tag 4,50 M., Arbeiter 4,00 M., alle zwei Jahre tritt eine Erhöhung um 25 Pf. pro Tag ein, statt wie bisher alle drei Jahre. Die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage werden mitbezahlt; die an diesen Tagen notwendige Arbeit soll der Reihe nach Erledigung finden. Wer am 1. April 1911 zwei Jahre im Dienst der Gemeinde beschäftigt ist, erhält die erste Zulage

### Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde beschlossen, die Anschlagtaulen auf fünf Jahre an den Unternehmer Holzhauser gegen eine jährliche Pachtsumme von 215 M. zu verpachten. Die Gemeinde verpflichtet sich, auf ihre Kosten noch drei Säulen aufzustellen, dafür muß der Unternehmer sämtliche Belamntnahmen unentgeltlich anschlagen. Eine längere Debatte zeitigte der Antrag der Gemeinde Rosenthal um Konzessionierung einer Straßenbahn durch die Germaniastraße. Die Baukommission hatte vorgeschlagen,



